



4

Staatsrechnung

Sonderrechnungen

2011

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.300.11d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zur Bundesrechnung

Zahlen im Überblick

Kommentar zur Jahresrechnung

Jahresrechnung

Kennzahlen

Bundesbeschluss

Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen

Rechnungspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen

Rechnungspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen

Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte

Infrastrukturfonds

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

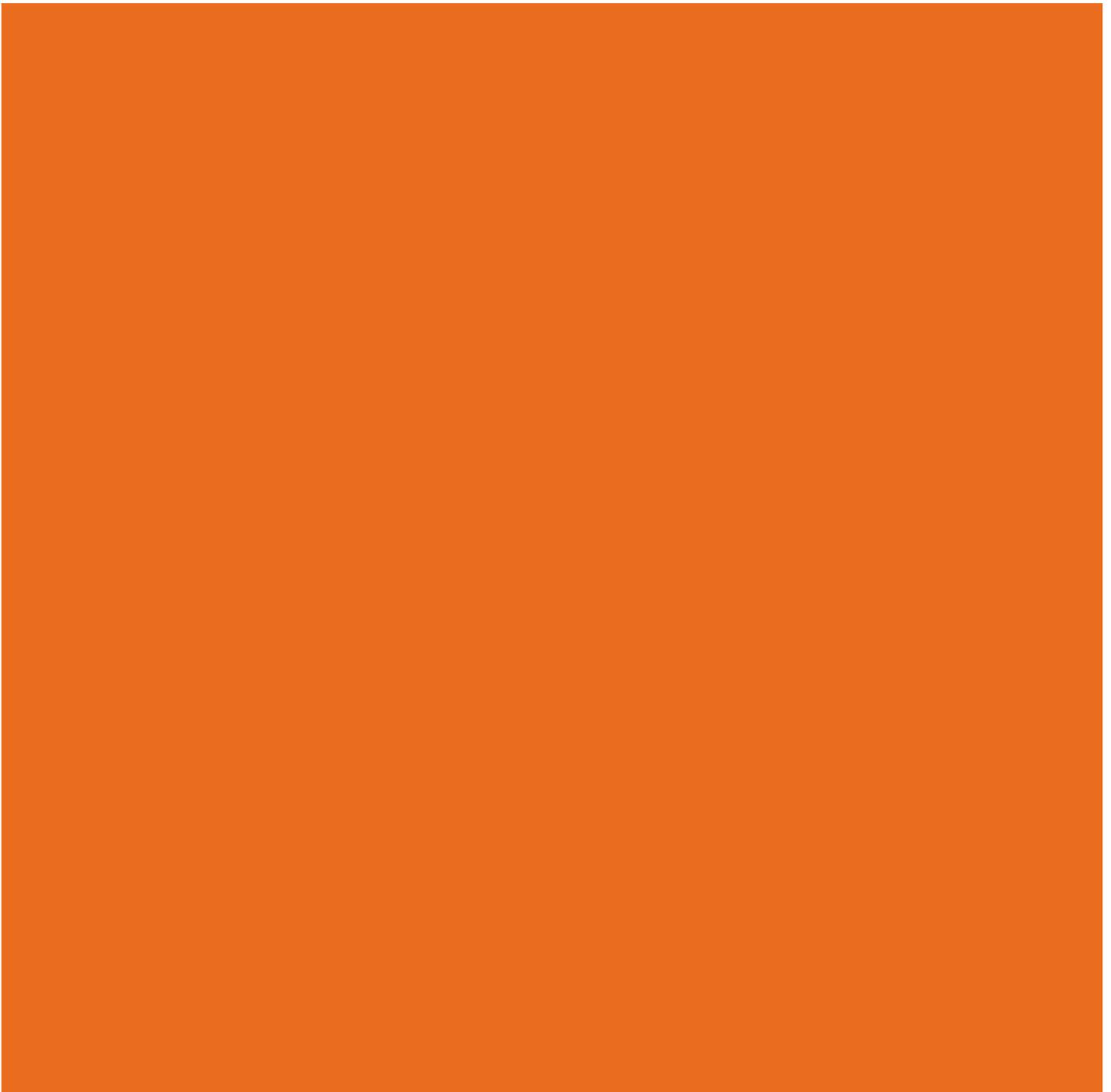
In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden.

Sonderrechnungen

	Seite
1 Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	5
Entwurf Bundesbeschluss II	13
2 Infrastrukturfonds	15
Entwurf Bundesbeschluss III	25
3 Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen	27
Entwurf Bundesbeschluss IV	70
4 Eidgenössische Alkoholverwaltung	71
Entwurf Bundesbeschluss V	83



Inhalt

	Seite
1 Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	9
11 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen	9
12 Funktionsweise des Fonds	9
13 Rechnung 2011	9
Entwurf Bundesbeschluss II	13

11 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen

Die Errichtung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte beruht auf Artikel 196 Ziffer 3 (Übergangsbestimmung zu Art. 87) Absatz 3 der Bundesverfassung. Die entsprechenden Verfahren sind mit dem Bundesbeschluss vom 9. Oktober 1998 über das Reglement des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte [SR 742.140] festgelegt worden. Die auf Seite 8 dargestellte Grafik zeigt im Überblick das Grundprinzip des Fonds.

Der Fonds hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er besteht aus einer Erfolgsrechnung und einer Bilanz.

Die *Erfolgsrechnung* umfasst

- den Ertrag: dieser setzt sich zusammen aus den Fondseinlagen in Form von zweckgebundenen Einnahmen, aus der Aktivierung von Darlehen sowie aus Aktivzinsen auf den Darlehen.
- den Aufwand: dieser besteht aus Entnahmen für die einzelnen Projekte, aus Passivzinsen auf den Verpflichtungen des Fonds, aus der Wertberichtigung von Aktiven sowie in einer späteren Phase aus Rückzahlungen der dem Fonds vom Bund gewährten Bevorschussung.

Der *Bundesrat* entscheidet periodisch im Rahmen der Kompetenzen nach Artikel 196 Ziffer 3 Absatz 2 der Bundesverfassung, in welchem Umfang die verschiedenen vorgesehenen Finanzmittel in den Fonds eingespeist werden. Er stützt sich dabei auf eine Finanzplanung, welche die Kostendeckung der Projekte sicherstellt (Art. 4 des Reglements). Der Bundesrat erstellt eine dreijährige Finanzplanung und informiert das Parlament über deren Ergebnisse gleichzeitig mit dem Budget (Art. 8 Abs. 2 des Reglements).

Die *Bundesversammlung* legt zusammen mit dem jährlichen Voranschlag mit einfachem Bundesbeschluss fest, welche Mittel für die verschiedenen Projekte eingesetzt werden sollen. Dazu genehmigt sie für jedes Projekt einen Voranschlagskredit (Art. 3 des Reglements). Die Bundesversammlung muss ebenfalls die Rechnung des Fonds genehmigen (Art. 8 Abs. 1 des Reglements).

12 Funktionsweise des Fonds

In der *Anfangsphase* des Fonds ist wegen der Kumulation der Projekte eine Investitionsspitze zu verzeichnen. Während dieser ersten Phase reichen die zweckgebundenen Einnahmen zur Deckung des jährlichen Aufwands des Fonds nicht aus. Der Fehlbetrag in der Erfolgsrechnung wird jährlich durch Tresorriedarlehen (Art. 6 Abs. 1 des Reglements) gedeckt, die sich in der Fondsbilanz kumulieren. Die kumulierte Bevorschussung darf 8,6 Milliarden (Preisstand 1995) nicht übersteigen (Art. 6 Abs. 2 des Reglements). Bis Ende 2010 wurde die Bevorschussung indexiert. Für diese Vorfinanzierung muss der Bund seinerseits

die notwendigen Mittel auf dem Kapitalmarkt aufnehmen, wodurch die Staatsverschuldung ansteigt.

In der *zweiten Phase* der Fondslaufzeit übersteigen die im Verfassungsartikel vorgesehenen Finanzmittel (zweckgebundenen Einnahmen) die Entnahmen aus dem Fonds für die verschiedenen Projekte. Es kommt zu einem jährlichen Finanzierungsüberschuss. Gemäss Artikel 6 Absatz 3 des Fondsreglements sind ab der kommerziellen Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels mindestens 50 Prozent der zweckgebundenen Fondseinlagen (LSVA und MWST-Promille) zur Rückzahlung der Bevorschussung einzusetzen. Diese Regelung gilt bis die gesamte Bevorschussung zurückbezahlt ist. Damit werden sich die Bevorschussung in der Fondsbilanz und die Verpflichtungen des Fonds gegenüber dem Bund reduzieren. In der Bundesbilanz nimmt die unter dem Finanzvermögen eingestellte Bevorschussung ab; entsprechend geht auch die auf die Eisenbahngrossprojekte zurückzuführende Verschuldung des Bundes zurück.

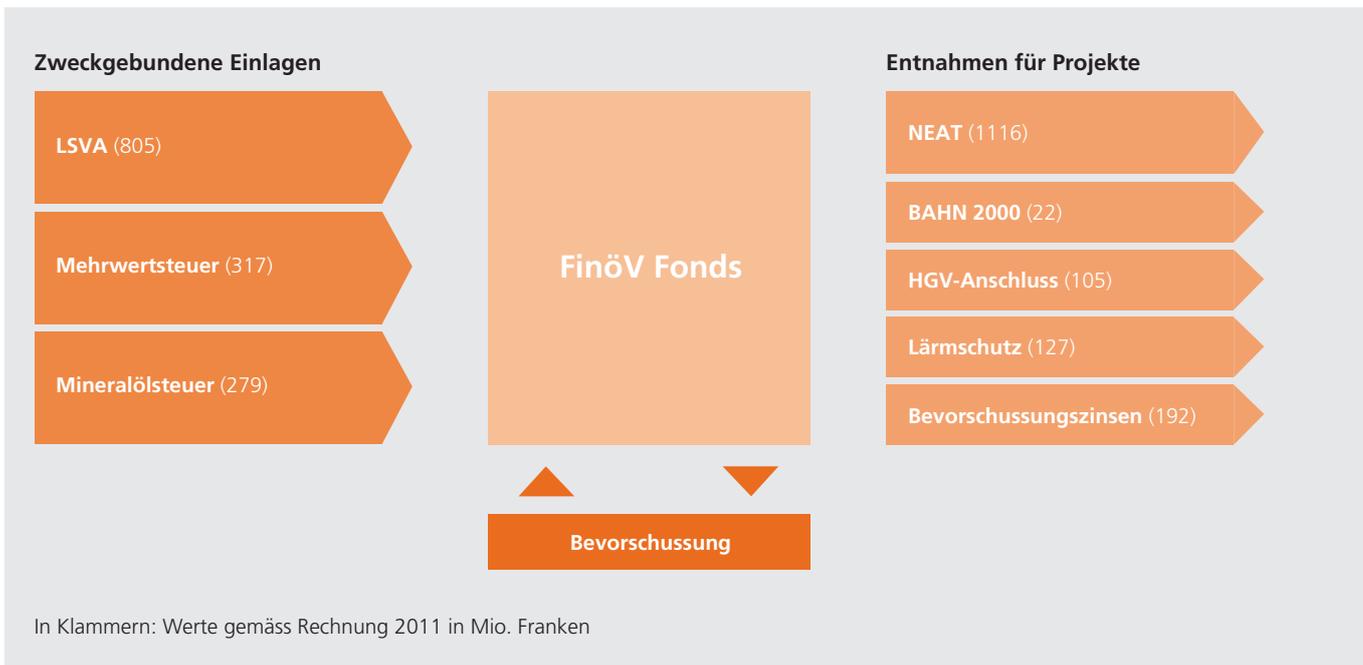
Mit der Vorlage FABI (Botschaft zur Volksinitiative «für den öffentlichen Verkehr» und zum direkten Gegenentwurf [Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur]) schlägt der Bundesrat vor, den FinöV-Fonds in einen unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) zu überführen. Die Verzinsung und Rückzahlung der Bevorschussung soll damit künftig aus dem BIF erfolgen.

13 Rechnung 2011

Im Rechnungsjahr 2011 wird in der Bilanz auf Grund einer Änderung im Fondsreglement die Bevorschussung an den Fonds nicht mehr aktiviert. Dies hat zur Folge, dass die im Fremdkapital gewährte kumulierte Bevorschussung des Bundes an den Fonds neu im Eigenkapital in derselben Höhe als Verlustvortrag ausgewiesen wird. Die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand in der Erfolgsrechnung wird neu folgerichtig als Verlust (alt Aktivierung Bevorschussung Bund) bezeichnet. Um die Vergleichbarkeit mit dem Rechnungsjahr 2010 zu ermöglichen, wurde die Vergleichsspalte Rechnung 2010 in den Tabellen gemäss der neuen Rechtslage angepasst.

Die zweckgebundenen Einnahmen sind im Rechnungsjahr mit 1401 Millionen gegenüber dem Voranschlag um 39,3 Millionen (+3 %) höher ausgefallen. Zwei Faktoren zeichnen für diese Abweichung verantwortlich: die LSVA-Einnahmen lagen mit 805 Millionen um 73,9 Millionen höher, da sich die Konjunktur 2011 weniger abgeschwächt hat als erwartet; die Mineralölsteuereinnahmen für 25 Prozent der Bauaufwendungen für die NEAT-Basislinien lagen um 34,7 Millionen unterhalb des Voranschlags. Vor allem die Arbeiten auf der Gotthard-Achse beanspruchten die Mittel nicht im erwarteten Umfang. Die Einnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille entsprachen den budgetierten 317 Millionen.

Für die einzelnen Projekte wurden 1370 Millionen und somit gegenüber dem Voranschlag (inkl. Nachtrag) 233 Millionen oder



15 Prozent weniger Mittel beansprucht. Dabei hat das Parlament am 15. Juni 2011 einen Nachtragskredit für die Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achsen von 1,8 Millionen gutgeheissen und den entsprechenden Voranschlagskredit damit auf 2,4 Millionen erhöht.

Für die NEAT (ohne Kapazitätsanalyse Nord-Süd-Achsen) wurden mit 1116 Millionen rund 140 Millionen (-11 %) weniger aufgewendet als budgetiert. Vor allem der Mittelbedarf für den Bau des Gotthard- und Ceneri-Basistunnels entsprach nicht ganz den Erwartungen (-114 Mio., -10 %), aber auch für die Streckenausbauten an der Gotthard- und Lötschbergachse wurden weniger Mittel beansprucht (-19 Mio., -43 %). Für die Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achsen fielen die Entnahmen mit 1,6 Millionen letztendlich um 0,8 Millionen (-35 %) tiefer aus.

Für die 1. Etappe von BAHN 2000 wurden mit 9,4 Millionen (-70 %) markant weniger Mittel beansprucht als budgetiert. Die grosse Budgetunterschreitung resultiert aus Projektverzögerungen (u. a. beim Lehnenviadukt). Für die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) fielen im Jahr 2011 ausschliesslich Planungs- und Projektierungsaufwendungen an: für die Projektierung von Vorhaben auf den NEAT-Basislinien wurden 1,4 Millionen (-71 %) beansprucht sowie 8,6 Millionen (-4 %) für Projekte auf dem übrigen Streckennetz. Insgesamt wurden für ZEB rund 30 % weniger Mittel als vorgesehen entnommen, da die Planungs- und Projektierungsarbeiten nicht im gewünschten Rahmen vorangetrieben werden konnten. Für die Planung der Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur wurden von bewilligten 2,5 Millionen nur 0,8 Millionen ausgegeben.

Die Entnahmen aus dem FinöV-Fonds für die Anschlüsse ans europäische HGV-Netz betragen 105 Millionen und wurden hauptsächlich für Investitionen in der Ostschweiz und in der Region Genf aufgewendet. Insgesamt lagen die Entnahmen für die HGV-Korridore um 63,8 Millionen oder 38 Prozent unter-

halb der budgetierten Mittel. Die bewilligten Voranschlagskredite wurden sowohl für die Projekte in der Schweiz (-31 %) als auch für die Projekte in Frankreich (-69 %) und Deutschland (-72 %) nicht wie vorgesehen beansprucht. Durch Einsparungen bei zwei Projekten in der Ostschweiz konnte mit dem Bau nicht begonnen werden; ebenso hat sich der Baubeginn für den neuen Rosshäuserntunnel infolge Einsparungen um ein Jahr verzögert. Die Elektrifizierung der Strecke Lindau-Geltendorf schreitet planmässig voran. Die Mittelabrufe der DB Netz AG erfolgten allerdings nicht gemäss Vereinbarung, da die Mitfinanzierung durch den Freistaat Bayern neu geregelt wurde. Die Projekte in Frankreich sind zum Teil abgeschlossen. Die Schlusszahlung für die Ausbauten im Haut-Bugey (Ausbauten Bellegarde-Nurieux-Bourg-en-Bresse) konnte auf Grund fehlender Abschlussunterlagen nicht im Jahr 2011 erfolgen.

Die Aufwendungen für den Lärmschutz hielten sich mit knapp 127 Millionen im Rahmen des Budgets (128 Mio.).

Die durch den FinöV-Fonds zu tragenden Bevorschussungs- und Darlehenszinsen betragen 192 Millionen bzw. 1 Million. Es mussten damit rund 9 Millionen weniger Bevorschussungszinsen geleistet werden als budgetiert. Für das Jahr 2011 beträgt der Anteil der Bevorschussungszinsen an den zweckgebundenen Einnahmen aus LSVA und MWST 17 Prozent (Mineralölsteuermittel stehen für die Verzinsung der Bevorschussung nicht zur Verfügung).

Nach Belastung der Bevorschussungszinsen schliesst der FinöV-Fonds die Rechnung 2011 mit einem Verlust von 159 Millionen ab. Dies sind 275 Millionen weniger als im Voranschlag vorgesehen. Die kumulierte Bevorschussung steigt damit von 7543 auf 7702 Millionen an. Die Bevorschussung durch den Bund liegt noch rund 2028 Millionen unter der gesetzlich vorgeschriebenen Bevorschussungslimite.

Erfolgsrechnung

CHF	Rechnung 2010	Voranschlag inkl. Nachträge 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Ertrag	2 493 587 840	2 461 259 824	2 220 424 018	-273 163 822	-11,0
Zweckgebundene Einnahmen	1 603 524 182	1 361 948 500	1 401 229 557	-202 294 625	-12,6
Mehrwertsteuer	315 637 652	317 000 000	317 018 411	1 380 759	0,4
Schwerverkehrsabgabe	968 371 604	730 974 000	804 901 703	-163 469 901	-16,9
Mineralölsteuer	319 514 927	313 974 500	279 309 443	-40 205 484	-12,6
Aktivierung rückzahlbare Darlehen Bund	3 000 000	10 295 000	2 900 000	-100 000	-3,3
Aktivierung variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	731 909 949	655 800 000	657 678 250	-74 231 699	-10,1
NEAT, davon					
Achse Gotthard	609 348 925	600 000 000	542 803 250	-66 545 675	-10,9
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	1 961 023	14 400 000	2 475 000	513 977	26,2
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	7 100 000	18 000 000	11 300 000	4 200 000	59,2
Bahn 2000, davon					
1. Etappe	28 100 000	23 400 000	6 200 000	-21 900 000	-77,9
Anschluss ans europäische Netz	85 400 000	–	94 900 000	9 500 000	11,1
Verlust	155 153 709	433 216 324	158 616 211	3 462 502	2,2
Aufwand	2 493 587 840	2 461 259 824	2 220 424 018	-273 163 822	-11,0
Entnahmen für Projekte	1 557 421 798	1 603 588 000	1 370 177 736	-187 244 062	-12,0
NEAT, davon					
Projektaufsicht	3 050 867	3 698 000	2 514 012	-536 855	-17,6
Achse Lötschberg	33 924 892	9 000 000	3 335 103	-30 589 789	-90,2
Achse Gotthard	1 218 616 015	1 200 000 000	1 085 606 499	-133 009 516	-10,9
Ausbauten St-Gallen - Arth-Goldau	943 240	860 000	562 655	-380 585	-40,3
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	6 627 740	18 900 000	9 174 000	2 546 260	38,4
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	14 201 600	24 000 000	15 179 000	977 400	6,9
Trassensicherung	1 375 108	–	–	-1 375 108	-100,0
Kapazitätsanalyse Nord-Süd-Achsen	1 457 049	2 400 000	1 563 718	106 669	7,3
Bahn 2000, davon					
1. Etappe	34 449 311	31 000 000	9 438 968	-25 010 343	-72,6
Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	–	4 900 000	1 429 157	1 429 157	n.a.
Projektaufsicht für Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	–	200 000	–	–	n.a.
Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	1 810 693	9 000 000	8 620 429	6 809 736	376,1
Projektaufsicht für Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	66	300 000	35 586	35 520	n.a.
Planung für Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur	2 562 666	2 500 000	823 879	-1 738 786	-67,9
Anschluss ans europäische Netz, davon					
Projektaufsicht	33 865	800 000	81 087	47 222	139,4
Ausbauten St-Gallen - St. Margrethen	23 083 348	23 000 000	13 994 000	-9 089 348	-39,4
Ausbauten Lindau - Geltendorf	3 000 000	10 295 000	2 900 000	-100 000	-3,3
Ausbauten Bülach - Schaffhausen	44 900 000	38 800 000	38 799 664	-6 100 336	-13,6
Neubau Belfort - Dijon	–	–	–	–	n.a.
Ausbauten Vallorbe / Pontarlier - Dijon	1 222 665	1 645 000	79 859	-1 142 806	-93,5
Ausbau Knoten Genf	1 245 194	9 860 000	8 482 000	7 236 807	581,2
Ausbauten Bellegarde - Nurieux - Bourg-en-Bresse	4 500 000	11 700 000	3 624 871	-875 129	-19,4
Anschluss Flughafen Basel - Mülhausen	–	1 275 000	199 375	199 375	n.a.
Ausbauten Biel - Belfort	1 621 138	3 550 000	1 809 445	188 307	11,6
Ausbauten Bern - Neuenburg - Pontarlier	1 262 141	24 200 000	1 797 859	535 717	42,4
Ausbauten Lausanne - Vallorbe	197 642	900 000	212 000	14 358	7,3
Ausbauten Sargans - St. Margrethen	7 900 000	13 800 000	7 819 840	-80 160	-1,0
Ausbauten St. Gallen - Konstanz	6 140 940	4 905 000	1 143 000	-4 997 940	-81,4
Ausbauten Flughafen Zürich - Winterthur	3 358 728	24 100 000	24 100 000	20 741 272	617,5
Lärmschutz	139 936 890	128 000 000	126 851 728	-13 085 161	-9,4
Darlehenszinsen	981 500	1 078 500	969 000	-12 500	-1,3
Bevorschussungszinsen	203 274 593	200 793 324	191 599 032	-11 675 561	-5,7
Wertberichtigung variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	731 909 949	655 800 000	657 678 250	-74 231 699	-10,1

n.a.: nicht ausgewiesen

Bilanz

CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Aktiven	63 000 000	60 900 000	-2 100 000	-3,3
Anlagevermögen	63 000 000	60 900 000	-2 100 000	-3,3
Variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	12 954 009 657	13 611 687 906	657 678 250	5,1
NEAT Achse Lötschberg	2 181 460 281	2 181 460 281	-	-
NEAT Achse Gotthard	4 696 861 352	5 239 664 602	542 803 250	11,6
NEAT Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	279 361 023	281 836 023	2 475 000	0,9
NEAT Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	7 100 000	18 400 000	11 300 000	159,2
Bahn 2000 1. Etappe	5 703 827 000	5 710 027 000	6 200 000	0,1
HGV Ausbauten St. Gallen - St. Margrethen	21 900 000	35 800 000	13 900 000	63,5
HGV Ausbauten Bülach - Schaffhausen	44 300 000	82 500 000	38 200 000	86,2
HGV Knoten Genf	1 100 000	9 500 000	8 400 000	763,6
HGV Ausbauten Biel - Belfort	1 300 000	3 000 000	1 700 000	130,8
HGV Ausbauten Lausanne - Vallorbe	100 000	300 000	200 000	200,0
HGV Ausbauten Sargans - St. Margrethen	7 800 000	15 100 000	7 300 000	93,6
HGV Ausbauten St. Gallen - Konstanz	5 700 000	6 800 000	1 100 000	19,3
HGV Ausbauten Flughafen Zürich - Winterthur	3 200 000	27 300 000	24 100 000	753,1
Rückzahlbare Darlehen	63 000 000	60 900 000	-2 100 000	-3,3
Bahn 2000 1. Etappe	60 000 000	55 000 000	-5 000 000	-8,3
HGV Beitrag Vorfinanzierung Ausbauten Lindau - Geltendorf	3 000 000	5 900 000	2 900 000	96,7
Wertberichtigung variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	-12 954 009 657	-13 611 687 906	-657 678 250	5,1
Passiven	63 000 000	60 900 000	-2 100 000	-3,3
Fremdkapital	7 606 388 166	7 762 904 377	156 516 211	2,1
Rückzahlbare Darlehen Bund	63 000 000	60 900 000	-2 100 000	-3,3
Bevorschussung Bund	7 543 388 166	7 702 004 377	158 616 211	2,1
Eigenkapital	-7 543 388 166	-7 702 004 377	-158 616 211	2,1
Verlustvortrag	-7 543 388 166	-7 702 004 377	-158 616 211	2,1

Entwurf

Bundesbeschluss II über die Rechnung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte für das Jahr 2011

vom #. Juni 2012

Die *Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*,
gestützt auf Artikel 8 Absatz 1 des Reglements des Fonds für die
Eisenbahngrossprojekte vom 9. Oktober 1998¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom #. April
2012²,

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte wird für
das Jahr 2011 wie folgt genehmigt:

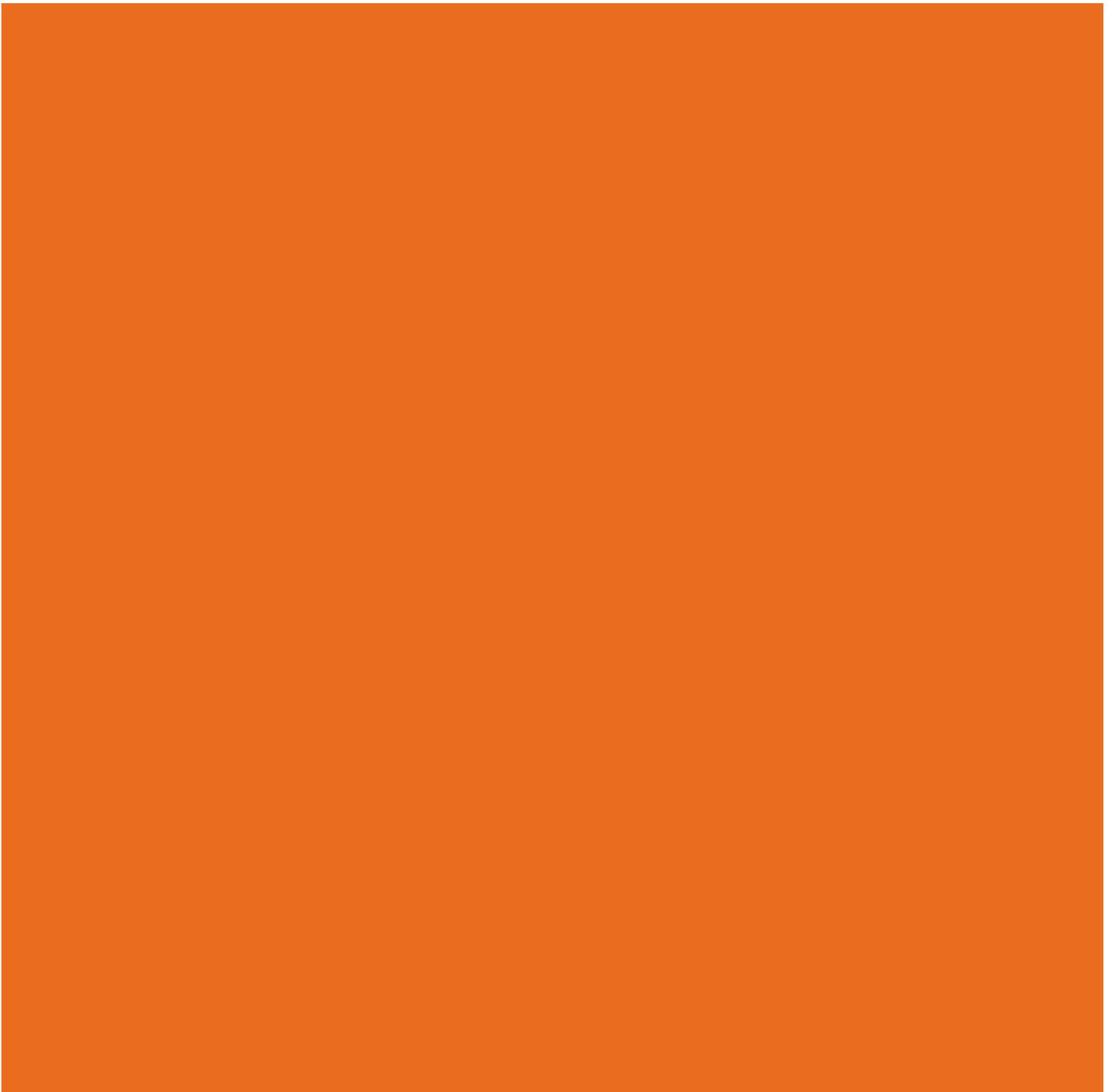
- a. Die Erfolgsrechnung verbucht Entnahmen für die Projekte
von 1 370 177 736 Franken und schliesst mit einer Finan-
zierungslücke von 158 616 211 Franken, die durch Tresore-
riedarlehen gedeckt wird;
- b. die Bilanz verzeichnet eine Bevorschussung in der Höhe von
7 702 004 377 Franken.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 742.140

² Im BBI nicht veröffentlicht



Inhalt

	Seite
2 Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	19
21 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen	19
22 Funktionsweise des Infrastrukturfonds	19
23 Rechnung 2011	20
Entwurf Bundesbeschluss III	25

21 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen

Der Infrastrukturfonds ist auf die Artikel 86 Absatz 3 und 173 Absatz 2 der Bundesverfassung abgestützt. Das Infrastrukturfondsgesetz vom 6.10.2006 (IFG, SR 725.13) regelt die Grundsätze des Fonds. Im Bundesbeschluss über den Gesamtkredit für den Infrastrukturfonds vom 4.10.2006, Art. 1, wurde die Verteilung auf die verschiedenen Aufgabengebiete festgehalten. In der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV, SR 725.116.21) schliesslich werden die Verfahren präzisiert.

Das Infrastrukturfondsgesetz wurde auf den 1.1.2008 in Kraft gesetzt.

Der Infrastrukturfonds hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er besteht aus einer Erfolgsrechnung und einer Bilanz. Ergänzend wird mit einer Liquiditätsrechnung der Stand der Fondsmittel aufgezeigt.

Die Erfolgsrechnung umfasst

- *den Ertrag*: dieser setzt sich zusammen aus den Einlagen sowie den Aktivierungen der Nationalstrassen im Bau und der Darlehen an Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs.
- *den Aufwand*: dieser setzt sich zusammen aus den Entnahmen für die Finanzierung der Aufgaben (Netzvollendung, Engpassbeseitigungen, Massnahmen im Bereich der Agglomerationen, Hauptstrassen in Berg- und Randregionen) sowie den Wertberichtigungen aus den aktivierten Nationalstrassenabschnitten im Bau und für die Gewährung von Darlehen an Schieneninfrastrukturprojekte des Agglomerationsverkehrs (S-Bahnen und Tramlinien). Bei den Entnahmen für die Nationalstrassen wird nach aktivierbaren und nicht-aktivierbaren Anteilen unterschieden. Der Bund kann Ausgaben im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau nur aktivieren, wenn ihm ein entsprechender Vermögenswert zugeht. Nicht aktivierbar sind deshalb Ausgaben für Anlagen, die in den Besitz der Kantone übergehen (z.B. Schutzbauwerke gegen Naturgefahren ausserhalb des Nationalstrassenperimeters, Verbindungsstrassen von den Nationalstrassen zum untergeordneten Strassennetz usw.) oder Ausgaben anderer Art (z.B. Landumlegungen, Archäologie, ökologische Ausgleichsmassnahmen usw.).

Die Bilanz setzt sich wie folgt zusammen (wesentliche Positionen):

- *Umlaufvermögen*: die verfügbaren Mittel bestehen zur Hauptsache aus den Forderungen an den Bund. Hierzu ist zu erläutern, dass der Infrastrukturfonds über keine flüssigen Mittel verfügt, da die Liquidität fortlaufend und nur im Ausmass des tatsächlichen Mittelbedarfs durch den Bund bereitgestellt wird.
- *Anlagevermögen*: Dieses setzt sich aus den aktivierten und wertberichtigten Nationalstrassen im Bau sowie den akti-

vierten und wertberichtigten, bedingt rückzahlbaren Darlehen für Schieneninfrastrukturprojekte in den Agglomerationen zusammen.

- *Eigenkapital*: Das Eigenkapital ergibt sich als Residualgrösse aus den Aktiven nach Abzug des Fremdkapitals.

Die Bundesversammlung hat mit dem Bundesbeschluss vom 4.10.2006 einen Verpflichtungskredit (Gesamtkredit) für den Infrastrukturfonds von 20,8 Milliarden Franken (Preisstand 2005, ohne Teuerung und Mehrwertsteuer) bewilligt. Bereits zu Beginn freigegeben wurden die Tranchen des Gesamtkredits für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes (8,5 Mrd.), die Mittel für die Realisierung von dringenden und baureifen Projekten des Agglomerationsverkehrs (2,6 Mrd.) sowie die Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (800 Mio.). Mit Beschlüssen vom 21. September 2010 gab das Parlament erstmalig Mittel für die realisierungsreifen Vorhaben des Programms Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen und des Programms Agglomerationsverkehr ab 2011 frei. Weitere Mittelfreigaben aus diesen beiden Programmen werden der Bundesversammlung periodisch unterbreitet.

Während der Laufdauer des Fonds genehmigt die Bundesversammlung jährlich die Rechnung des Fonds sowie – zusammen mit dem Voranschlag – die Entnahmen aus dem Fonds für die einzelnen Aufgaben. Sie beschliesst im Rahmen des Voranschlags des Bundes zudem über die jährlichen Einlagen in den Fonds. Gemäss IFG Art. 9 darf sich der Fonds nicht verschulden.

Der Bundesrat erstellt eine Finanzplanung des Fonds, die er dem Parlament jährlich zusammen mit dem Voranschlag oder im Rahmen des Legislaturfinanzplans zur Kenntnis bringt. Im Übrigen verfügt der Bundesrat über die Kompetenz, den Gesamtkredit um die ausgewiesene Teuerung und die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

22 Funktionsweise des Infrastrukturfonds

Der Bund legt zu Lasten der Spezialfinanzierung Strassenverkehr Mittel in den Infrastrukturfonds ein. Dort werden diese gemäss den Vorgaben des Infrastrukturfondsgesetzes wie folgt verwendet:

- Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes nach Artikel 197 Ziffer 3 BV
- Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz
- Investitionen des Agglomerationsverkehrs
- Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen

Für die Verwendung der Mittel bestehen teilweise Einschränkungen. Dem Infrastrukturfonds wurde mit der Inkraftsetzung eine Ersteinlage in Höhe von 2,6 Milliarden aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr gutgeschrieben. Die Ersteinlage kann gemäss Artikel 2 Absatz 2 des Infrastrukturfondsgesetzes nur für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, die Engpassbesei-

tigung und die Beiträge an Hauptstrassen verwendet werden. Diese Bedingungen gelten auch für die ausserordentliche Einlage von 850 Millionen, die das Parlament per 2011 zur Verbesserung der Liquidität des Infrastrukturfonds am 1. Oktober 2010 beschlossen hat.

Demgegenüber sind die Ausgaben des Agglomerationsverkehrs aus den jährlichen Einlagen zu finanzieren.

Die Einlagen in den Infrastrukturfonds sind gemäss Artikel 2 Absatz 3 des IFG so zu dimensionieren, dass sowohl die über den Fonds finanzierten Aufgaben wie auch die übrigen Aufgaben nach Artikel 86 Absatz 3 der Bundesverfassung über genügend Mittel verfügen.

Der Infrastrukturfonds ist auf 20 Jahre befristet (Art. 13 IFG). Verbleibende Mittel werden auf die Spezialfinanzierung Strassenverkehr übertragen.

23 Rechnung 2011

Das IFG wurde per 1.1.2011 angepasst. Dies hat Auswirkungen auf die Gestaltung von Erfolgsrechnung und Bilanz. Insbesondere werden die neu erstellten Nationalstrassen ab 2011 im gleichen Jahr vollständig wertberichtet. Die Überträge fertig gestellter Nationalstrassen in die Bundesbilanz werden nicht mehr in der Erfolgsrechnung aufgeführt, sondern stellen einen Bestandteil der in der Bilanz ausgewiesenen Netto-Veränderung der Bilanzwerte der Nationalstrassen im Bau dar.

Um eine Vergleichbarkeit mit dem Rechnungsjahr 2010 zu ermöglichen, wurden die Vergleichsspalten 2010 in den Tabellen gemäss der neuen Rechtslage angepasst (Restatement). Die entsprechenden Zahlen können deshalb nicht mehr direkt mit denjenigen in der verabschiedeten Rechnung 2010 verglichen werden.

Die Erfolgsrechnung 2011 des Infrastrukturfonds schliesst mit einem Saldo von 426 Millionen ab.

Der Ertrag von 2581 Millionen setzt sich wie folgt zusammen:

Die Einlage in den Fonds betrug für das Jahr 2011 1703 Millionen. Sie setzt sich aus der a.o. Einlage von 850 Millionen sowie der jährlichen Einlage von 853 Millionen zusammen. Letztere liegt 128,6 Millionen unter dem im Voranschlag geplanten Wert. Während sich im vom ASTRA finanzierten Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen ein Mehrbedarf ergab, führten Projektverzögerungen im Bereich der Netzfertigstellung zu einem Minderbedarf im Infrastrukturfonds. Um die Mittelverteilung zwischen ASTRA und Infrastrukturfonds zu optimieren, wurde die Einlage in den Infrastrukturfonds gekürzt und der Unterhalts- und Ausbaukredit des ASTRA entsprechend aufge-

stockt (vgl. Staatsrechnung Band 2B, Begründung 806, Kredit A8400.0001).

Aus der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes konnten Anlagen im Bau im Umfang von 665 Millionen aktiviert werden, aus der Engpassbeseitigung 47 Millionen. Ebenfalls zu aktivieren waren die an dringliche Agglomerationsprojekte des Schienenverkehrs gewährten Darlehen im Umfang von 125 Millionen und diejenigen an die Programme des Agglomerationsverkehrs in der Höhe von 40 Millionen.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Darlehen an die dringlichen Projekte deutlich angestiegen (+91 Mio.), weil einerseits die Bundesbeiträge an die Durchmesserlinie Zürich im Umfang von 107 Millionen geleistet worden sind (2010: 13 Mio. als Darlehen), andererseits die Programme des Agglomerationsverkehrs 2011 mit Darlehen in der Höhe von 40 Millionen finanziert wurden.

Der Aufwand erreichte 2155 Millionen. Hauptbestandteil sind die Entnahmen im Umfang von 1278 Millionen:

Im Bereich der *Fertigstellung Nationalstrassen* wurden Ausgaben von 700 Millionen getätigt, wovon 34 Millionen nicht aktivierbar waren. Zu nennen sind folgende Schlüsselprojekte:

- A4 Knonaueramt
- A4/A20 Westumfahrung Zürich inkl. Üetlibergtunnel
- A5 Umfahrung Biel
- A5 Umfahrung Serrières
- A8 Umfahrung Lungern
- A9 Umfahrung Visp und Leuk-Steg/Gampel
- A16 Tavannes - Moutier
- A16 Landesgrenze Frankreich - Pruntrut
- A28 Umfahrung Saas

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlags war für die Netzfertigstellung ein Mittelbedarf von 915 Millionen geplant. Infolge von Projektverzögerungen beanspruchten die Kantone im Rechnungsjahr 2011 weniger Finanzmittel als ursprünglich geplant. Dies und zusätzliche Vergabeerfolge aufgrund anhaltenden Kostendrucks im Bauhauptgewerbe, generell kostensenkende Wirkung der Anwendung des Handbuchs «Standards im Nationalstrassenbau» sowie Effizienzgewinne infolge von günstigeren Lösungen für Bauhilfemassnahmen führten zu Minderungen im Umfang von gesamthaft 215 Millionen.

Bei den vorgezogenen Projekten aus der *Engpassbeseitigung* (6-Spur-Ausbau Härkingen-Wiggertal und 6-Spur-Ausbau Blegi-Rütihof) wurden nur die Bauarbeiten bei Blegi-Rütihof im Umfang von rund 26 Millionen ausgelöst. Im November 2010 hatte das Bundesgericht die Beschwerden betreffend das Projekt Härkingen-Wiggertal behandelt, und das Gesuch um Gewährung der aufschiebenden Wirkung wurde abgewiesen. Im 2011 konnten demzufolge erst Teile der Vorarbeiten begonnen werden. Für

Erfolgsrechnung

CHF	Rechnung 2010 ¹	Voranschlag inkl. Nachträge 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Saldo Erfolgsrechnung	-180 516 666	308 287 000	425 770 648	606 287 314	-335,9
Ertrag	1 786 996 742	2 776 325 000	2 581 199 614	794 202 872	44,4
Einlagen	1 029 000 000	1 832 025 000	1 703 425 000	674 425 000	65,5
Ausserordentliche Einlage	–	850 000 000	850 000 000	850 000 000	–
Jährliche Einlage	1 029 000 000	982 025 000	853 425 000	-175 575 000	-17,1
Aktivierung Nationalstrassen im Bau	723 876 742	944 300 000	712 259 146	-11 617 596	-1,6
Netzfertigstellung	693 671 510	869 250 000	665 176 047	-28 495 463	-4,1
Engpassbeseitigung	30 205 232	75 050 000	47 083 098	16 877 866	55,9
Aktivierung bedingt rückzahlbare Darlehen	34 120 000	–	165 515 468	131 395 468	385,1
Schieneverkehr					
BE Tram Bern West	8 200 000	–	7 800 000	-400 000	-4,9
ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung	4 700 000	–	1 216 000	-3 484 000	-74,1
VD Ouchy - Les Croisettes, Métro M2	–	–	3 373 089	3 373 089	n.a.
ZH Durchmesserlinie Zürich (DML), 1. Teil S-Bahn	12 709 000	–	107 460 000	94 751 000	745,5
BL Bahnhof Dornach Arlesheim/Doppelpurausbau Stollenrain	1 000 000	–	171 000	-829 000	-82,9
VD Bahnhof Prilly-Malley, Réseau Express Vaudois (REV)	3 511 000	–	5 237 379	1 726 379	49,2
VD Durch das TL Netz 2008 bedingte Ausbauten	–	–	–	–	n.a.
TI Schienenverbindung zwischen Mendrisio-Varese (FMV)	4 000 000	–	–	-4 000 000	-100,0
Zürich: Ausfinanzierung Durchmesserlinie Zürich (DML)			33 668 000	33 668 000	n.a.
Zürich: 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich			3 878 000	3 878 000	n.a.
Zug: S-Bahn-Netz: Neue Haltestelle Sumpf			267 000	267 000	n.a.
Schaffhausen: S-Bahn-Ausbau Schaffhausen, Viertelstundentakt (Teil SBB)			350 000	350 000	n.a.
St. Gallen/Arbon-Rorschach: S-Bahn-Ausbau SG, Viertelstundentakt (Teilmassnahme A)			2 095 000	2 095 000	n.a.
Aufwand	1 967 513 408	2 468 038 000	2 155 428 965	187 915 557	9,6
Entnahmen	1 209 516 666	1 523 738 000	1 277 654 352	68 137 686	5,6
Fertigstellung Nationalstrassennetz	742 495 808	915 000 000	699 534 744	-42 961 064	-5,8
aktivierbar	693 671 510	869 250 000	665 176 047	-28 495 463	-4,1
nicht aktivierbar	48 824 298	45 750 000	34 358 697	-14 465 601	-29,6
Engpassbeseitigung Nationalstrassennetz	30 364 707	79 000 000	48 381 608	18 016 901	59,3
aktivierbar	30 205 232	75 050 000	47 083 098	16 877 866	55,9
nicht aktivierbar	159 475	3 950 000	1 298 509	1 139 034	714,2
Agglomerationsprogramme		100 000 000	100 000 000	100 000 000	n.a.
Beiträge à fonds perdu		100 000 000	59 742 000	59 742 000	n.a.
Darlehen (Schiene)			40 258 000	40 258 000	n.a.
Dringliche Projekte Agglomerationsverkehr	385 999 151	386 000 000	386 000 000	849	0,0
Beiträge à fonds perdu	351 879 151	386 000 000	260 742 532	-91 136 619	-25,9
Darlehen (Schiene)	34 120 000	–	125 257 468	91 137 468	267,1
Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	43 091 000	43 738 000	43 738 000	647 000	1,5
Ausgleich fehlende Kantonsmittel aus LSVA-Erhöhung	7 566 000	–	–	-7 566 000	-100,0
Wertberichtigung aus Zugang Nationalstrassen im Bau	723 876 742	944 300 000	712 259 146	-11 617 596	-1,6
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen	34 120 000	–	165 515 468	131 395 468	385,1
Schieneverkehr					

¹ Zahlen 2010 aufgrund Restatement angepasst
n.a.: nicht ausgewiesen

die anderen Engpassbeseitigungsprojekte fielen nur Projektkosten in der Höhe von rund 15 Millionen an:

- VD Goulet d'étranglement de Crissier
- SO-AG Luterbach - Härkingen
- SO-AG Härkingen - Wiggertal
- ZH 6-Spurausbau Nordumfahrung Zürich
- ZH 6-Spurausbau Andelfingen - Winterthur Nord
- BS-BL STOT Basel: Schwarzwaldtunnel - Verzweigung Hagnau
- LU-ZG Blegi-Rütihof

Im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau sind 2011 auch Einnahmen im Umfang von rund 20 Millionen angefallen (insbesondere aus dem Verkauf nicht mehr benötigter Restparzellen). Diese Mittel konnten im Sinne einer Ausnahme vom Bruttoprinzip direkt wieder dem entsprechenden Ausgabenkredit des Fonds gutgeschrieben werden (Nettoverbuchung).

Die Ausgaben für den *Agglomerationsverkehr* beliefen sich auf insgesamt 486 Millionen. Davon gingen 386 Millionen an die *dringlichen Agglomerationsprojekte*, 100 Millionen an die *Agglomerationsprogramme*.

Die Investitionsbeiträge und Darlehen für Schienen- und Bahninfrastrukturen im Rahmen der *dringlichen Agglomerationsprojekte* erreichten 330 Millionen. Mit wesentlichen Beiträgen wurden 2011 folgende Projekte unterstützt:

- ZH Glattalbahnhof, Etappen 2 und 3
- ZH Tram Zürich West
- BE Tram Bern West*
- LU Doppelspurausbau und Tieflegung Zentralbahn
- ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung*
- BS Tramverlängerung nach St. Louis und Weil am Rhein in der Stadt Basel
- AG Eigentrasse Wynental- und Suhrentalbahnhof (WSB) zwischen Suhr und Aarau
- VD Ouchy - Les Croisettes, Métro M2*
- VD Bahnhof Prilly-Malley, Réseau Express Vaudois (REV)*
- GE Tram Cornavin-Meyrin-CERN (TCMC)
- GE Tram Onex-Bernex
- ZH Durchmesserlinie Zürich (DML), 1. Teil S-Bahn*
- TI Schienenverbindung zwischen Mendrisio-Varese (FMV)

*Finanzierung ganz oder teilweise mit bedingt rückzahlbaren Darlehen.

Bilanz

CHF	Rechnung 2010 ¹	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Aktiven	1 608 399 440	2 134 767 710	526 368 270	32,7
Umlaufvermögen	1 608 399 440	2 134 767 710	526 368 270	32,7
Forderungen Bund	1 598 684 604	2 132 969 007	534 284 403	33,4
Forderungen Dritte	9 714 836	1 798 703	-7 916 133	-81,5
Anlagevermögen	-	-	-	n.a.
Nationalstrassen im Bau	1 836 909 181	2 045 072 293	208 163 112	11,3
Netzfertigstellung	1 806 703 949	1 967 783 963	161 080 014	8,9
Engpassbeseitigung	30 205 232	77 288 330	47 083 098	155,9
Bedingt rückzahlbare Darlehen Schienenverkehr	420 178 085	585 693 553	165 515 468	39,4
BE Tram Bern West	18 300 000	26 100 000	7 800 000	42,6
ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung	9 277 000	10 493 000	1 216 000	13,1
VD Ouchy - Les Croisettes, Métro M2	120 000 000	123 373 089	3 373 089	2,8
ZH Durchmesserlinie Zürich (DML), 1. Teil S-Bahn	244 042 775	351 502 775	107 460 000	44,0
BL Bahnhof Dornach Arlesheim/Doppelspurausbau Stollenrain	5 500 000	5 671 000	171 000	3,1
VD Bahnhof Prilly-Malley, Réseau Express Vaudois (REV)	10 899 700	16 137 079	5 237 379	48,1
VD Durch das TL Netz 2008 bedingte Ausbauten	3 908 610	3 908 610	-	-
TI Schienenverbindung zwischen Mendrisio-Varese (FMV)	8 250 000	8 250 000	-	-
Zürich: Ausfinanzierung Durchmesserlinie Zürich (DML)		33 668 000	33 668 000	n.a.
Zürich: 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich		3 878 000	3 878 000	n.a.
Zug: S-Bahn-Netz: Neue Haltestelle Sumpf		267 000	267 000	n.a.
Schaffhausen: S-Bahn-Ausbau Schaffhausen, Viertelstundentakt (Teil SBB)		350 000	350 000	n.a.
St. Gallen/Arbon-Rorschach: S-Bahn-Ausbau SG, Viertelstundentakt (Teilmassnahme A)		2 095 000	2 095 000	n.a.
Wertberichtigung Nationalstrassen im Bau	-1 836 909 181	-2 045 072 293	-208 163 112	11,3
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen Schienenverkehr	-420 178 085	-585 693 553	-165 515 468	39,4
Passiven	1 608 399 440	2 134 767 710	526 368 270	32,7
Fremdkapital	5 353 788	105 951 410	100 597 622	1 879,0
Verbindlichkeiten Dritte	5 353 788	99 335 833	93 982 045	1 755,4
Übrige Passive Rechnungsabgrenzung		6 615 577	6 615 577	n.a.
Eigenkapital	1 603 045 652	2 028 816 300	425 770 648	26,6

¹ Zahlen 2010 aufgrund Restatement angepasst
n.a.: nicht ausgewiesen

Ebenfalls im Rahmen der *dringlichen Agglomerationsprojekte* wurden 56 Millionen für Strassenprojekte ausgegeben:

- BE Wankdorfplatz, Tramverlängerung
- ZG Neubau der Kantonsstrasse Nr. 4, «Nordzufahrt»
- FR Pont et tunnel de la Poya
- SO Entlastung Region Olten
- BL H2 Pratteln-Liestal

Die Investitionsbeiträge und Darlehen für Schienen- und Bahninfrastrukturen im Rahmen der *Agglomerationsprogramme* erreichten 85 Millionen. Mit wesentlichen Beiträgen wurden 2011 folgende Projekte unterstützt:

- Zürich: Ausfinanzierung Durchmesserlinie Zürich (DML)*
- Zürich: 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich*
- St. Gallen/Arbon-Rorschach: S-Bahn-Ausbau St. Gallen, Viertelstundentakt (Teilmassnahme A)*
- Genève: Tram Cornavin - Onex - Bernex: tronçon Cornavin - Georges-Favon

*Finanzierung ganz oder teilweise mit bedingt rückzahlbaren Darlehen.

15 Millionen wurden für 22 Strassenprojekte und Langsamverkehrsmassnahmen in den *Agglomerationsprogrammen* ausgegeben. Mit wesentlichen Beiträgen wurden 2011 folgende Projekte unterstützt:

- Zürich: Quarz Prio A, Teil I, Birmensdorferstrasse
- St. Gallen/Arbon-Rorschach: Altstadtentlastung mit Erschliessung Saurer WerkZwei
- St. Gallen/Arbon-Rorschach: Bahnhof Nord St. Gallen
- Aargau-Ost: Wildeggen, Neugestaltung Ortsdurchfahrt
- Lausanne-Morges: Réseau de bus TP Lausanne (2009-2014)

44 Millionen wurden als Pauschalbeiträge an die *Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen* ausgerichtet. Dieser Betrag wird jährlich um die Teuerung korrigiert (Basisjahr 2005). Beitragsberechtigt sind jene Kantone, die gemäss LSVA zu den vorabanteilsberechtigten Kantonen gehören und die nicht über eine grosse Agglomeration mit mehr als 100 000 Einwohnern verfügen. Diese Kriterien werden von folgenden Kantonen erfüllt: Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Freiburg, Solothurn, Appenzell Ausserrhodens, Appenzell Innerrhodens, Graubünden, Wallis, Neuenburg, Jura. Die Beiträge werden gemäss der Strassenlänge abgestuft.

Die Bilanz des Infrastrukturfonds weist per 31.12.2011 ein Umlaufvermögen von 2135 Millionen aus. Dieses setzt sich aus den Forderungen an den Bund im Umfang von 2133 Millionen sowie solchen an die Kantone von 2 Millionen zusammen. Letztere resultieren aus der Netzfertigstellung der Nationalstrassen. Das Anlagevermögen, bestehend aus den Nationalstrassen im Bau (2045 Mio.) und den bedingt rückzahlbaren Darlehen Schienenverkehr (586 Mio.), ist vollständig wertberichtigt.

- Bei den Nationalstrassen im Bau hat sich der Wert im Vergleich zum Vorjahr um 208 Millionen erhöht. Diese Veränderung ergibt sich aus dem Zuwachs an im Bau befindlichen Strecken (+ 712 Mio.) abzüglich des Übertrags von fertiggestellten Abschnitten an den Bund (-504 Mio.). Dabei handelt es sich um die Inbetriebnahmen der Abschnitte A16 Transjurane BE Roches-Court, A16 Transjurane Front. F.-Porrentruy, Zürich West (Umbau Pfingstweidstrasse) und A28 Prättigauerstrasse (Umfahrung Saas). Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass hier nur die aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Anteile dieser Projekte ausgewiesen werden. Die vor Bestehen des Infrastrukturfonds durch den Bund finanzierten Anteile der Projekte wurden als Anlagen im Bau bereits im Rahmen der Eröffnungsbilanz per 1.1.2008 übertragen.

Liquiditätsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Fondseinlagen	1 029,0	1 832,0	1 703,4	674,4	65,5
Ausserordentliche Einlage	–	850,0	850,0	850,0	n.a.
Jährliche Einlage	1 029,0	982,0	853,4	-175,6	-17,1
Fondsentnahmen	1 209,6	1 523,7	1 277,7	68,1	5,6
Fertigstellung Nationalstrassennetz	742,5	915,0	699,5	-43,0	-5,8
Engpassbeseitigung Nationalstrassennetz	30,4	79,0	48,4	18,0	59,2
Dringliche Projekte Agglomerationsverkehr	386,0	386,0	386,0	–	–
Agglomerationsprogramme	–	100,0	100,0	100,0	n.a.
Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	43,1	43,7	43,7	0,6	1,5
Ausgleich fehlende Kantonsmittel aus LSVA-Erhöhung	7,6	–	–	-7,6	-100,0
Fondsliquidität*	1 602,9	1 911,2	2 028,7	425,8	26,6

n.a.: nicht ausgewiesen

* Forderungen und Verbindlichkeiten Dritte nicht berücksichtigt

- Bei den bedingt rückzahlbaren Darlehen Schienenverkehr entspricht die Veränderung von 166 Millionen gegenüber 2010 den 2011 neu gewährten Darlehen.

Die Passivseite der Bilanz zeigt die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten im Umfang von 99 Millionen sowie die übrige passive Rechnungsabgrenzung von 7 Millionen. Es handelt sich um Rechnungen der Kantone im Zusammenhang mit der Netzf-

erstellung und des Agglomerationsverkehrs, die das Jahr 2011 betreffen, aber erst 2012 bezahlt wurden. Das Eigenkapital erreicht 2029 Millionen.

Per Ende 2011 verfügt der Infrastrukturfonds über eine Liquidität von 2029 Millionen. Aufgrund der Minderausgaben im Nationalstrassenbereich ist diese rund 118 Millionen höher als im Voranschlag geplant.

Entwurf

Bundesbeschluss III über die Rechnung des Infrastrukturfonds für das Jahr 2011

vom #.#.2012

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 12 des Infrastrukturfondsgesetzes vom 6. Oktober 2006¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom #.#.2012²,*

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung des Infrastrukturfonds für das Jahr 2011 wird wie folgt genehmigt:

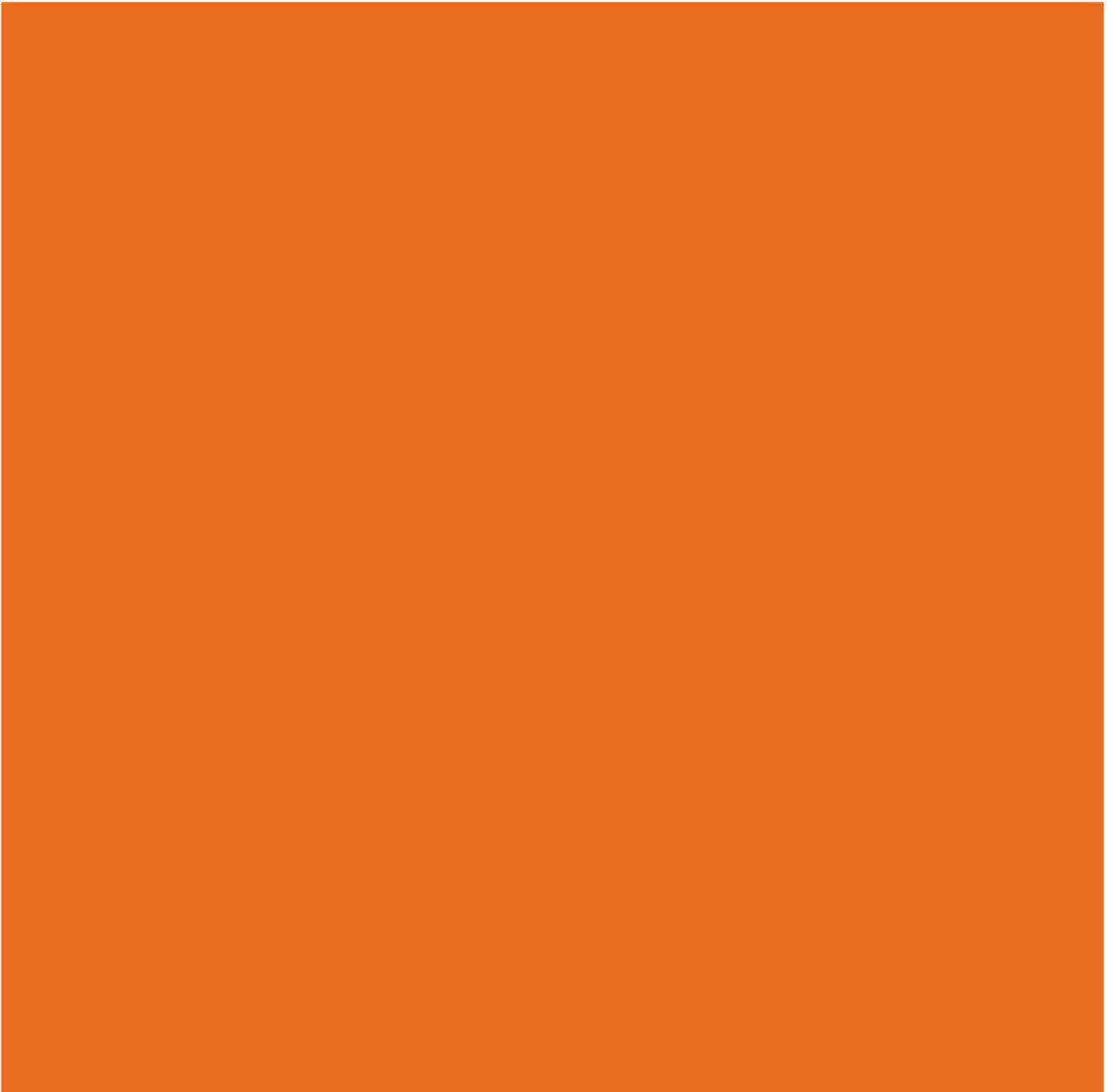
- a. Die Erfolgsrechnung verzeichnet Entnahmen von 1 277 654 352 Franken und schliesst mit einem positiven Saldo von 425 770 648 Franken ab. Dieser wird auf das Eigenkapital vorgetragen.
- b. Die Bilanzsumme erreicht 2 134 767 710 Franken bei einem Eigenkapital von 2 028 816 300 Franken.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 725.13

² Im BBI nicht veröffentlicht



Inhalt

	Seite
3 Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen	31
31 Einführung	31
32 Konsolidierte Jahresrechnung	32
321 Übersicht	32
322 Konsolidierte Erfolgsrechnung	33
323 Konsolidierte Investitionsrechnung	34
324 Konsolidierte Geldflussrechnung	35
325 Konsolidierte Bilanz	36
326 Konsolidierter Eigenkapitalnachweis	37
33 Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung	39
331 Allgemeine Erläuterungen	39
332 Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung	43
333 Weitere Erläuterungen	59
34 Segmentberichterstattung / Einzelabschlüsse	62
341 Erfolgsrechnung nach Konsolidierungseinheit	62
342 Investitionsrechnung nach Konsolidierungseinheit	64
343 Geldflussrechnung nach Konsolidierungseinheit	65
344 Bilanz nach Konsolidierungseinheit	66
35 Zusatzinformationen	67
351 Investitionen des Bundes in vom ETH-Bereich genutzte Liegenschaften	67
352 Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN Projekt)	68
353 Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	68
Entwurf Bundesbeschluss IV	70

31 Einführung

Der ETH-Bereich umfasst die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen ETH Zürich und EPFL sowie die vier Forschungsanstalten Paul Scherrer Institut (PSI), Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) und Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag). Diese sechs Institutionen sind öffentlich-rechtliche Anstalten des Bundes mit Rechtspersönlichkeit. Weiter gehören zum ETH-Bereich der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat) als strategisches Führungsorgan und die ETH-Beschwerdekommision als unabhängiges Beschwerdeorgan.

Steuerung und Berichterstattung des ETH-Bereichs

Das ETH-Gesetz normiert die Autonomie des ETH-Bereichs und von dessen Institutionen: Die *politische* Führung nehmen das Parlament und der Bundesrat wahr. Die politischen Behörden geben die Leistungsstandards (aktuell: Leistungsauftrag des Bundesrates an den ETH-Bereich 2008-2011) und die finanziellen Eckwerte vor. Der ETH-Bereich ist als Leistungserbringer verantwortlich, dass die Vorgaben umgesetzt werden. Der ETH-Bereich untersteht zudem der parlamentarischen Oberaufsicht. Die *strategische* Führung des ETH-Bereichs nimmt der ETH-Rat wahr, die *operative* Führung der Institutionen obliegt den Schulleitungen und Direktionen.

Gesetz und Leistungsauftrag verpflichten den ETH-Rat zur periodischen Berichterstattung über den Fortschritt bei der Zielerreichung, den Stand der Immobilien, das Personal und die Finanzen. Dazu reicht der ETH-Rat jährlich dem Bundesrat einen Rechenschaftsbericht ein, der – nach Zustimmung – zugleich Zusatzdokumentation für die Behandlung der Rechnung im Parlament sowie Kommunikationsinstrument für die Öffentlichkeit ist.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich)

Die ETH Zürich steht für exzellente Lehre, wegweisende Grundlagenforschung und die Anwendung der Ergebnisse zum Nutzen der Gesellschaft. Sie zählt über 17 000 Studierende aus rund 80 Ländern, davon rund 3800 Doktorierende. Über 400 Professorinnen und Professoren unterrichten und forschen auf den Gebieten Architektur- und Bauwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik, systemorientierten Wissenschaften sowie Management- und Sozialwissenschaften.

Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (EPFL)

Die EPFL zählt rund 11 700 Personen – über 8400 Studierende, rund 300 Professorinnen und Professoren sowie 4700 in den Bereichen Forschung, Technik und Verwaltung tätige Personen. Sie kommen aus über 120 Ländern, womit die EPFL eine der multikulturellsten Hochschulen der Welt ist. Ab dem Master-Niveau ist die ganze Ausbildung zweisprachig (Französisch-Englisch). Die EPFL genießt ein hohes Ansehen und zeichnet sich besonders durch die Förderung internationaler Partnerschaften,

Sponsoring und gemeinsamer Projekte von Wissenschaft und Industrie aus.

Paul Scherrer Institut (PSI)

Das PSI forscht zu den Themen Materie und Material, Mensch und Gesundheit sowie Energie und Umwelt. Es betreibt mit der Neutronenquelle, der Synchrotronlichtquelle Schweiz und der Myonenquelle wissenschaftliche Grossforschungsanlagen. Jährlich kommen über 2000 Forschende aus der Schweiz und der ganzen Welt ans PSI, um Experimente durchzuführen, die anderswo nicht möglich sind. Das PSI betreibt die einzige Anlage der Schweiz zur Behandlung von spezifischen Krebserkrankungen mit Protonen. Von den rund 1800 Mitarbeitenden am PSI sind etwa 700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL)

Die WSL befasst sich mit der Nutzung und dem Schutz von Landschaften und Lebensräumen, insbesondere dem verantwortungsvollen Umgang mit den Naturgefahren in den Schweizer Alpen (namentlich auch das WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung). Von den über 550 Mitarbeitenden der WSL in Birmensdorf, Davos, Lausanne, Bellinzona und Sitten sind etwa die Hälfte wissenschaftliche Mitarbeitende sowie fast 70 Doktorierende.

Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa)

Die Empa erarbeitet praxisnah Lösungen für Industrie und Gesellschaft in den Bereichen nanostrukturierte Materialien und Oberflächen, Umwelt-, Energie- und nachhaltige Gebäudetechnologien sowie Bio- und Medizinaltechnologien. Seit 1880 liefert sie öffentlichen Stellen Daten und Fakten für politische Entscheide und führt Studien für Bundesämter durch. An der Empa arbeiten rund 950 Mitarbeitende, davon 26 Professorinnen und Professoren, rund 150 Doktorierende, 40 Auszubildende sowie, wie jedes Jahr, rund 150 Diplomanden und Praktikanten.

Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag)

Die Eawag ist ein weltweit führendes Wasserforschungsinstitut. Die Kombination von Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften erlaubt eine umfassende Erforschung des Wassers, von relativ ungestörten naturbelassenen Gewässern bis hin zu voll technisierten Abwassermanagementsystemen. Die 24 Professorinnen und Professoren, gegen 170 wissenschaftlichen Mitarbeitenden und 160 Doktorierenden treffen an der Eawag auf ein einzigartiges Forschungsumfeld, in welches sie Interessengruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft aktiv einbeziehen.

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat)

Der ETH-Rat ist das strategische Führungs- und Aufsichtsorgan, Wahlbehörde für den ETH-Bereich und führt als Bau- und Liegenschaftsorgan das Immobilienmanagement. Ein Stab von rund 40 Mitarbeitenden unterstützt den ETH-Rat bei der Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags.

32 Konsolidierte Jahresrechnung

321 Übersicht

Einführung

Das Eidgenössische Parlament hat mit Bundesbeschluss vom 19. September 2007 den Zahlungsrahmen 2008-2011 für den ETH-Bereich in der Höhe von 8235 Millionen bewilligt. Die Mittel dienen der Deckung des Finanzbedarfs für laufende Ausgaben und für Investitionen. Sie werden zur Erreichung der Ziele des Leistungsauftrages 2008-2011 verwendet. Im Total sind auch die Mittel für die Teilnahme des ETH-Bereichs an national bedeutsamen Projekten der Hochschulen in der Gesamthöhe von 110 Millionen enthalten, namentlich: Chancengleichheit, Doktorandenausbildung, Elektronische Bibliothek (e-library), Authentifizierungs- und Autorisierungs-Infrastruktur (AAI), Forschungsaktivitäten in der Mikro- und Nanoelektronik, Sensoren, elektromechanische Mikro- und Nanosysteme (MEMS/NEMS), Systeme und Software, Informations- und Kommunikationstechnologien (Nano-Tera.CH), Schweizer Initiative in Systembiologie (SystemsX.ch).

Der Zahlungsrahmen wurde aus folgenden Gründen um 154,5 Millionen erhöht: Aus der Umsetzung der 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen (Nachtrag Ia 2009, BB vom 11.3.2009) resultierte eine Aufstockung um 50 Millionen für vorgezogene und zusätzliche Investitionen. Dank dieser Erhöhung wurden zirka 30 Infrastrukturprojekte mit Bezug zur Lehre und Forschung ermöglicht. Weiter bewilligte das Eidgenössische Parlament den Plan der Schweizerischen Nationalen Strategie für Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN). Für dessen Umsetzung wurde der Zahlungsrahmen mit dem Bundesbeschluss I zum Voranschlag 2010 um 45 Millionen (VA 2010: 33 Mio.; VA 2011: 12 Mio.) aufgestockt. Schliesslich stockte das Parlament den Zahlungsrahmen im Rahmen der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke (Nachtrag IIa 2011, BB vom 21.9.2011) um 59,5 Millionen auf. Durch die erwähnten Aufstockungen beträgt der Zahlungsrahmen 2008-2011 für den ETH-Bereich 8389 Millionen. Nach der Beratung der BFI-Botschaft 2012 hat das Parlament mit Bundesbeschluss vom 14.6.2011 den Zahlungsrahmen um ein Jahr verlängert und um 2164 Millionen auf total 10'553 Millionen aufgestockt.

Die Mittelallokation innerhalb des ETH-Bereichs ist in Art. 12 Abs. 2 der Verordnung über den ETH-Bereich (SR 414.110.3) geregelt. Der ETH-Rat teilt die Mittel im Rahmen der Zielvereinbarungen den beiden ETH und den vier Forschungsanstalten zu. Er stützt sich dabei auf seine strategische Planung sowie die genehmigten Entwicklungspläne der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten. Vor der Mittelzuteilung reserviert er die Mittel für die eigene Verwaltung, den Betrieb der Beschwerdekommision und für die Anreiz- und Anschubfinanzierungen. Letztere wurden im Laufe des Jahres an die beiden ETH respektive die vier Forschungsanstalten abgetreten (Vgl. Ziff. 341).

Jahresrechnung 2011

Die Erträge des ETH-Bereichs sind gegenüber dem Vorjahr um 190 Millionen angestiegen und liegen bei 3104 Millionen (operativer Ertrag 3094 Mio.; Finanzergebnis 10 Mio.). Der Anstieg des Finanzierungsbeitrags des Bundes um 41 Millionen (+2,1 %) ist zur Hauptsache auf die zusätzlichen Mittel aus dem Massnahmenpaket gegen die Frankenstärke und auf eine Kreditverschiebung zu Lasten des Investitionskredits zurückzuführen. Vom Total des Zuflusses an Zweit- und Drittmitteln von 651 Millionen (+36 Mio. resp. +5,9 %) wurden die im Rechnungsjahr noch nicht verwendeten Mittel in der Höhe von 52 Millionen beim Ertrag in Abzug gebracht (ausgewiesen unter Bestandesveränderung Zweit- und Drittmittel). Zweitmittel sind kompetitiv vergebene Mittel des Bundes sowie weiteren staatlichen und internationalen Organisationen. Die höheren Erträge ermöglichten die Finanzierung von zusätzlichen Vorhaben in Lehre und Forschung.

Der operative Aufwand erhöhte sich um 4,5 Prozent auf 2984 Millionen und stieg somit etwas schwächer als der operative Ertrag (+6,4 %). Der Mehraufwand für die zusätzlich erbrachten Leistungen wurde je zur Hälfte aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes und aus Zweitmitteln gedeckt. Der Hauptanteil des operativen Aufwands wurde für das Personal aufgewendet (62 % oder 1850 Mio.).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 120 Millionen. Gegenüber dem Vorjahresresultat (60 Mio.) hat es sich verdoppelt und übersteigt ebenfalls die Prognose für 2011 (-13 Mio.) um 133 Millionen. Das operative Ergebnis fällt mit 110 Millionen ebenfalls deutlich besser aus als in der Rechnung 2010 (53 Mio.).

Die Struktur der Finanzierung des ETH-Bereichs blieb im Vergleich zu den Vorjahren stabil, wie die Zusammensetzung des Ertrags 2011 aufzeigt. Der Bund finanzierte den ETH-Bereich nahezu zu 90 Prozent. Grösstenteils tat er dies über die direkten Beiträge (rund 75 %). Indirekt steuerte er über die Zweitmittel weitere 15 Prozent zur Finanzierung des ETH-Bereichs bei. Die restlichen Mittel stammten aus der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft (inkl. Schenkungen, Legate etc.), aus Studiengebühren und aus diversen Erträgen, wie den Honoraren für Dienstleistungen und Expertisen, Materialverkäufen etc. sowie aus dem Finanzergebnis.

Für Investitionen in Sachanlagen und in immaterielle Güter wurden 315 Millionen eingesetzt (Vorjahr 201 Mio.). Die Einnahmen aus Desinvestitionen fielen mit 5 Millionen deutlich geringer aus (Vorjahr 16 Mio.).

Die konsolidierte Bilanzsumme des ETH-Bereichs beläuft sich per Ende 2011 auf 2435 Millionen, was einer Zunahme von 199 Millionen entspricht. In den Aktiven nahm das Anlagevermögen (+110 Mio.) stärker zu als das Umlaufvermögen (+88 Mio.). In den Passiven verzeichneten sämtliche Positionen (Fremd-, Zweckgebundenes Kapital und Eigenkapital) eine Zunahme, wobei der Anstieg beim Eigenkapital mit 121 Millionen am stärksten ins Gewicht fiel.

322 Konsolidierte Erfolgsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%	Ziffer im Anhang
Jahresergebnis	60	-13	120	60	99,9	
Operatives Ergebnis (exkl. Finanzergebnis)	53	-26	110	57	108,8	
Operativer Ertrag	2 907	3 026	3 094	187	6,4	
Finanzierungsbeitrag des Bundes	1 984	2 026	2 026	41	2,1	1
Beitrag an Unterbringung	284	282	282	-2	-0,9	2
Zweit- und Drittmittel	615	607	651	36	5,9	3
Entgelte aus Zweitmitteln	406	405	440	34	8,4	
Entgelte aus Drittmitteln	209	201	211	2	1,1	
Bestandesveränderung Zweit- und Drittmittel	-109	-20	-52	56	-51,9	3, 20
Dienstleistungsertrag	111	110	120	9	7,8	4
Übriger Ertrag	21	22	68	46	219,9	5
Operativer Aufwand	2 855	3 053	2 984	130	4,5	
Eigenaufwand	2 779	2 870	2 933	154	5,6	
Personalaufwand	1 769	1 826	1 850	81	4,6	6
Sach- und Betriebsaufwand	869	926	874	4	0,5	2, 7
Abschreibungen	138	142	197	59	42,6	14
Bestandesveränderung Leistungsversprechen	2	-24	12	10	561,1	20
Transferaufwand	76	182	52	-25	-32,2	8
Finanzergebnis	7	13	10	3	36,1	9
Finanzertrag	21	14	20	-1	-4,8	
Finanzaufwand	14	1	10	-4	-26,6	

Die konsolidierte Erfolgsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 120 Millionen ab. Das *Jahresergebnis* setzt sich zusammen aus dem *operativen Ergebnis* (110 Mio.) und dem *Finanzergebnis* (10 Mio.). Gegenüber der Rechnung 2010 liegt das Jahresergebnis um 60 Millionen höher, gegenüber dem Voranschlag 2011 um 133 Millionen. Der wesentliche Grund für die Verbesserung des Ergebnisses liegt in der gestiegenen Investitionsstätigkeit in mobile Sachanlagen. Der Finanzierungsbeitrag des Bundes deckt nebst den laufenden Kosten auch die Investitionsausgaben, welche erst in den Folgejahren zu Abschreibungsaufwand führen. Ebenfalls wirkten sich die Aktivierung der Eigenleistungen (42 Mio.) positiv auf das Jahresergebnis aus.

Die *Zweit- und Drittmittel* haben keinen Einfluss auf die Höhe des Jahresergebnisses. Die Differenz zwischen den zugeflossenen (operativer Ertrag) und den effektiv verwendeten Mitteln (operativer Aufwand) wird über die Buchung der erfolgswirksamen Bestandesveränderung (2011: Ertragsminderung -52 Mio.) neutralisiert.

Der *operative Ertrag* nahm gegenüber dem Vorjahr um 187 Millionen (+6,4 %) auf 3094 Millionen zu. Die positive Entwicklung der Vorjahre hält somit weiter an. Auch im Vergleich zum Voranschlag 2011 fiel der Ertrag höher aus als erwartet (+68 Mio. resp. +2,2 %), weil mehr Zweit- und Drittmittel akquiriert werden konnten. Wird der operative Bruttoertrag zum Vergleich herangezogen, d.h. die Bestandesveränderung der Zweit- und Drittmittel ausgeklammert, lag der Ertrag um 130 Millionen über dem Vorjahreswert und übersteigt den Voranschlag 2011

um 100 Millionen. Die Bestandesveränderung der Zweit- und Drittmittel ist nur bedingt planbar. Sie kann im Jahresvergleich - je nach Projektfortschritt in den Lehr- und Forschungsprojekten - stark variieren.

Die einzelnen Ertragskomponenten entwickelten sich unterschiedlich: Die Erstmittel (2308 Mio.) stiegen um 39 Millionen an (+1,7 %). Unter die Erstmittel fallen die direkten Beiträge des Bundes, d.h. der *Finanzierungsbeitrag* (2026 Mio.) und der *Beitrag an die Unterbringung* (282 Mio.). Der Anteil der Erstmittel beläuft sich auf knapp 75 Prozent des operativen Ertrags (2010: rund 78 %). Der Ertrag aus Zweit- und Drittmitteln (651 Mio.) macht rund 19 Prozent des operativen Ertrags aus (2010: rund 17 %). Auf den *Dienstleistungsertrag* (120 Mio.) und den übrigen Ertrag (68 Mio.) entfallen sechs Prozent des operativen Ertrags. Der starke Anstieg beim übrigen Ertrag hängt mit der ab 2011 geltenden Praxis der Aktivierung von Eigenleistungen zusammen. Bis und mit 2010 wurden diese aufwandmindernd verbucht; ab 2011 erfolgt die Verbuchung brutto über den übrigen Ertrag.

Der *operative Aufwand* beträgt 2984 Millionen und liegt damit um 69 Millionen unter dem geplanten Wert (-2,3 %). Jedoch liegt er um 130 Millionen (+4,5 %) über dem Vorjahreswert. Der überwiegende Teil des operativen Aufwands entfällt auf das Personal (1850 Mio. bzw. 62 %). Der *Sach- und Betriebsaufwand* von 874 Millionen enthält insbesondere auch den Raumaufwand für die durch den ETH-Bereich genutzten Immobilien im Eigentum des Bundes (282 Mio.). Eine starke Zunahme um 43 Prozent verzeichneten die Abschreibungen (197 Mio.). Dies hängt vor allem

mit der ab 2011 eingeführten Verkürzung der Nutzungsdauer auf Sachanlagen zusammen. Beim *Transferaufwand* resultierte eine Budgetunterschreitung von 130 Millionen. Die Budgetierung dieser Position erfolgt zu einem Grossteil zentral im ETH-Rat und wird im Laufe des Jahres für Projekte spezifiziert und einzeln an die Institute abgetreten. Der effektiv anfallende Aufwand wird anschliessend aufwandartengerecht verbucht. Im Rahmen der Kreditverschiebung vom Investitionsbeitrag hin zum Finanzierungsbeitrag wurde der budgetierte Transferaufwand um 23 Millionen erhöht, damit das budgetierte Jahresergebnis infolge

dieser Vorgänge nicht verzerrt wird. Ebenso wurden die zusätzlichen Mittel aus den Massnahmen gegen die Frankenstärke beim Transferaufwand eingestellt (36,1 Mio.).

Im Vergleich zum Vorjahr fällt das *Finanzergebnis* um drei Millionen besser aus, das veranschlagte Ergebnis wurde jedoch nicht erreicht. 2011 wurden die notwendigen Verkehrswertanpassungen für Kurs- und Währungsverluste im *Finanzaufwand* vorgenommen.

323 Konsolidierte Investitionsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Saldo Investitionsrechnung	-247	-174	-311	-64	26,0
Saldo Investitionen Sachanlagen	-185	-169	-310	-125	67,7
Investitionseinnahmen Sachanlagen	16	-	5	-11	-68,9
Investitionsausgaben Sachanlagen	201	169	315	114	56,6
Liegenschaften	1	0	-	-1	n.a.
Technische Anlagen und Maschinen	171	143	276	105	61,2
Informationstechnologien	29	25	38	8	28,3
Immaterielle Anlagen	0	2	2	2	418,3
Saldo Investitionen Finanzanlagen	-62	-5	-1	61	-98,8
Kofinanzierung (netto)	5	-5	-2	-7	-150,4
Finanzanlagen (netto)	-67	0	2	68	-102,5

Die konsolidierte Investitionsrechnung umfasst die Ausgaben für den Erwerb oder die Schaffung (Eigenleistungen) von Vermögenswerten sowie die Investitionseinnahmen aus deren Veräusserung. Ausgewiesen werden grundsätzlich nur jene Investitionen, die in das Eigentum des ETH-Bereichs übergehen. Von dieser Regelung ausgenommen sind die Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes. Diese werden unter den Finanzanlagen bilanziert und über die Nutzungsdauer des finanzierten Objektes abgeschrieben. Bei den Finanzanlagen des ETH-Bereichs handelt es sich zum Grossteil um überschüssige Mittel, die bis zu ihrer Verwendung zinsbringend angelegt werden.

Das Total der *Investitionseinnahmen aus Sachanlagen* fiel im Vergleich zum Vorjahr eher geringfügig aus. Es kam zu keinen grösseren Abgängen im Sachanlagevermögen.

Die *Investitionsausgaben für Sachanlagen* haben sich im Vergleich zur Rechnung 2010 um zwei Drittel erhöht (+67,7%). Der Bedarf an Mitteln für Neuanschaffungen und den Ersatz von *technischen Anlagen und Maschinen* in der Wissenschaft ist stark gestiegen. Insbesondere die Ausgaben für die nationalen Forschungsinfrastrukturen trugen zum hohen Investitionsvolumen bei. Ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Investitionen hängt jedoch auch mit den geänderten Kriterien für die Zuschreibung für nutzerspezifische Anpassungen (Baukostenplan [BKP 3]) ab 2011 zusammen. Dies führt zu einer Verlagerung von investiven

Anteilen, die in den Vorjahren zu den Immobilien (beim Bund aktiviert) zählten, hin zu den mobilen Sachanlagen. Ein Teil der zusätzlichen Investitionen wurde durch das Massnahmenpaket gegen die Frankenstärke ausgelöst.

Die betragsmässig grössten Investitionen bei den Technischen Anlagen und Maschinen und für Informationstechnologien entfallen auf:

- Mieterausbau für das neue CSCS Rechenzentrum in Lugano (24,3 Mio.), für die Life Science Plattform HPL (35,2 Mio.) sowie für Einrichtungen für Nanophotonik und Nanoelektronik (2,5 Mio.)
- Investitionen in den Freie-Elektronen-Röntgenlaser Swiss-FEL (23,6 Mio.), in die Synchrotronlichtquelle SLS 18,1 Mio.) und in Komponenten des europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlasers XFEL (10,4 Mio.)
- Hochleistungsrechner «Monte Rosa» am CSCS in Manno (8,6 Mio.)
- 3 Spektrometer Physikalische Chemie (5,3 Mio.)

In der Vergangenheit wurden für *Informationstechnologien* und Informatikaufwendungen rund 100 Millionen pro Jahr eingesetzt. 2011 lagen diese Ausgaben mit 115 Millionen deutlich darüber (2011: Informatik-Aufwand 78 Mio. und Investitionen in Informationstechnologien 37 Mio. [Vgl. Ziffer 332/7]).

Die Investitionen in Technische Anlagen, Maschinen sowie in Informationstechnologien, die über Zweit- und Drittmittel finanziert wurden, belaufen sich auf 36 Millionen. Sie liegen somit unter dem Vorjahreswert (42 Mio.).

Bei den Investitionen in *Finanzanlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Anlage von überschüssigen Mitteln – grösstenteils Zweit- und Drittmittelerträge – die erst später zur Verwendung kommen und bei der Bundestresorerie resp. am Markt platziert wurden.

324 Konsolidierte Geldflussrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010		Ziffer im Anhang
			absolut	%	
Total Geldfluss	123	75	-48	-39,0	
Geldfluss aus laufenden Aktivitäten	330	399	69	21,0	
Cash Flow	202	303	101	49,9	
Jahresergebnis	60	120	60	99,9	
Abschreibungen	138	197	59	42,6	14
Veränderung Rückstellungen	14	-14	-28	n.a.	19
Übriger nicht liquiditätswirksamer Erfolg	-10	0	10	n.a.	
Zunahme (-) / Abnahme (+) Nettoumlaufvermögen	17	37	20	121,7	
Zunahme (+) / Abnahme (-) Zweckgebundenes Kapital	111	58	-52	-47,2	20
Geldfluss aus Investitionstätigkeiten	-185	-310	-125	67,7	
Sachanlagen	-185	-308	-124	66,9	14
Immobilien, Techn. Anlagen, Informationstechnologien	-201	-313	-112	55,9	
Desinvestitionen Immobiles / Mobiles Anlagevermögen	16	5	-11	n.a.	
Immaterielle Anlagen	-0	-2	-2	n.a.	14
Geldfluss Finanzanlagen	-62	-7	55	-88,9	10, 12
Free Cash Flow	83	82	-1	-1,4	
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeiten	40	-6	-47	n.a.	

Nachweis Fonds Flüssige Mittel

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010		Ziffer im Anhang
			absolut	%	
Stand Flüssige Mittel am 1.1.	1 048	1 171	123	11,7	10
Zunahme / Abnahme	123	75	-48	-39,0	
Stand Flüssige Mittel am 31.12.	1 171	1 246	75	6,4	10

Die Geldflussrechnung zeigt die Geldflüsse aus laufenden Aktivitäten, aus Investitions- und aus Finanzierungstätigkeiten. Die Darstellung erfolgt nach der indirekten Methode. Das *Total Geldfluss* entspricht der Veränderung des Fonds «Flüssige Mittel».

Der Cash Flow von 303 Millionen resultiert zum überwiegenden Teil aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen. Die starke Zunahme hängt einerseits mit dem verbesserten Jahresergebnis und andererseits mit der Verkürzung der Nutzungsdauer auf Sachanlagen bei der ETH Zürich und den damit höheren jährlichen Abschreibungen zusammen. Der Geldfluss aus laufenden Aktivitäten (399 Mio.) setzt sich zusammen aus dem Cash Flow (303 Mio.), der Abnahme im Nettoumlaufvermögen von 37 Millionen und der Zunahme im Zweckgebundenen Kapital von 58 Millionen. Letztere hängt direkt mit dem Überschuss

aus den Erträgen der Zweit- und Drittmittelbeständen zusammen.

Im Geldfluss aus *Investitionstätigkeiten* fällt die starke Erhöhung des Netto-Abflusses für Sachanlagen ins Gewicht (siehe Investitionsrechnung unter Ziffer 323). Der Geldfluss aus *Finanzierungstätigkeiten* enthält die Teilrückzahlung (1 Mio.) eines Darlehens, welches der Kanton Aargau dem PSI für die Projekte PROSCAN und CCEM-CH gewährt hat. Zudem konnten kurz- und langfristige Finanzverbindlichkeiten abgebaut werden (4 Mio.).

Der Saldo aus den Geldflüssen ergibt die Veränderung des Fonds «Flüssige Mittel» (inkl. kurzfristige Geldanlagen). Er zeigt eine Zunahme von 75 Millionen.

325 Konsolidierte Bilanz

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010		Ziffer im
			absolut	%	Anhang
Aktiven	2 237	2 435	199	8,9	
Umlaufvermögen	1 354	1 442	88	6,5	
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 171	1 246	75	6,4	10
Forderungen	53	58	5	9,4	11
Kurzfristige Finanzanlagen	100	110	10	10,3	12
Vorräte	12	12	-1	-5,0	13
Aktive Rechnungsabgrenzungen	18	17	-1	-7,4	
Anlagevermögen	883	993	110	12,5	
Sachanlagen	742	855	113	15,2	14
Immaterielle Anlagen	1	2	1	87,3	14
Darlehen	2	2	-0	-1,0	16
Beteiligungen	1	1	0	0,6	15
Langfristige Finanzanlagen	137	134	-3	-2,5	12
Passiven	2 237	2 435	199	8,9	
Fremdkapital	412	431	19	4,7	
Kurzfristiges Fremdkapital	261	303	43	16,3	
Laufende Verbindlichkeiten	122	145	23	19,1	17
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	24	22	-3	-12,0	18
Passive Rechnungsabgrenzungen	64	81	17	25,9	
Kurzfristige Rückstellungen	50	56	6	11,2	19
Langfristiges Fremdkapital	151	128	-23	-15,4	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	51	47	-4	-6,9	18
Langfristige Rückstellungen	100	81	-20	-19,7	19
Zweckgebundenes Kapital	1 141	1 200	58	5,1	20
Zweitmittel	250	270	20	8,0	20
Drittmittel	664	693	30	4,5	20
Eigenmittel an Immobilien des Bundes (Kofinanzierung)	95	94	-1	-0,6	
Eigenmittel (interne Leistungsversprechen)	133	142	9	7,0	20
Eigenkapital	683	804	121	17,7	
Übriges Eigenkapital	198	215	17	8,5	
Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes	64	75	11	16,9	
Freie Reserven	36	44	8	22,1	
Diverses Eigenkapital	98	96	-2	-2,1	
Bilanzüberschuss / -fehlbetrag	485	589	104	21,4	

Die Bilanz vermittelt einen Überblick über die Vermögens- und Kapitalstruktur des ETH-Bereichs. Die Aktiven werden nach Umlauf- und Anlagevermögen gegliedert. Die Struktur der Passiven kennt als Besonderheit des ETH-Bereichs nebst Fremd- und Eigenkapital zusätzlich das zweckgebundene Kapital. Als Zusatzinformation wird im Anhang (vgl. Note 20) das zweckgebundene Kapital in einer Überleitung entweder dem Fremd- oder dem Eigenkapital zugeordnet. Die Zuordnung erfolgt dabei nach den Kriterien der Konsolidierten Rechnung Bund.

Die Bilanzsumme hat sich um 199 Millionen auf 2435 Millionen (+8,9 %) erhöht. Zu beachten ist, dass sich die durch den ETH-Bereich genutzten Immobilien fast vollumfänglich im Eigentum des Bundes befinden und deshalb nicht in der Bilanz des ETH-Bereichs, sondern in der Bilanz des Bundes aktiviert sind.

Das *Umlaufvermögen* nahm um 88 Millionen zu. Der Anstieg ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die zusätzlichen Zweit- und Drittmittel, die nicht sofort in den Projekten zur Ver-

wendung kommen, auf der Basis der geltenden Tresorerievereinbarung und den Anlagerichtlinien des ETH-Rats vorübergehend beim Bund oder am Markt platziert werden. Die beim Bund kurzfristig angelegten Gelder belaufen sich auf 1081 Millionen (2010: 993 Mio.). Sie sind in den *Flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen* bilanziert.

Das *Anlagevermögen* hat sich um 110 Millionen erhöht. Die grössten Veränderungen betreffen die Zunahme der mobilen Anlagen im Bau innerhalb der *Sachanlagen* (+113 Mio.). Demgegenüber kam es zu Wertberichtigungen infolge Verkehrswertanpassungen bei den *langfristigen Finanzanlagen* (-3 Mio.).

Beim *Fremdkapital* kam es zu einer Erhöhung von 19 Millionen und zu einer Verlagerung zwischen dem langfristigen Fremdkapital (-23 Mio.) und dem kurzfristigen Fremdkapital (+43 Mio.). Einerseits wurden langfristige Rückstellungen im Umfang von 15 Millionen für die Unterstützung der beiden strategischen Forschungsprojekte BlueBrain (EPFL) und SwissFEL (PSI) verwen-

det. Andererseits sind die laufenden Verbindlichkeiten sowie die passiven Rechnungsabgrenzungen innerhalb des *kurzfristigen Fremdkapitals* angestiegen.

Der Anstieg beim *Zweckgebundenen Kapital* um 58 Millionen auf 1200 Millionen ergibt sich aus dem hohen Neugeldzufluss an Zweit- und Drittmitteln. Die Verbuchung der Entgelte aus Zweit- und Drittmitteln und deren Verwendung in den Lehr- und Forschungsvorhaben ist zeitlich verschoben. Die meisten Entgelte für Forschungsvorhaben - insbesondere bei den Drittmitteln - fliessen vorschüssig zu. Die Durchführung der Forschungsvorhaben erfolgt in einem Zeitraum von 1-3 Jahren. Der noch nicht verwendete Teil des Entgelts wird unter dem Zweckgebundenen Kapital bilanziert. Damit wird die noch zu erbringende Leistungsschuld in Lehre und Forschung zum Ausdruck gebracht. Nebst den *Zweit- und Drittmitteln* bilden die *Eigenmittel* für interne Leistungsversprechen und die Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes einen weiteren Bestandteil des Zweckgebundenen Kapitals. Die bilanzierten internen Leis-

tungsversprechen haben im Berichtsjahr um 9 Millionen zugenommen. Unter den internen Leistungsversprechen werden die gegenüber gewählten Professorinnen und Professoren (Berufungen) oder für Lehr- und Forschungsprojekte finanziellen Zusagen passiviert. Finanziert werden die internen Leistungsversprechen zum grössten Teil aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes. Bei den Kofinanzierungen handelt es sich um zugeflossene Mittel Dritter, welche dem ETH-Bereich zur Finanzierung von Immobilien zugewendet wurden. Die damit finanzierten Immobilien befinden sich im Eigentum des Bundes. Der Ausweis unter den Eigenmitteln stellt den Teilanspruch des ETH-Bereichs an den kofinanzierten Immobilien bei einem etwaigen Verkauf dar. Die Kofinanzierungen sind gleichzeitig auch unter den langfristigen Finanzanlagen als langfristige Forderung gegenüber dem Bund aktiviert.

Das konsolidierte Eigenkapital stieg zur Hauptsache wegen des erzielten Jahresergebnisses um 121 Millionen auf 804 Millionen.

326 Konsolidierter Eigenkapitalnachweis

Mio. CHF	Total Eigenkapital	Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes	Freie Reserven	Diverses Eigenkapital	Ergebnisvortrag	Jahresergebnis
Stand 1. Januar 2010	628	49	30	92	414	42
Umbuchungen im Eigenkapital	-	15	8	6	26	-54
Im Eigenkapital erfasste Positionen	-5	-	-2	0	-2	-0
Jahresergebnis	60	-	-	-	-	60
Total erfasste Gewinne und Verluste	55	15	6	6	23	5
Sonstige Transaktionen	-	-	-	-	-	-
Stand 31. Dezember 2010	683	64	36	98	438	47
Umbuchungen im Eigenkapital	-	9	6	0	25	-39
Im Eigenkapital erfasste Positionen	1	-	2	-0	16	-17
Jahresergebnis	120	-	-	-	-	120
Total erfasste Gewinne und Verluste	121	9	8	0	41	63
Sonstige Transaktionen	0	2	-	-2	0	-
Stand 31. Dezember 2011	804	75	44	96	479	111

Der konsolidierte Nachweis des Eigenkapitals zeigt die vermögensmässigen Auswirkungen der im Berichtsjahr erfassten Vorgänge. Dabei wird offen gelegt, welche Ertrags- und Aufwandpositionen ausserhalb der Erfolgsrechnung direkt über das Eigenkapital verbucht wurden. Zudem werden die Veränderungen in den einzelnen Kategorien im Eigenkapital ausgewiesen.

Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes

Der ETH-Bereich hat die Möglichkeit, Reserven aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes zu bilden und diese zu einem späteren Zeitpunkt gemäss den Zielsetzungen des Leistungsauftrags zu verwenden. Die Zuweisung im Rahmen der Ergebnisverwendung erfolgt jeweils noch im alten Rechnungsjahr. Der ETH-Rat reserviert die Mittel für strategische Projekte der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrags

und der Zielvereinbarungen mit den ETH und den Forschungsanstalten. Die Veränderung der Reserve wird innerhalb des Eigenkapitals gegen die Position «Jahresergebnis» gebucht. Der Anstieg der Reserven aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes um netto 11 Millionen gegenüber 2010 setzt sich aus folgenden Vorgängen zusammen:

- Verwendung der Reserven für das Hochleistungsrechnen Projekt HPCN (12 Mio.).
- Erhöhung des Bestandes beim ETH-Rat um 14 Millionen. Diese Mittel werden im Laufe des Jahres 2012 strategischen Projekten zugeordnet. Erhöhung bei der Eawag um 5 Millionen. Generell dienen diese Reserven der Forschung (z.B. Projekt Fließgewässer Schweiz) und der Finanzierung der dafür notwendigen Infrastruktur (z.B. Umbauten Versuchshallen).

- Äufnung der Rücklage für die vorgesehene Erstellung des Pflanzenschutzlabors (2012-2014) sowie für die geplanten Renovationen des Labors und des Hauptgebäudes (2013-2015) in der Höhe von 3 Millionen
- Erhöhung der Reserven um 1 Million für die Realisierung eines Bauprojekts (Energie Areal).

Freie Reserven und Diverses Eigenkapital

Die freien Reserven und das diverse Eigenkapital werden vollständig in Lehre und Forschung eingesetzt. Es handelt sich dabei um die Führungsreserven der beiden ETH und der vier

Forschungsanstalten. Geöffnet werden diese Reserven hauptsächlich aus Erträgen von Dritten. Die Zuweisung im Rahmen der Ergebnisverwendung erfolgt jeweils noch im alten Rechnungsjahr. Unter den *sonstigen Transaktionen* ist eine Korrektur von Vorjahreswerten enthalten.

Ergebnisvortrag / Jahresergebnis (Bilanzüberschuss)

Die *Reserven aus Vortrag* werden jährlich im Rahmen der Ergebnisverwendung zu Lasten des Bilanzüberschusses geöffnet. Im *Jahresergebnis* sind die aufgelaufenen, unverteilter Gewinne enthalten.

33 Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

331 Allgemeine Erläuterungen

1 Grundlagen

Rechtsgrundlagen

Die Rechnungslegung des ETH-Bereichs stützt sich auf folgende Rechtsgrundlagen (inkl. Weisungen und Reglemente):

- Bundesgesetz vom 4.10.1991 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz; SR 414.110)
- Verordnung vom 19.11.2003 über den Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Verordnung ETH-Bereich; SR 414.110.3)
- Verordnung des ETH-Rats vom 5.2.2004 über das Rechnungswesen des ETH-Bereichs (SR 414.123)
- Handbuch zur Rechnungslegung im ETH-Bereich (Version September 2011)

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des ETH-Bereichs umfasst folgende Einheiten:

- Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat), Zürich
- ETH Zürich (ETH Zürich), Zürich
- ETH Lausanne (EPFL), Lausanne
- Paul Scherrer Institut (PSI), Villigen
- Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Birmensdorf und Davos
- Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), Dübendorf, St. Gallen und Thun
- Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag), Dübendorf und Kastanienbaum

Rechnungslegungsstandard

Die Rechnungslegung des ETH-Bereichs lehnt sich an den Rechnungslegungsstandard der konsolidierten Rechnung Bund (KRB) an. Sie befolgt zudem die in der Verordnung des ETH-Rats über das Rechnungswesen des ETH-Bereichs verankerten, allgemein anerkannten kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Grundsätze. Die Rechnungslegungsvorschriften, einschliesslich der Bewertungs- und Abschreibungsnormen, sind im Handbuch zur Rechnungslegung im ETH-Bereich festgelegt (Art. 5 V über das Rechnungswesen, SR 414.123).

Governance

Die Grundsätze zur Führung und Kontrolle des ETH-Bereichs (inkl. der Eignerstrategie des Bundesrates) werden im Rechenschaftsbericht des ETH-Rats über den ETH-Bereich «Fortschritte 2011» publiziert.

Steuerung der Kredite / Zahlungsrahmen

Die Steuerung des ETH-Bereichs erfolgt über den Leistungsauftrag, der zeitlich und inhaltlich auf den bewilligten Zahlungsrahmen des Bundes 2008-2011 abgestimmt ist. Die jährlichen Tranchen des Zahlungsrahmens werden wie folgt gehandhabt:

- *Getrennte Darstellung von Aufwand und Bauinvestitionen:*
Der Aufwandskredit für die laufenden Betriebsausgaben wird in der Rechnung des Bundes unter 328 «Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen» geführt (Finanzierungsbeitrag). Da sich die Immobilien des ETH-Bereichs (abgesehen von wenigen Ausnahmen) im Eigentum des Bundes befinden, wird der Investitionskredit für Immobilien des ETH-Bereichs beim Bundesamt für Bauten und Logistik BBL eingestellt und die Immobilien beim BBL aktiviert. Der Aufwand für Forschungsanlagen und für nutzerspezifische Teile innerhalb der Betriebseinrichtungen ist hingegen nicht Bestandteil des Investitionskredites. Diese Investitionen werden mit Mitteln aus dem Finanzierungsbeitrag getätigt und gehen direkt in das Eigentum der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten über. In deren Buchhaltung erfolgt die Wertführung dieser Betriebseinrichtungen (Aktivierung und Abschreibung über die Lebensdauer).
- *Kreditverschiebungen:*
 - a) *Aufwand- / Investitionskredit*
Die angestrebte Flexibilität bei der Mittelverwendung im ETH-Bereich wird insbesondere mit dem Instrument der Kreditverschiebung (FHV Art. 20 Abs. 5, SR 611.01) erreicht. Mit dem Bundesbeschluss I zum Voranschlag 2011 (Art. 3 Abs. 5) vom 15.12.2010 sowie dem Bundesbeschluss über den Nachtrag IIb zum Voranschlag 2011 (Art. 3) vom 7.12.2011 wurde das EDI ermächtigt, im Einvernehmen mit dem EFD (EFV und BBL) zwischen dem Investitionskredit des BBL für bauliche Massnahmen im ETH-Bereich und dem Aufwandskredit des ETH-Bereichs für den Betrieb Verschiebungen im Umfang von maximal 20 Prozent des Investitionskredits vorzunehmen. 2011 wurde eine haushaltsneutrale Kreditverschiebung zu Gunsten des Finanzierungsbeitrags in der Höhe von 23,2 Millionen vorgenommen (Vgl. Ziff. 341).
 - b) *Verpflichtungskredite*
Das EDI wurde gemäss Artikel 8 des Bundesbeschlusses I über den Voranschlag 2011 vom 15.12.2010 ermächtigt, innerhalb der Verpflichtungskredite des Bauprogramms 2011 des ETH-Bereichs Verschiebungen von maximal 2 Prozent des jeweils tieferen Verpflichtungskredites vorzunehmen. Im Jahr 2011 wurden keine Verschiebungen vorgenommen.
- *Unterbringungsbeitrag für Liegenschaften im Eigentum des Bundes*
Zur Förderung der Kostentransparenz wird die Verrechnung der Unterbringung gemäss Mietermodell auch auf die bundeseigenen Immobilien im ETH-Bereich angewendet. Der Beitrag des Bundes für die Unterbringung des ETH-Bereichs

wird in der Rechnung als finanzwirksamer Aufwandkredit unter 328 «Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen» eingestellt. Beim BBL wird ein Ertragskredit in gleicher Höhe verbucht. Der Bundesbeitrag an die Unterbringungskosten ist nicht Bestandteil des Zahlungsrahmens für Betrieb und Investitionen des ETH-Bereichs. Der ETH-Bereich verbucht die Miete in der Erfolgsrechnung sowohl als Beitrag im Ertrag und in gleicher Höhe als Mietaufwand.

Änderung der Kontierungsgrundsätze ab 2011

Die Aktivierung von Eigenleistungen wird über den Übrigen Ertrag gebucht und nicht mehr als Aufwandminderung u.a. beim Personalaufwand ausgewiesen.

Die Wertverminderung der Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes werden als Abschreibungen in der Erfolgsrechnung und nicht mehr als Desinvestition in der Investitionsrechnung gezeigt.

Die ETH Zürich änderte zwecks besserer Vergleichbarkeit mit der EPFL und den kantonalen Universitäten ihre Abschreibungspraxis für mobile Sachanlagen: Diese wurden neu auf den jeweils kürzesten Zeitraum der erlaubten Bandbreite gemäss Handbuch zur Rechnungslegung im ETH-Bereich angepasst. Durch die Umstellung resultieren signifikant höhere Abschreibungen in den Jahren 2011 bis 2014.

2 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

Grundsätze der Budgetierung und der Rechnungslegung

Für die Budgetierung im ETH-Bereich gelten die gleichen Budgetgrundsätze, wie sie der Bund anwendet (Bruttodarstellung, Vollständigkeit, Jährlichkeit und Spezifikation).

Der ETH-Rat erstellt für den Haushalt des ETH-Bereichs den jährlichen Voranschlag und die jährliche Rechnung mit Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang. Die Grundsätze der Rechnungslegung (Wesentlichkeit, Verständlichkeit, Stetigkeit, Bruttodarstellung) richten sich nach dem Rechnungslegungsstandard der *Konsolidierten Rechnung Bund (KRB)*. Sie sind im Handbuch zur Rechnungslegung ETH-Bereich festgelegt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze richten sich nach dem Rechnungslegungsstandard der konsolidierten Rechnung Bund (KRB). Die Vorgaben sind im Handbuch zur Rechnungslegung ETH-Bereich festgelegt.

Wesentliche Abweichungen zum Rechnungslegungsstandard KRB

Abweichung: Rückstellungen werden gemäss Art. 9 der Verordnung des ETH-Rats über das Rechnungswesen auch im Fall der Wahrscheinlichkeit künftiger Verbindlichkeiten gebildet (SR 414.123). Weiter ist die Bildung von Rückstellungen für finanzielle Risiken im Rahmen des Risk Managements gestattet.

Begründung: Aufgrund von Art. 12 Abs. 2 der Weisungen des ETH-Rats über das Risikomanagement der ETH und der Forschungsanstalten vom 4.7.2006 ist es im ETH-Bereich gestattet, für nicht versicherte oder anderweitig an Dritte transferierte Risiken ausreichende Rückstellungen zu bilden oder angemessene Massnahmen zu treffen.

Auswirkung: Im Total der Rückstellungen des ETH-Bereichs sind Beträge für mögliche zukünftige Ereignisse enthalten. Dadurch wird die Veränderung der Rückstellung in der Erfolgsrechnung sowie das Ergebnis des ETH-Bereichs nicht korrekt dargestellt.

Abweichung: Innerhalb der Passiven wird das so genannte «Zweckgebundene Kapital» als eigene Kontenhauptgruppe bilanziert. Es setzt sich zusammen aus der bilanzierten Leistungsschuld für zukünftig zu erbringende Leistungen in Lehr- und Forschungsprojekten, die aus Zweit- und Drittmitteln finanziert werden und für welche Verpflichtungen bereits eingegangen sind. Weiter kommen die passivierten, internen Leistungsversprechen für Berufungen von Professorinnen und Professoren sowie für Lehr- und Forschungsvorhaben dazu.

Begründung: In der Rechnungslegung des ETH-Bereichs soll den hochschulspezifischen Gegebenheiten Rechnung getragen werden.

Auswirkung: In der Bilanzstruktur in den Passiven existiert neben dem Fremd- und Eigenkapital eine weitere Bilanzkategorie. Die Zusammensetzung der Passiven lässt sich deshalb nicht mit üblichen Bilanzen vergleichen. Zudem ist das Jahresergebnis des ETH-Bereichs durch entsprechende Buchungen von Bestandesveränderungen im Aufwand respektive im Ertrag betroffen.

3 Risikosituation und Risikomanagement

Risikomanagement im ETH-Bereich

Ausgangslage

Der Umgang mit Risiken ist in den Weisungen des ETH-Rates vom 4.7.2006 über das Risikomanagement der ETH und der Forschungsanstalten festgehalten, die der ETH-Rat – gestützt auf Art. 19a Abs. 2 der Verordnung ETH-Bereich (SR 414.110.3) – erlassen hat. Diese Weisungen regeln die Grundzüge des Risikomanagements und enthalten die Ziele der Risikopolitik, die der ETH-Rat verfolgt. Die Weisungen wurden aufgrund einer Präsidialverfügung auf den 15.2.2007 in Kraft gesetzt. Sie regeln insbesondere:

- die Ziele der Risikopolitik und die Zuständigkeiten
- die Risikoerfassung
- die Risikobewertung
- die Risikobewältigung und -finanzierung
- das Risikocontrolling

Verantwortung und Risikomanagementprozess

Entsprechend der im ETH-Gesetz verankerten Autonomie der sechs Institutionen als Grundlage der Leistungen in Lehre, Forschung und Wissens- und Technologietransfer ist jede Institution für das Management der in ihrem Bereich bestehenden Risiken selbst verantwortlich. Die Präsidenten der ETH beziehungsweise die Direktorin und die Direktoren der Forschungsanstalten tragen demnach die oberste Verantwortung für das Risikomanagement in ihrer Institution.

Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten haben deshalb, gestützt auf die Vorgaben des ETH-Rats, je ihren eigenen Risikomanagementprozess eingeführt. Zu diesem Prozess gehören die Identifizierung und Bewertung der individuellen Risiken sowie Strategien zu deren Bewältigung und ein entsprechendes Controlling. Die effektive Umsetzung des Risikomanagement in den einzelnen Institutionen wird vom Internen Audit des ETH-Rats überprüft, welches an den Auditausschuss des ETH-Rats rapportiert.

Jede Institution verfügt über einen Risikomanager oder ein Risikokomitee, welche die Aktivitäten im Rahmen des Risikomanagement koordinieren und den Risikomanagementprozess steuern. In den meisten Fällen wird der Risikomanager durch einen Risikoausschuss unterstützt.

Im Jahr 2011 wurden die Anstrengungen für eine Harmonisierung des Risikoreporting der Institutionen mit dem Ziel weiterverfolgt, die Konsolidierung der verschiedenen Risikokataloge zu einer Risikolandkarte des ETH-Bereichs zu erleichtern. Der ETH-Rat als Aufsichtsorgan des ETH-Bereichs hat sich an seiner Klausursitzung vom Juli 2011 erneut intensiv mit dem konsolidierten Risikokatalog der Institutionen befasst.

Risikosituation im ETH-Bereich

Risiken der einzelnen Institutionen

Das individuelle Profil der einzelnen Institutionen widerspiegelt sich in ihren Risikokatalogen. So weisen die beiden Hochschulen andere Kernrisiken auf als die vier Forschungsanstalten. Die spezifische Ausrichtung und die Grösse der betrachteten Institution haben ebenfalls einen Einfluss auf die Risiken, denen sie ausgesetzt sind. Die Bewertung desselben Risikos kann deshalb von einer Hochschule zur anderen beziehungsweise von einer Forschungsanstalt zur anderen variieren.

Die sechs Institutionen haben die identifizierten Risiken mit deren potenziellen Schäden detailliert in ihrem Risikokatalog beschrieben sowie anhand der beiden Dimensionen Eintretenswahrscheinlichkeit und finanzielle Auswirkung (potenzielle Schadenhöhe) bewertet. Zusätzlich wird der potenziellen Auswirkung eines Risikos auf die Reputation besondere Beachtung geschenkt. Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten aktualisieren ihre individuellen Risikokataloge mindestens einmal pro Jahr unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen und veränderter Risikosituationen. Jeder Katalog beinhaltet folgende Risikokategorien:

- finanzielle und wirtschaftliche Risiken
- rechtliche Risiken
- Sachrisiken, technische Risiken und Elementarrisiken
- personenbezogene und organisatorische Risiken
- technologische und naturwissenschaftliche Risiken
- gesellschaftliche und politische Risiken
- Umweltrisiken und ökologische Risiken

Die Kernrisiken der beiden ETH und der Forschungsanstalten sind jene mit potenziell hohen finanziellen Auswirkungen und einer überdurchschnittlichen Eintretenswahrscheinlichkeit, die unmittelbar die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Institution gefährden.

Im Rahmen ihrer jährlichen Berichterstattung informieren die Institutionen über ihre Kernrisiken, insbesondere was Bestand, Umfang und potenzielle Auswirkungen dieser Risiken angeht. Der ETH-Rat als Aufsichtsorgan des ETH-Bereichs muss zudem unmittelbar und zeitgerecht von den Institutionen über eventuelle ausserordentliche Risikoveränderungen oder ausserordentliche Schadenereignisse in Kenntnis gesetzt werden. Einmal im Jahr werden die Risikokataloge des ETH-Bereichs dem Eidgenössischen Departement des Innern zugestellt.

Instrumente und Massnahmen des Risikomanagement

Die Grundzüge des Risikomanagement sehen vor, dass sich die beiden ETH und die Forschungsanstalten gegen allfällige Schäden versichern.

Versicherungssituation

Trotz eines sorgfältigen Risikomanagement kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Institution von einem Schadenereignis betroffen wird, das die Erfüllung ihrer in der Bundesgesetzgebung verankerten Aufgaben gefährdet. In diesem Fall

würde der ETH-Rat gemäss Art. 19a Abs. 4 der Verordnung ETH-Bereich (SR 414.110.3) beim Departement zuhanden des Bundesrats eine Anpassung des Leistungsauftrags oder eine Erhöhung des Finanzierungsbeitrags des Bundes beantragen. Zur Beurteilung dieses subsidiären Risikos für den Bund (im Sinne der Ausfallhaftung gemäss Art. 19 Abs. 1 des Verantwortlichkeitsgesetzes [SR 170.32]) kommt den von den Institutionen des ETH-Bereichs abgeschlossenen Versicherungen eine wichtige Bedeutung zu. Dabei haben die Institutionen ihre individuelle Risikolage zu berücksichtigen und müssen sowohl ein angemessenes Kosten/Nutzen-Verhältnis anstreben als auch die einschlägigen Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen des Bundes einhalten. Diese Versicherungen haben dem Standard zu genügen, der im schweizerischen Versicherungsmarkt üblich ist, und müssen bei einer in der Schweiz zugelassenen Versicherungseinrichtung abgeschlossen werden.

Jede Institution ist für den Abschluss ihrer Versicherungen und die Verwaltung ihres Versicherungsportfolios selbst verantwortlich. In seinen Weisungen legt der ETH-Rat lediglich fest, dass die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten neben den gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungen die folgenden Versicherungen im Sinne einer Grunddeckung abschliessen müssen:

- Sach- und Betriebsunterbrechungsversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
- Versicherungen, die notwendig sind zur möglichst vollständigen Deckung der Kernrisiken

Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich nicht alle Kernrisiken versichern lassen bzw. ihre Versicherung finanzierbar ist. Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten haben Sachversicherungen und Betriebshaftpflichtversicherungen zur Deckung von Schäden abgeschlossen. Ebenfalls versichert sind die Risiken für Feuer- und Elementarschäden (ETH Zürich: 1,7 Mia. für Infrastrukturschäden, EPFL: 700 Mio. für Infrastrukturschäden, PSI: 1 Mia., Empa: 161 Mio.). Je nach Einschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit (>50 %) werden auch Rückstellungen für Einzel-Schadensrisiken gebildet.

Im Weiteren verfügen die ETH und die Forschungsanstalten sowie der ETH-Rat über kleinere Versicherungen für spezifische Risiken, wie dies in den Weisungen vorgeschrieben ist.

Offenlegung der Risiken

Im Rahmen des Jahresabschlusses wird sichergestellt, dass die Risiken innerhalb des bestehenden Reporting vollständig erfasst werden. Die Risiken werden aufgrund der Einschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit entweder unter den Rückstellungen (>50 % Eintretenswahrscheinlichkeit) oder im Anhang unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

332 Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung

Positionen der Erfolgsrechnung

1 Finanzierungsbeitrag des Bundes

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
Finanzierungsbeitrag des Bundes	1 984	2 026	2 026	41	2,1

Der *Finanzierungsbeitrag des Bundes* wurde zur Erreichung der Ziele gemäss ETH-Gesetz (SR 414.110) und des Leistungsauftrags eingesetzt. Gemäss Leistungsauftrag 2008-2011 ist ein Teil der Mittel für die Förderung der Teilnahme der Institutionen an den gemeinsamen Projekten von nationaler Bedeutung der Schweizer Hochschulen (Schweiz. Universitätskonferenz [SUK]) von insgesamt 110 Millionen vorgesehen.

Gemäss Bundesbeschluss I vom 15.12.2010 über den Voranschlag 2011 belief sich der Finanzierungsbeitrag des Bundes auf 1966,7 Millionen. Im Laufe des Jahres kamen 23,2 Millionen aus der Anwendung der haushaltsneutralen Kreditverschiebung (FHV Art. 20 Abs. 5, SR 611.01) zu Lasten des Investitionskredits Bauten ETH-Bereich (Kredit A4100.0125, 620 BBL) hinzu. Die Höhe der Kreditverschiebung liegt deutlich über derjenigen der Rechnung 2010 (17,8 Mio.). Aus den Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (BB vom 21.9.2011) kamen im Rahmen des Nachtrags IIa zum Voranschlag 2011 zusätzliche Mittel im Umfang von 36,1 Millionen hinzu. Der Finanzierungsbeitrag des Bundes erhöhte sich durch diese Vorgänge auf 2025,9 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr 2010 resultiert ein Anstieg von 41,5 Millionen (+2,1 %). Der Vergleich mit 2010 wird durch zwei Sondereffekte leicht verzerrt: erstens weil die Aufstockung der Mittel für die Umsetzung der Strategie HPCN mit 14,5 Millionen im Jahr 2010 deutlich über dem Wert für 2011 lag (2011: 1,6 Mio.) und zweitens wegen den zusätzlichen Mitteln aus den Massnahmen gegen die Frankenstärke.

Für die Teilnahme an Projekten von nationaler Bedeutung für die Hochschulen, für Kooperations- und Innovationsprojekte

(KIP) der SUK (Chancengleichheit, Doktorandenausbildung, Elektronische Bibliothek [e-library], Authentifizierungs- und Autorisierungs-Infrastruktur [AAI] sowie für nationale Förderinitiativen in Schlüsseltechnologien mit Mikro- und Nanokomponenten [Nano-Tera.ch, SystemsX.ch) wurden 2011 insgesamt 34,9 Millionen eingesetzt.

Für die spezifischen strategischen Projekte gemäss BFI-Botschaft setzte der ETH-Bereich 49,7 Millionen ein, namentlich: Departement für Biosysteme (BSSE) der ETH Zürich, Institute for Experimental Cancer Research (ISREC) der EPFL, Projekt in Neuchâtel der EPFL, Elektronenlaser Röntgenbereich SwissFEL beim PSI sowie für die Ökotoxikologie bei der Eawag.

Für Anreiz- und Anschubfinanzierungen bei strategischen Vorhaben und für die Kompetenzzentren des ETH-Bereichs setzte der ETH-Rat Mittel in der Höhe von 26,9 Millionen ein. Diese Mittel waren ursprünglich im Budget des ETH-Rats eingestellt und wurden innerhalb des Jahres 2011 an die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten abgetreten.

Das Total der gesamten strategischen Mittel für die Vorhaben gemäss BFI-Botschaft 2008-2011 sowie für die Anreiz- und Anschubfinanzierungen des ETH-Rats lag 2011 mit rund 117 Millionen leicht unter dem Vorjahreswert (2010: 120 Mio.).

Nebst der Deckung der laufenden, operativen Ausgaben wurden 2011 275 Millionen (2010: 160 Mio.) aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes in mobile Sachanlagen investiert.

2 Unterbringungsbeitrag des Bundes

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
Unterbringungsbeitrag des Bundes	284	282	282	-2	-0,9

Der *Unterbringungsbeitrag des Bundes* dient der Deckung des Aufwandes für die Miete von Liegenschaften im Eigentum des Bundes. Der Kredit ist nicht Teil des Zahlungsrahmens. Er ist finanzierungs-, jedoch nicht ausgabenwirksam (es resultiert kein Mittelfluss). Basis der Berechnungen sind die kalkulatorischen Abschreibungen und Kapitalkosten der Immobilien, zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr.

Der Anlagewert der Bauten liegt per Ende 2011 bei 5,7 Milliarden und der Landwert beträgt 1,1 Milliarden. Der kalkulatorische Satz für die Verzinsung des durchschnittlich eingesetzten Kapitals lag gegenüber der Rechnung 2010 unverändert bei 3,0 Prozent.

Die Gebäude werden in der Regel über 40 Jahre abgeschrieben. Werterhaltende Investitionen werden nicht aktiviert. Auf dem Landwert werden keine Abschreibungen vorgenommen. Der gesamte Neuwert der Immobilien des ETH-Bereiches im Eigentum des Bundes liegt per Ende 2011 bei rund 7,0 Milliarden.

Vom Total des Unterbringungsbeitrags sind knapp 169 Millionen für Abschreibungen und rund 113 Millionen für die Verzinsung des Anlagewerts verwendet worden.

3 Ertrag Zweit- / Drittmittel

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Ertrag Zweit- / Drittmittel	615	607	651	36	5,9
Zweitmittel	406	405	440	34	8,4
(Bund, staatliche und internationale Organisationen)					
Stiftung Schweiz. Nationalfonds (SNF)	155	147	168	13	8,4
Diverse Erträge aus der Forschungsförderung (z.B. SUK-Projekte nationaler Bedeutung, NCCR)	35	38	42	7	18,4
Kommission für Technologie und Innovation (KTI)	33	39	21	-12	-35,7
Forschungsaufträge Bund (Ressortforschung)	73	60	81	9	11,7
EU Forschungsrahmenprogramme (FRP)	110	122	128	18	16,3
Drittmittel	209	201	211	2	1,1
Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	143	133	156	13	9,1
Schenkungen und Legate	36	37	24	-12	-34,1
Übrige Drittmittel	30	32	32	2	5,0

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Bestandesveränderung Zweit- / Drittmittel	-109	-20	-52	56	-51,9

Der Ertrag der *Zweit- / Drittmittel* übersteigt mit 651 Millionen sowohl den Vorjahreswert (615 Mio.) um 36 Millionen (+5,9 %) als auch die Erwartungen gemäss Voranschlag 2011 (607 Mio.) deutlich um 44 Millionen (+7,3 %). Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten budgetieren die Erträge - aufgrund der nach wie vor unsicheren konjunkturellen Lage - eher konservativ. Ohnehin sind die Zweit- und Drittmittel schwer zu budgetieren, weil der Grossteil kompetitiv eingeworben wird.

Die *Zweitmittel* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 34 Millionen (+8,4 %) und die *Drittmittel* um 2 Millionen (+1,1 %) an. Die Prognosen für 2011 wurden insgesamt übertroffen. Einzig bei den Mitteln der KTI (weniger Projekte als erwartet) und bei den Schenkungen konnten die Erwartungen nicht ganz erfüllt werden.

Verbucht werden die effektiven Mittelzuflüsse und nicht die Projektzusprachen (Projektsumme). Das gesamte Projektvolumen liegt etwas über dem ausgewiesenen Ertrag.

Die Höhe der *Bestandesveränderung der Zweit-/Drittmittel* hängt einerseits von den zugeflossenen Mitteln sowie andererseits vom Projektfortschritt bei den Lehr- und Forschungsvorhaben ab, die aus Zweit- und Drittmitteln finanziert werden. Die Gegenbuchung der Bestandesveränderung in der Erfolgsrechnung erfolgt im Zweckgebundenen Kapital. Die Bestandesveränderung von minus 52 Millionen (ertragsmindernd) in der Rechnung 2011 bedeutet, dass die in den Folgejahren noch zu erbringen-

den Lehr- und Forschungsleistungen für bereits erhaltene Mittel zugenommen haben. Mit der Verbuchung der Bestandesveränderung über die Erfolgsrechnung werden die Erträge und Aufwendungen der Zweit- und Drittmittelprojekte erfolgsmässig neutralisiert.

Die positive Entwicklung bei den *Zweitmitteln* der letzten Jahre hält weiter an. Die Mittel aus der nationalen Forschungsförderung (SNF, KTI, diverse Erträge aus der Forschungsförderung, SUK-Mittel für national bedeutsame, gemeinsame Projekte der Hochschulen) verzeichneten eine Zunahme von insgesamt rund 8 Millionen (+3,6 %) gegenüber dem Vorjahr. Einzig bei den Beiträgen der *Kommission für Technologie und Innovation (KTI)* war erneut ein Rückgang zu verzeichnen. Dies hängt mit der geringeren Anzahl durchgeführter KTI-Projekte zusammen. Zu beachten ist jedoch, dass die KTI durch die Aufstockung ihres Budgets im Rahmen der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke eine beträchtliche Anzahl zusätzlicher Projekte des ETH-Bereichs bewilligte. Da der ETH-Bereich den Grossteil dieser Projekte im Jahr 2012 ausführen wird, werden diese Erträge erst in der Rechnung 2012 erfasst.

Die Mittel aus der *Ressortforschung* lagen mit 81 Millionen über der Prognose für 2011 (60 Mio.) und über dem Vorjahreswert (73 Mio.).

Die Erträge aus den *EU Forschungsrahmenprogrammen (FRP)* belaufen sich auf 128 Millionen (2010: 110 Mio.). Aufgrund der hö-

heren Anzahl durchgeführter Projekte im Rahmen des 7. EU-FRP und dem Erfolg bei den ERC-Grants resultierten gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen von 18 Millionen (+16,3%). Vor allem die beiden ETH waren erfolgreich: 2011 belief sich der Ertrag der ETH Zürich auf 59 Millionen der der EPFL auf 51 Millionen.

Ein Teil des zusätzlichen Ertrags bei den Zweitmitteln resultiert aus den verbesserten Rahmenbedingungen. Die indirekten Kosten (Overhead) werden seit rund zwei Jahren stärker abgegolten als in den Vorjahren.

Bei den *Drittmitteln* verläuft die Entwicklung weiterhin positiv. Das Total von 211 Millionen stieg um zwei Millionen gegenüber dem Vorjahr (+1,1%). Insgesamt hat sich das Wachstum ver-

flacht, was auf den Rückgang bei den Schenkungen zurückzuführen ist. Im Total von 24 Millionen bei den *Schenkungen und Legaten* sind u.a. die Schenkungen der ETH Zürich Foundation zwecks der Finanzierung von Professuren enthalten, die der ETH Zürich zugekommen sind. Weiterhin erfolgreich verläuft die *Zusammenarbeit mit der Wirtschaft*. Es resultierte ein Wachstum von 13 Millionen (+9,1%) gegenüber dem Vorjahr und auch die Erwartungen wurden deutlich übertroffen (+23 Mio. resp. +17,3%). Insbesondere beim PSI lagen die Einnahmen aus der Zusammenarbeit mit der Elektrizitätswirtschaft deutlich über den Erwartungen. Die Einnahmen der *Übrigen Drittmittel* (u.a. Mittel der Kantone, Gemeinden etc.) von 32 Millionen liegen im langjährigen Mittel für diese Kategorie.

4 Dienstleistungsertrag

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Dienstleistungsertrag	111	110	120	9	7,8
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	71	71	86	15	21,2
Schulgelder / Studiengebühren	30	28	32	2	5,3
Patente / Lizenzen	7	6	7	-0	-1,8
Wiss. und adm. Dienstleistungen	34	37	48	14	39,8
Verkäufe	10	10	12	2	22,8
Rückerstattungen	8	8	7	-1	-13,8
Übrige Entgelte	22	21	15	-8	-33,7

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete der Dienstleistungsertrag einen Anstieg um 9 Millionen (+7,8%) und auch der veranschlagte Wert wurde um 10 Millionen übertroffen. Innerhalb der einzelnen Positionen sind unterschiedliche Tendenzen feststellbar.

Die Höhe der Einnahmen aus *Schulgeldern / Studiengebühren* wuchs um 2 Millionen auf 32 Millionen an. Vom Total entfallen rund 22 Millionen auf die ETH Zürich, 9 Millionen auf die EPFL und knapp eine Million auf das PSI. Die Höhe der Schulgeldeinnahmen ist einerseits abhängig von der Entwicklung der Zahl der Studierenden und Doktorierenden und andererseits von der Höhe der Semestergebühren. Die Zahl der Studierenden stieg 2011 weiter an (2011: 25 629 Studierende und Doktorierende, 2010: 24 104). Die Höhe der Semestergebühren blieb gegenüber

2010 - bis auf geringfügige Anpassungen, die sich betragsmässig praktisch nicht auswirkten - unverändert (SR 414.131.7 Anhang 1 der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Eidg. Techn. Hochschulen).

Die Erträge aus *Wissenschaftlichen und administrativen Dienstleistungen* erhöhten sich um 14 Millionen auf 48 Millionen. Bei der Empa resultierten 2011 aus Prüfaufträgen (u.a. hoheitliche) und Expertisen Erträge von rund 12 Millionen. Auch die ETH Zürich verbuchte hohe Erträge aus wissenschaftlichen Dienstleistungen (28 Mio.).

Die übrigen Positionen lagen betragsmässig im Bereich des Vorjahres.

5 Übriger Ertrag

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Übriger Ertrag	21	22	68	46	219,9
Liegenschaftsertrag	9	11	11	2	22,3
Aktivierung Eigenleistungen	–	–	42	42	n.a.
Übriger Diverser Ertrag	12	12	15	3	22,0

Die starke Zunahme beim übrigen Ertrag resultiert grösstenteils aus der Aktivierung der Eigenleistungen beim PSI für das Projekt SwissFEL. Das Projekt Elektronenlaser Röntgenbereich SwissFEL (Freie Elektronenlaser) zählt zu den strategischen, nationalen grossen Forschungsinfrastrukturen gemäss der BFI-Botschaft 2008-2011. Im Jahr 2011 wurden wesentliche Vorarbeiten für

den Beginn der eigentlichen Bauplanung und Realisierung des SwissFEL vollzogen. Die erbrachten Eigenleistungen des PSI im Rahmen dieses Projekts werden aktiviert. Die Verbuchung erfolgt im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr über eine Reduktion des Aufwands, sondern brutto über den übrigen Ertrag.

6 Personalaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Personalaufwand	1 769	1 826	1 850	81	4,6
Personalbezüge	1 477	1 516	1 525	48	3,2
Professorinnen, Professoren	164	166	173	9	5,6
Leitendes wissenschaftliches Personal, Dozierende	126	131	127	1	0,6
Übriges wissenschaftliches Personal	656	677	682	25	3,9
Technisch-administratives Personal	546	552	559	13	2,3
EO, SUVA und sonstige Rückerstattungen	-16	-9	-16	-0	1,5
Arbeitgeberbeiträge (Sozialversicherungen)	276	278	289	12	4,4
Sozialversicherung AHV/ALV/IV/EO/MuV	89	90	95	6	6,5
Personalversicherung (Spar- u. Risikobeiträge)	160	158	167	7	4,3
Unfall- und Krankenversicherung SUVA (BU/NBU)	7	8	7	-0	-4,9
Familienausgleichskasse (FAK/FamZG)	20	22	20	-0	n.a.
Übr. Arbeitgeberleistungen	11	7	12	1	9,1
Temporäres Personal	9	7	8	-1	-11,8
Übriger Personalaufwand	-5	17	16	21	n.a.

Im Vergleich zur Rechnung 2010 stieg der Personalaufwand um total 81 Millionen (+4,6%). Das Budget wurde leicht überschritten (24 Mio. resp. +1,3%) Der Mehrbedarf gegenüber 2010 ist insbesondere auf die höhere Anzahl Stellen und die Lohnmassnahmen zurückzuführen. Die Gliederung nach Komponenten zeigt folgende Entwicklung auf:

Die *Personalbezüge* betragen 1525 Millionen (+48 Mio. resp. +3,2%). Einerseits führte die starke Zunahme der Zahl der Vollzeitstellen (FTE) um 478 auf 15 208 FTE (ohne Lernende) zu einem Mehraufwand von 31 Millionen. Andererseits wurden ein Teuerungsausgleich von 0,7 Prozent sowie eine Realloohnerhöhung von 1,2 Prozent im Rahmen des Neuen Lohnsystems (NLS) gewährt. Aus diesen Lohnmassnahmen resultierten Mehrkosten von zirka 13 Millionen.

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden *Arbeitgeberbeiträge* sind im Vergleich zur Rechnung 2010 um 12 Millionen (+4,4%) gestiegen. Der grösste Teil der Zunahme

hängt mit der höheren Lohnsumme zusammen (Lohnmassnahmen und Stellenwachstum). Kaum ins Gewicht fällt der Mehraufwand aufgrund des leicht höheren durchschnittlichen Kostensatzes der Arbeitgeberbeiträge (2011: 18,9 Prozent; 2010: 18,7 Prozent). Das Total der *Personalversicherung* enthält wie in den Vorjahren die einmalige Arbeitgeberbeiträge an das Vorsorgewerk ETH-Bereich (PUBLICA) in der Höhe von 6,5 Millionen. Sie dient der Erreichung des obligatorischen Arbeitgeber-Mindestbeitragsatzes von 11 Prozent gemäss Artikel 32g Absatz 1 des Bundespersonalgesetzes (SR 172.220.1) und kommt der Versicherungskategorien 45+ und 55+ zu Gute.

Der *Übrige Personalaufwand* der Rechnung 2010 enthält die Aufwandminderung des PSI im Umfang von 18 Millionen für die Aktivierung von Eigenleistungen bei der Entwicklung von Anlagen. Aufgrund der geänderten Buchungspraxis ab 2011 werden diese Eigenleistungen nun über den übrigen Ertrag aktiviert, was die Differenz zum Vorjahr erklärt.

Die 15 208 Vollzeitstellen (FTE) verteilen sich auf 18 633 Mitarbeitende (resp. Anstellungsverhältnisse). Im ETH-Bereich werden zudem 401 Lernende in unterschiedlichsten Berufen ausgebildet.

Die Zahl der Professorinnen und Professoren erhöhte sich um rund 32 Vollzeitstellen. Als Folge davon stiegen die Personalbezüge für *Professorinnen, Professoren* ebenfalls an und zwar um 9 Millionen auf 173 Millionen. Am deutlichsten fiel wiederum die Zunahme der Zahl Vollzeitäquivalente im Bereich der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus. Der Trend der Vorjahre setzte sich somit auch 2011 fort, denn der Anteil des höheren wissenschaftlichen Kaders und generell des wissenschaftlichen Personals gemessen am Gesamttotal nimmt stetig zu: 2011 betrug der Anstieg 347 Vollzeitstellen und das Total beläuft sich nun auf 9335 Vollzeitstellen. Diese Entwicklung schlägt sich

auch in Zahlen der Kategorie *Übriges wissenschaftliches Personal* nieder. Dort war 2011 ein Mehraufwand in der Höhe von 25 Millionen gegenüber 2010 zu verzeichnen. Der weitaus grösste Teil des Mehraufwands beim wissenschaftlichen Personal wurde aus Zweit- und Drittmitteln finanziert.

Die Finanzierung der 15 208 Vollzeitstellen (FTE) zeigt folgendes Bild: der Hauptanteil, nämlich 68 Prozent (2010: 69,4 %) oder 10 369 FTE finanzierte der Bund über den Finanzierungsbeitrag. Aus Zweitmitteln wurden 3497 Vollzeitäquivalente und aus Drittmitteln 1342 Vollzeitäquivalente finanziert. Der aus Zweit- und Drittmitteln finanzierte Anteil der Vollzeitäquivalente erhöhte sich leicht von knapp 31 auf gut 32 Prozent des gesamten Personalbestands. Die Personalaufwendungen, die 2011 aus Zweit- und Drittmitteln finanziert worden sind, belaufen sich auf rund 456 Millionen (2010: 421 Mio.).

Entwicklung Personalaufwand, Personalbestand¹

	Total		Personal zu Lasten Finanzierungsbeitrag des Bundes		Personal zu Lasten Zweit- / Drittmittel	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2011	1 850	15 208	1 394	10 369	456	4 839
2010	1 769	14 730	1 348	10 223	421	4 506

¹ Personalbestand: ø Bestand Vollzeitstellen (Full Time Equivalent) ohne die Anzahl Lernenden (FTE 401)

7 Sach- / Betriebsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Sach- / Betriebsaufwand	869	926	874	4	0,5
Material- und Warenaufwand	90	90	100	10	10,6
Betriebsaufwand	779	836	774	-5	-0,7
Raumaufwand (extern zugemietet)	14	15	18	3	22,0
Unterbringungsaufwand für Immobilien Bund	284	282	282	-2	-0,9
Infrastruktur	163	200	159	-4	-2,5
Verwaltungsaufwand	17	18	16	-1	-5,7
Nicht aktivierbare Sachgüter	32	39	31	-0	-1,3
Informatik- und Telekommunikationsaufwand	71	73	78	6	9,1
Kommissionen und Honorare, Aufträge F&E	69	73	71	2	2,9
Transporte, Versicherungen, Gebühren	14	17	12	-2	-15,7
Übrige Dienstleistungen Dritter	15	16	5	-10	-66,4
Bibliotheksaufwand	27	28	25	-2	-7,7
Spesen	64	65	65	1	1,0
Übriger Sachaufwand	9	11	13	5	55,1

Der *Sach- und Betriebsaufwand* blieb mit 874 Millionen praktisch auf dem Niveau des Vorjahres (869 Mio.). Der Voranschlag hingegen, wurde um insgesamt 52 Millionen unterschritten.

Bei den meisten Positionen stehen die zusätzlichen Kosten in direkter Abhängigkeit zur höheren Zahl der durchgeführten Lehr- und Forschungsprojekte. Dies trifft insbesondere beim *Material- und Warenaufwand* zu.

Innerhalb des *Betriebsaufwands* entfällt der grösste Teil auf den *Unterbringungsaufwand für die Nutzung der Immobilien im Eigentum des Bundes* (282 Mio.). Das Total entspricht dem Unterbringungsbeitrag des Bundes im Ertrag (Vgl. Note 2).

Für die Instandhaltung und Instandsetzung der *Infrastruktur* wurden 159 Millionen eingesetzt. Darin enthalten sind auch die Aufwendungen für so genannte nutzerspezifische Anpassungen respektive den Mieterausbau sowie für nicht aktivierte Teile des

Baukostenplans (BKP3, Aktivierungsgrenze: 100 000 Franken je Objekt). Die steigende Nutzfläche (2011: +2,4% auf 892 000 m2) sowie energetische Massnahmen im Gebäudebereich hatten 2011 keinen Kostenschub zur Folge.

Unter den *Nicht aktivierbaren Sachgütern* sind Beschaffungen von Kleingeräten enthalten, die betragsmässig unter dem Schwellenwert (5000 Franken pro Objekt) für aktivierbare Güter liegen. Das Total von 31 Millionen für 2011 liegt auf der Höhe des Vorjahres.

Für die *Informatik und Telekommunikation* (Investitionen und Aufwand) wurden rund 115 Millionen eingesetzt.. Der Anteil für Investitionen in Informationstechnologien belief sich auf 37 Millionen (Vgl. Kapitel 323). Der Mehraufwand wurde u.a. durch die Beschaffung einer neuen Software-Gesamtlösung bei den vier Forschungsanstalten verursacht.

8 Transferaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Transferaufwand	76	182	52	-25	-32,2
Strategische Projekte ETH-Rat und Kompetenzzentren	15	110	-15	-30	n.a.
Aufwand ETH-Bereich für Teilnahme an Projekten von nationaler Bedeutung (Kooperationsprojekte SUK)	31	35	31	0	0,3
Stipendien, Preise, Mitgliederbeiträge	17	18	20	3	16,3
Forschungsbeiträge an Externe	13	19	15	3	20,2

Im Transferaufwand sind neben den Mitteln für ETH-interne Projekte auch die Mittel für die Teilnahme an Projekten von nationaler Bedeutung gemäss der BFI-Botschaft 2008-2011 (BBL 2007 1280) enthalten. Unter den Mitgliederbeiträgen werden u.a. die jährlichen Aufwendungen für Mitgliedschaften in nationalen und internationalen Forschungsorganisationen verbucht. Die Mittel für die Projekte von nationaler Bedeutung (2011: 31,0 Mio.) der SUK werden jeweils im Berichtsjahr an den SNF transferiert, der die Auswahl der Projekte vornimmt. Dabei handelt es sich um die Jahrestanchen der Beiträge an die schweizerischen Initiativen in Systembiologie für Systems.X.ch (16,1 Mio.), für Nano-Tera.ch (13,2 Mio.) sowie für das Pro*Doc-Programm (1,7 Mio.).

Durch eine Kreditverschiebung von 23,2 Millionen wurde der Finanzierungsbeitrag zu Lasten des Investitionskredits erhöht (Vgl. Note 1 und Ziff. 341). Die Erhöhung des veranschlagten Aufwands 2011 wurde analog des Vorjahres im Transferaufwand vollzogen, was einen Teil der Erhöhung des budgetierten Transferaufwands von ursprünglich 121 Millionen auf 182 Millionen

erklärt. Analog verhält es sich mit den Mitteln aus den Massnahmen gegen die Frankenstärke. Auch diese Erhöhung des Finanzierungsbeitrags wurde im veranschlagten Aufwand beim Transferaufwand eingestellt (36,1 Mio.) und erklärt den anderen Teil der Erhöhung gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag 2011.

Die Minderaufwendungen gegenüber dem Voranschlag 2011 bei den *strategischen Projekten ETH-Rat und Kompetenzzentren* haben folgenden Grund: Die Beiträge werden zentral beim ETH-Rat als Transferaufwand budgetiert und dann unterjährig an die Institutionen des ETH-Bereichs abgetreten. Diese verbuchen die Mittel gemäss ihrer Verwendung in anderen Aufwandkategorien.

Der Minderaufwand gegenüber der Rechnung 2010 bei den *strategischen Projekten des ETH-Rates* resultierte ausnahmslos aus der Auflösung der Rückstellungen für die strategischen Projekte des ETH-Bereichs «BlueBrain» und «SwissFEL» (-15 Mio.), die im Vorjahr gebildet worden sind.

9 Finanzergebnis

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
Finanzergebnis	7	13	10	3	36,1
Finanzertrag	21	14	20	-1	-4,8
Finanzaufwand	14	1	10	-4	-26,6

Die Anlage der finanziellen Mittel wird auf Basis der Vereinbarung zwischen der EFV und dem ETH-Rat über die Tresoreriebeziehungen vom 29.11.2007 vorgenommen.

Gestützt auf Art. 34c Abs. 2 des ETH-Gesetzes (SR 414.110) hat der ETH-Rat die Anlagerichtlinien erlassen. Darauf basierend definierten die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten ihre eigenen Anlagestrategien. Zudem legen die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten gemäss Kapitel 4, Absatz 6 der Anlagerichtlinien des ETH-Rates jährlich Rechenschaft über die Performance der Finanzanlagen und allfällige geplante Massnahmen ab.

Das *Finanzergebnis* hat sich zwar gegenüber 2010 um 3 Millionen auf 10 Millionen verbessert, liegt aber unter dem prognostizierten Wert und ebenfalls unter dem Wert früherer Jahre.

Der *Finanzertrag* blieb mit rund 20 Millionen praktisch auf dem Niveau der Rechnung 2010. Der grösste Teil des Finanzertrags resultiert wie im Vorjahr aus der Verzinsung des Bestandes an kurz- und langfristigen Geld- und Finanzanlagen (2011: 12 Mio., 2010: 12 Mio.). Rund 8 Millionen stammen aus Verkehrswertanpassungen und dem übrigen Finanzertrag. Auch dieser Wert entspricht praktisch dem Vorjahr.

Im *Finanzaufwand* sind einerseits die Kursverluste für Wertminderungen bei den Finanzanlagen (3 Mio.) und andererseits Währungsverluste in der Vermögensverwaltung und bei Devisen (7 Mio.) enthalten.

Bilanzpositionen

10 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 171	1 246	75	6,4
Bank, Post, Kasse	177	166	-11	-6,4
Kurzfristige Geldanlagen (≤90 Tage)	994	1 081	86	8,7

Der Bestand an *Flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen* stieg um 75 Millionen auf 1246 Millionen an. Er enthält zur Hauptsache die gemäss der Vereinbarung zwischen der EFV und dem ETH-Rat über die Tresoreriebeziehungen (19.11.2007) platzierten Geldanlagen. Dabei handelt es sich vor allem um die Mittel des Zweckgebundenen Kapitals (Zweit- und Drittmittel, Mittel für interne Leistungsversprechen), die bis zu ihrer Verwendung in

Lehre und Forschung bei der Bundestresorerie angelegt werden. Das um 86 Millionen höhere Volumen bei den *Kurzfristigen Geldanlagen* hängt in erster Linie mit dem neuerlichen Anstieg der Zweit- und Drittmittel im Jahr 2011 zusammen.

Bei den kurzfristigen Geldanlagen standen den Zugängen von 120 Millionen Abgänge von insgesamt 34 Millionen gegenüber.

11 Forderungen

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Forderungen	53	58	5	9,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41	45	4	8,7
Forderungen gegenüber Bund	8	8	0	2,2
Übrige Forderungen	4	5	1	32,9

Das Total der Forderungen nahm um 5 Millionen zu und beläuft sich auf 58 Millionen.

aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen von 31 Millionen gegenüber inländischen und 14 Millionen gegenüber ausländischen Debitoren.

Für gefährdete Debitorenausstände wurden Wertberichtigungen im Umfang von knapp 2 Millionen erfasst. Die *Forderungen*

12 Finanzanlagen

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Finanzanlagen	238	244	6	2,5
Kurzfristige Finanzanlagen	100	110	10	10,3
Langfristige Finanzanlagen	137	134	-3	-2,5

Der Hauptanteil der *langfristigen Finanzanlagen* besteht aus den um die Wertberichtigung bereinigten Kofinanzierungen der beiden ETH für Immobilien im Eigentum des Bundes (94 Mio.). Knapp 40 Millionen betreffen die Forderung gegenüber der Fondation EPFL+ für Mittel, welche der EPFL im Zusammenhang mit der Finanzierung neuer Lehrstühle (Professuren) zugesagt worden sind. Unter den langfristigen Finanzverbindlichkeiten

wird eine Verpflichtung gegenüber zukünftiger Professuren in gleicher Höhe ausgewiesen.

Von den gesamten Finanzanlagen (244 Mio.) waren Ende 2011 rund 94 Millionen beim Bund und gegen 150 Millionen bei privaten Geldinstituten platziert.

13 Vorräte

Der bilanzierte Bestand an Vorräten beläuft sich unverändert auf 12 Millionen. Es handelt sich dabei ausschliesslich um zugekaufte Vorräte. Die Vorräte enthalten wiederkehrende Lagerartikel wie Chemikalien, Labormaterial, Versuchsmaterialien, die in

Lehre und Forschung benötigt werden. Eine jährliche Inventur erfolgt nur für Lager mit einem Gesamtwert ab 100 000 Franken, die übrigen Bestände werden geschätzt.

14 Sachanlagen

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Sachanlagen	742	855	113	15,2
Mobiles Anlagevermögen	731	844	113	15,4
Technische Anlagen und Maschinen	516	482	-34	-6,5
Anlagen im Bau / Aktivierte Anzahlungen	170	308	138	80,8
IT-Investitionsgüter	45	54	9	19,5
Immobilies Anlagevermögen	11	11	-0	-1,2
Grundstücke	5	5	-	-
Bauten	6	6	-0	-2,3

Der Anstieg beim *Mobilen Anlagevermögen* von 113 Millionen auf 844 Millionen (+15,4 %) hängt im Wesentlichen mit folgenden Ursachen zusammen: Stark zugenommen haben insbesondere die Anlagen im Bau durch hohe Netto-Zugänge bei der ETH Zürich und beim PSI. Die ETH Zürich aktivierte mobile Anlagen im Bau u.a. im Bereich Baukostenplan 3 der ETH Zürich (anteilmässige Aktivierung der Betriebs- / Laboreinrichtungen, nutzerspezifischer Mieterausbau) im Umfang von netto 64 Millionen, und beim PSI führte insbesondere die Aktivierung von erbrachten Eigenleistungen im Zusammenhang mit SwissFEL zu einem hohen Zugang von netto rund 66 Millionen.

Der Rückgang bei den *Technischen Anlagen und Maschinen* um 34 Millionen (-6,5 %) ist durch die ab 2011 bei der ETH Zürich geänderte Abschreibungspraxis und das dadurch bedingte hohe

Abschreibungsvolumen verursacht worden. Ohne diesen Sondereffekt würde sich das Total der Technischen Anlagen und Maschinen im Vergleich zur Rechnung 2010 deutlich erhöhen.

In der Kontengruppe *Technische Anlagen und Maschinen* sind folgende Aktiven enthalten: Mobiliar, Maschinen/Apparate, Technische Betriebseinrichtungen, Mieter-/nutzerspezifischer Ausbau, Büromaschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge und Geräte.

Keine Veränderung gegenüber 2010 verzeichnete das *Immobilies Anlagevermögen* (11 Mio.). Darin sind die Grundstücke und Bauten im Eigentum der beiden ETH respektive der vier Forschungsanstalten bilanziert. Die Kofinanzierungen der ETH Zürich und der EPFL an Immobilien im Eigentum des Bundes, werden unter den langfristigen Finanzanlagen bilanziert.

Veränderung der Sachanlagen und des immateriellen Anlagevermögens

Mio. CHF	Total Sachanlagen 2011	Technische Anlagen und Maschinen	IT- Investitions- güter	Grundstücke und Bauten	Anlagen in Bau / Aktivierte Anzahlungen	Total Immaterielle Anlagen 2011
Anschaffungswerte						
Stand per 1.1.2011	1 744	1 314	248	12	171	7
Zugänge	333	126	38	–	169	2
Übrige Zugänge / Schenkungen	–	–	–	–	–	–
Veränderung von aktuellen Werten	–	–	–	–	–	–
Umgliederungen	0	9	–	–	-9	–
Abgänge	-63	-28	-13	–	-22	-0
Stand per 31.12.2011	2 014	1 421	273	12	308	9
Kumulierte Wertberichtigungen						
Stand per 1.1.2011	-1 002	-798	-203	-1	-0	-6
Planmässige Abschreibungen	-196	-167	-29	-0	–	-1
Ausserplanmässige Abschreibungen	-0	-0	-0	–	–	-0
Abgänge / Zugänge von Wertberichtigungen	40	27	13	–	–	0
Wertaufholungen	0	0	–	–	–	–
Umgliederungen	-0	-0	-0	–	-0	0
Stand per 31.12.2011	-1 159	-939	-219	-1	-0	-7
Bilanzwert per 31.12.2011	855	482	54	11	308	2
davon:						
Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–	–

Das Total der Zugänge für Investitionen in *Sachanlagen* liegt deutlich über den im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen. Dies hängt mit der starken Zunahme der mobilen Anlagen im Bau zusammen. Bei den *Technischen Anlagen und Maschinen* übersteigt das Abschreibungstotal das Total der Zu- und Abgänge und daraus resultiert der Rückgang des Bilanzwertes per

31.12.2011 gegenüber dem Anfangsbestand am 1.1.2011. Die Abschreibungen liegen mit 167 Millionen für Techn. Anlagen und Maschinen über dem Durchschnitt der Vorjahre (120-130 Mio.).

Die *Immateriellen Anlagen* enthalten aktivierte Lizenzen, Patente, Rechte und Software.

15 Beteiligungen

Beteiligungen nach Institutionen des ETH-Bereichs

CHF		Anschaffungs- wert	Wert- berichtigung	Bilanzwert 2011	Kapitalanteil (in %)	Institut
Beteiligungen	Sitz	7 728 619	-6 994 016	734 603		-
GlycoVaxyn AG	Schlieren	6 000	-6 000	–	0,4	ETH Zürich
HeiQ Materials AG	Bad Zurzach	4 150	-4 150	–	0,2	ETH Zürich
Venture Incubator AG	Zug	2 125 000	-2 125 000	–	8,4	ETH Zürich
Covagen AG	Zürich	3 703	-3 702	1	1,0	ETH Zürich
Alstom Inspection Robotics AG	Zürich	24 000	–	24 000	24,0	ETH Zürich
Lipideon Biothecology AG	Zürich	2 000	-2 000	–	0,4	ETH Zürich
Advanced Metal Technology AG (in Liquidation)	Zürich	4 000	-3 999	1	2,4	ETH Zürich
Arktis Radisation Detectors AG	Zürich	3 000	-3 000	–	1,6	ETH Zürich
ChromaCon AG	Zürich	5 000	-5 000	–	4,6	ETH Zürich
Redbiotec AG	Schlieren	7 470	-7 470	–	3,6	ETH Zürich
SuSoS AG	Dübendorf	4 500	-4 500	–	2,4	ETH Zürich
CovalX AG	Zürich	4 000	-4 000	–	2,3	ETH Zürich
NeMo Devices AG	Zürich	850	-850	–	0,9	ETH Zürich
Virtamed AG	Zürich	2 000	-2 000	–	1,2	ETH Zürich
Inspire AG	Zürich	34 000	–	34 000	34,1	ETH Zürich
Flisom AG	Dübendorf	4 500	-4 500	–	2,3	ETH Zürich
Kooaba AG	Zürich	50 000	-50 000	–	0,9	ETH Zürich
Pearltec AG	Zürich	26 000	-26 000	–	1,2	ETH Zürich
BiognoSYS AG	Zürich	39 000	-39 000	–	2,2	ETH Zürich
Belenos Clean Power Holding	Biel	250 000	-250 000	–	0,6	ETH Zürich
ETH Zürich SEC AG	Zürich	100 000	–	100 000	100,0	ETH Zürich
ProteoMediX AG	Zürich	4 000	-4 000	–	2,4	ETH Zürich
Malcisbo AG	Zürich	4 000	-4 000	–	1,5	ETH Zürich
3-V Biosciences, Inc.	Delaware / USA	–	–	–	–	ETH Zürich
Anecova SA	Ecublens	2 200	-2 200 *	–	0,1	EPFL
Ayanda Biosystems SA	Ecublens	6 000	-6 000 *	–	3,0	EPFL
Beamexpress SA	Ecublens	11 000	-11 000 *	–	5,9	EPFL
BlueBotics SA	Lausanne	2 000	-2 000	–	0,4	EPFL
Covalys Biosciences AG	Witterswil/SO	8 500	-8 500 *	–	1,9	EPFL
Dartfish SA	Fribourg	150 000	-150 000 *	–	2,0	EPFL
MimoSys AG (in Liquidation)	Zürich	6 165	-6 165 *	–	2,6	EPFL
Nano Bridging Molecules SA	Gland	10 850	-10 850 *	–	1,3	EPFL
PhotoDermaSA	Ecublens	16 000	-16 000 *	–	4,2	EPFL
Sensimed SA	Lausanne	11 000	-11 000 *	–	1,1	EPFL
Shockfish SA	Lausanne	3 000	-3 000 *	–	0,8	EPFL
Polytech Advisors SA	Ecublens	30 000	-30 000	–	30,0	EPFL
CSEM SA	Neuchâtel	4 000 000	-4 000 000	–	16,3	EPFL
EELCEE SA	Ecublens	5 000	-5 000 *	–	5,0	EPFL
SecuTix SA	Lausanne	5 000	-5 000 *	–	0,7	EPFL
Lyncée Tec SA	Ecublens	31 250	-31 250 *	–	4,0	EPFL
Jeunesse An 2000 SA	St-Sulpice	25 000	-25 000	–	50,0	EPFL
Crocus Technology SA	Frankreich	256	-256 *	–	0,1	EPFL
G24 Innovations Ltd	GB	38 487	-38 487 *	–	1,0	EPFL
Innovative Silicon Inc	USA	4	-4 *	–	0,9	EPFL
Konarka Technologies Inc	USA	58	-58 *	–	0,1	EPFL
Orla Protein Technologies Ltd	GB	7	-7 *	–	0,1	EPFL
Bicycle Therapeutics Ltd	GB	14 412	-14 412 *	–	2,4	EPFL
EPFL-RAKIA FZ-LLC Ltd	Ras al Khaimah	212 256	-29 256	183 000	50,0	EPFL
Dectris AG	Villigen	79 400	-23 800	55 600	20,0	PSI
Dysenos AG	Villigen	40 000	–	40 000	40,0	PSI
Belenos Clean Power Holding AG	Biel	258 001	– *	258 001	2,2	PSI
Eulitha AG	Villigen	20 000	–	20 000	20,0	PSI
Hydromethan AG	Villigen	20 000	–	20 000	20,0	PSI

* erhaltene Aktien als Gegenleistung zur Ueberführung von immateriellen Rechten

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrages und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Beteiligungen und Darlehen an Unternehmen sind gemäss der Immaterialgüter- und Beteiligungsverordnung (IGBV-ETH, SR 414.172) möglich. Diese müssen gemäss Artikel 16 Absatz 6 der Verordnung über den ETH-Bereich (SR 414.110.3) im Jahresabschluss aufgelistet werden.

In den Einzelabschlüssen der ETH und der Forschungsanstalten per 31.12.2011 wurden die Beteiligungen grösstenteils vollstän-

dig wertberichtigt. Aufgrund deren Geringfügigkeit wurde für Beteiligungen, die zwischen 20 und 50 Prozent liegen, auf die Anwendung der Equity-Methode verzichtet. Die ETH Zürich verfügt per 31.12.2011 über eine Beteiligung von 100 Prozent an der ETH Zürich SEC AG. Diese wird durch die ETH Zürich jedoch nicht subkonsolidiert.

Die Spin-Off-Unternehmen, bei denen sich die ETH Zürich finanziell beteiligt hat, sind in unterschiedlichsten Gebieten tätig. Bei der EPFL liegt der Schwerpunkt vor allem im Bereich «Life Sciences» sowie in der Entwicklung von Informationstechnologien.

16 Darlehen

Darlehen in den Aktiven

Es werden zwei Kategorien von Darlehen unterschieden. Die eine enthält die Darlehen der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten gemäss Art. 9 und 10 Bst c der Immaterialgüter- und Beteiligungsverordnung IGBV-ETH (SR 414.172). Grösstenteils handelt es sich dabei um Darlehen an neu gegründete Spin-off-Unternehmen. In der zweiten Kategorie werden die übrigen Darlehen geführt, die nicht aufgrund der Bestimmungen der IGBV-ETH gewährt worden sind.

Insgesamt hielten sich die Zu- und Abgänge bei den Darlehen mit je 0,5 Millionen die Waage.

Im 2011 verzeichneten die *Darlehen gemäss Art. 9 und 10 Bst. c der IGBV-ETH* zwei Zugänge: Der eine betraf das PSI (Eulitha AG) und der andere die Empa (Micos Engineering GmbH).

Darlehenspositionen

Darlehen gemäss IGBV-ETH (Art. 9 /10 Bst. c)

CHF	2011		Bilanzwert
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	
Darlehen	620 000	-175 000	445 000
Darlehen der EPFL an die Polytech Ventures	50 000	-50 000	–
Darlehen des PSI an die Eulitha AG	100 000	–	100 000
Darlehen der Empa an die Compliant Concept GmbH	250 000	-125 000	125 000
Darlehen der Empa an die QC-Expert AG	100 000	–	100 000
Darlehen der Empa an die Micos Engineering GmbH	120 000	–	120 000

Übrige Darlehen

CHF	2011		Bilanzwert
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	
Darlehen	2 983 677	-1 693 500	1 290 177
Darlehen der ETH Zürich an Studierende	339 780	-1 500	338 280
Darlehen der ETH Zürich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	58 241	–	58 241
Darlehen der ETH Zürich an die Stiftung Bibliothek Oechsli	250 000	–	250 000
Darlehen der ETH Zürich an die Mettler Toledo AG	393 656	–	393 656
Darlehen der EPFL an die Fondation Maisons pour Etudiants	1 692 000	-1 692 000	–
Darlehen der EPFL an die Fondation du Centre Universitaire Protestant	250 000	–	250 000

17 Laufende Verbindlichkeiten

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Laufende Verbindlichkeiten	122	145	23	19,1
Kontokorrente	34	44	9	27,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63	71	9	13,8
Übrige laufende Verbindlichkeiten	25	30	5	21,0

In den *Kontokorrenten* werden die Verpflichtungen respektive die Abrechnungssaldi u.a. gegenüber den Leadinghouses von Forschungsprogrammen (u.a. der EU [7. FRP], für SystemsX etc.) oder den Kompetenzzentren geführt. Höhere Kontokorrentver-

bindlichkeiten weist einzig die ETH Zürich aus - dies als Folge der Zunahme der Abrechnungssalden aus EU-Projekten und aus dem Projekt SystemsX.ch.

18 Finanzverbindlichkeiten

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Finanzverbindlichkeiten	75	69	-6	-8,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	24	22	-3	-12,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	51	47	-4	-6,9

Unter den *Kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten* werden die Verpflichtungen gegenüber den Abrechnungsstellen der AHV, PUBLICA, Quellensteuer und Suva geführt.

Die *Langfristigen Finanzverbindlichkeiten* setzen sich zusammen aus dem Restbetrag der zinslosen Darlehen, welche der Kanton Aargau dem PSI zwecks Durchführung der Projekte CCEM-CH und PROSCAN gewährt sowie den Leistungsverpflichtungen gegenüber Professoren bei der EPFL.

2011 kam es zu einer weiteren Teilrückzahlung (1 Mio.) wodurch sich die Darlehen des Kantons Aargau an das PSI von 9 auf 8 Millionen reduzierten. Die Leistungsverpflichtungen gegenüber Professoren belaufen sich auf rund 40 Millionen innerhalb der langfristigen Finanzverbindlichkeiten. Diesen Verpflichtungen der EPFL steht eine Forderung in gleicher Höhe unter den langfristigen Finanzanlagen gegenüber. Die Leistungsverpflichtungen werden durch die Fondation EPFL+ finanziert.

Der Nominal- und der Marktwert der Finanzverbindlichkeiten per Ende 2011 sind identisch.

19 Rückstellungen

Mio. CHF	Total 2011	Personal	Übrige
Bildung (inkl. Erhöhung)	3	3	0
Auflösung	-1	-0	-1
Verwendung	-17	-	-17
Stand per 31.12.	137	50	87
davon kurzfristig	56	49	7

Mio. CHF	Total 2010	Personal	Übrige
Bildung (inkl. Erhöhung)	18	3	16
Auflösung	-3	-3	-1
Verwendung	-1	-0	-1
Stand per 31.12.	151	47	104
davon kurzfristig	50	38	12

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Rückstellungsbestand um 14 Millionen abgenommen. Die langfristigen Rückstellungen reduzierten sich um knapp 20 Millionen auf 81 Millionen, die kurzfristigen Rückstellungen hingegen mussten um 6 Millionen auf 56 Millionen erhöht werden.

Der Rückstellungsbestand für das *Ferien- und Überzeitguthaben des Personals* hat sich um 3 Millionen auf 50 Millionen erhöht. Dies hängt einerseits mit der gegenüber 2010 gestiegenen Anzahl Mitarbeitenden zusammen und andererseits haben sich die Ansätze leicht erhöht. Auf die Mitarbeitenden umgerechnet, ergibt dies ein Saldo von durchschnittlich etwas über einer Woche Ferienguthaben. Dieser Wert liegt unter demjenigen von Arbeitgebern in vergleichbarer Grösse. Die Schätzung der Ferien- und Überzeitguthaben der Mitarbeitenden erfolgt pro Institution je nach unterschiedlichen Methoden (über Zeiterfassung, Annahmen, Extrapolationen etc.)

20 Zweckgebundenes Kapital

Im *Zweckgebundenen Kapital* werden die Zweit- und Drittmittel sowie die Eigenmittel für interne Leistungsversprechen passiviert, die zu einem späteren Zeitpunkt (Zeitraum ca. 1-5 Jahre) für Lehr- und Forschungsvorhaben verwendet werden. Diese Mittel haben deshalb zweckgebundenen Charakter, weil gegenüber den Geldgebern eine in Zukunft noch zu erbringende Leistung in Lehre und Forschung für bereits erhaltene Mittel (Erträge) besteht (Leistungsschuld). Die Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes zählen ebenfalls zu den Eigenmitteln. Die Veränderung der Zweit- und Drittmittel wird als Vorposten über den Ertrag in der Erfolgsrechnung verbucht.

Die *Leistungsversprechen* enthalten die gegenüber gewählten Professorinnen und Professoren gemachten Berufungsversprechen sowie Versprechen für finanzielle Zusagen für die Abwicklung von bewilligten Lehr- und Forschungsprojekten. Analog den Zweit- und Drittmitteln erfolgt die Bestandesveränderung über die Erfolgsrechnung - allerdings wird diese über den Aufwand und nicht als Vorposten im Ertrag verbucht. In der Darstellung der Veränderung der Leistungsversprechen wird auch der nicht bilanzierte Teil für interne Leistungsversprechen offen gelegt.

Das Total des *Zweckgebundenen Kapitals* erhöhte sich gegenüber 2010 um 58 Millionen (+5,1 %) auf 1200 Millionen. Vom Total des Zweckgebundenen Kapitals entfallen 270 Millionen (Anteil 22,5 %) auf die Zweitmittel, 693 Millionen (Anteil 57,8 %) auf die Drittmittel und 236 Millionen auf die Eigenmittel (Anteil 19,7%). Sämtliche Komponenten verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs. Das zweckgebundene Kapital der Zweitmittel erhöhte sich um 20 Millionen (+8,0%), dasjenige der Drittmittel verzeichnete einen Anstieg gegenüber 2010 um knapp 30 Millionen (+4,5 %) und auch die Eigenmittel als Teil

Unter den *Übrigen Rückstellungen* wurde die Rückstellung im Umfang von 15 Millionen für die Unterstützung der beiden strategischen Forschungsprojekte BlueBrain (EPFL) und SwissFEL (PSI) verwendet. Der Bestand der übrigen Rückstellungen enthält insbesondere die 70 Millionen für den Rückbau von Beschleunigeranlagen und die Entsorgung der radioaktiven Komponenten beim PSI. Ebenfalls unter den *Übrigen Rückstellungen* sind Rückstellungen im Zusammenhang mit Kernrisiken und für nichtversicherte Risiken enthalten. Darunter fallen die identifizierten Risiken gemäss Risikokatalog der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten (gemäss den Vorgaben aus dem Risk Management). Die Möglichkeit der Bildung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Risk Management ist eine der Abweichungen zum Rechnungslegungsstandard des Bundes. Der ETH-Bereich beruft sich dabei auf Art. 12 Abs. 2 der Weisungen des ETH-Rats über das Risikomanagement der ETH und der Forschungsanstalten vom 4.7.2006.

des Zweckgebundenen Kapitals legten um rund 9 Millionen zu (+6,4 %).

Die bilanzierten internen *Leistungsversprechen* (Eigenmittel) für Berufungen und Projektzusagen nahmen gegenüber 2010 leicht zu. Bei den *Berufungsversprechen* steht die Zunahme in direktem Bezug zur gestiegenen Anzahl Professuren im Berichtsjahr (+32 FTE).

Veränderung Zweit- und Drittmittel

Der Stand der Leistungsschuld aus Zweit- und Drittmitteln hat im Berichtsjahr wiederum zugenommen. Die zugeflossenen Zweitmittel (Ertrag) liegen um 47 Millionen über der Mittelverwendung für Personal-, Sach- und Investitionsausgaben. Zusätzlich führen übrige Veränderungen (Zeile Netto-Veränderung) innerhalb der Zweitmittel zu einer Abnahme von 27 Millionen, womit per Saldo der Bestand im Vergleich zum Vorjahr um 20 Millionen zunimmt. Bei den Drittmitteln reicht der direkt zurechenbare Ertrag nicht aus, um die Verwendung zu decken. Unter Berücksichtigung der teilweisen Zweckbindung aus Dienstleistungserträgen und übrigen Erträgen (Zeile Netto-Veränderung) resultiert dennoch eine Zunahme des Bestandes um 29 Millionen.

Die Zunahme der gesamten Leistungsschuld für Projekte aus Zweit- und Drittmittel per Ende 2011 um knapp 50 Millionen auf total 964 Millionen, lässt sich dadurch begründen, dass ein grosser Teil der zusätzlichen Einnahmen erst in den Folgejahren für Lehre und Forschung verwendet wird.

Zweit- / Drittmittel

Mio. CHF	Total 2011	Zweitmittel	Nationale Forschungs- förderung	Ressort- forschung	Europäische Forschungs- Rahmen- Programme	Drittmittel	Wirtschafts- orientierte Forschung	Schenkungen und Legate	Übrige Drittmittel
Stand per 1.1.	914	250	129	73	47	664	388	139	137
Ertrag	651	440	231	81	128	211	156	24	32
Verwendung	-712	-393	-222	-73	-99	-319	-208	-24	-87
Netto-Veränderung*	110	-27	-14	4	-17	137	93	-9	53
Stand per 31.12.	964	270	124	86	60	693	429	129	135

Zweit- / Drittmittel

Mio. CHF	Total 2010	Zweitmittel	Nationale Forschungs- förderung	Ressort- forschung	Europäische Forschungs- Rahmen- Programme	Drittmittel	Wirtschafts- orientierte Forschung	Schenkungen und Legate	Übrige Drittmittel
Stand per 1.1.	800	243	125	73	45	557	348	125	85
Ertrag	615	406	223	73	110	209	143	36	30
Verwendung	-617	-381	-210	-72	-99	-236	-169	-14	-52
Netto-Veränderung*	116	-17	-8	0	-9	133	66	-8	74
Stand per 31.12.	914	250	129	73	47	664	388	139	137

*Saldo u.a. aus dem Dienstleistungsertrag und dem übrigen Ertrag, Bestandesveränderungen sowie den übr. Veränderungen (Transfer etc.)

Bestandesveränderung Leistungsversprechen

Leistungsversprechen	Total 2011	Bilanziert 2011	Berufungsversprechen		Projektzusagen	
			bilanziert	nicht bilanziert	bilanziert	nicht bilanziert
Stand per 1.1.	224	133	38	78	95	13
Bildung (inkl. Erhöhung)	41	40	4	-	36	1
Auflösung / Verlagerung	-19	-16	-	-3	-16	-0
Verwendung	-17	-15	-0	-1	-15	-0
Stand per 31.12.	229	142	42	74	100	14

Leistungsversprechen	Total 2010	Bilanziert 2010	Berufungsversprechen		Projektzusagen	
			bilanziert	nicht bilanziert	bilanziert	nicht bilanziert
Stand per 1.1.	203	131	38	58	93	14
Bildung (inkl. Erhöhung)	30	23	0	4	22	3
Auflösung / Verlagerung	4	-8	-0	16	-8	-4
Verwendung	-12	-12	-0	-	-12	-
Stand per 31.12.	224	133	38	78	95	13

Die internen, bilanzierten *Leistungsversprechen* werden vom Prinzip her gleich behandelt wie die Zweit- und Drittmittel und sie sind daher Teil des Zweckgebundenen Kapitals. Es gibt zwei Kategorien von internen Leistungsversprechen im ETH-Bereich: Bei den Berufungsversprechen gegenüber neu gewählten Professorinnen und werden im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen frei verfügbare Mittel zugesagt. Die Ausschöpfung dieser Berufungskredite erfolgt in der Regel in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Das gleiche Verfahren wird für *Projektzusagen* in Lehre und Forschung angewendet.

Die Guthaben der bilanzierten Leistungsversprechen werden passiviert, wobei die Bestandesveränderung erfolgswirksam als Aufwand oder als Minderaufwand verbucht wird.

Im Vergleich zu 2010 stieg der bilanzierte Teil sowohl der *Berufungsversprechen* (+4 Mio.) als auch der *Projektzusagen* (+5 Mio.) an. Die nicht bilanzierten Leistungsversprechen verzeichneten hingegen einen leichten Rückgang (-3 Mio.).

Überleitung Zuordnung Zweckgebundenes Kapital auf Fremd- oder Eigenkapital

Mio. CHF	Konsolidierte Bilanz ETH-Bereich 2011		Überleitung		Konsolidierte Bilanz ETH-Bereich Sicht (NRM) 2011	
	Anteil %		Zuordnung zu:	Reduktion (-) Erhöhung (+)	Anteil %	
Passiven	2 435	100,0		-1 200	2 435	100,0
Fremdkapital	431	17,7			1 265	52,0
Zweckgebundenes Kapital	1 200	49,3		-1 200		
Zweit- / Drittmittel	964	39,6		-964		
Zweitmittel	270	11,1		-270		
Forschungsförderung	124	5,1	Fremdkapital	-124		
Ressortforschung	86	3,5	Fremdkapital	-86		
Europäische Forschungsrahmenprogramme	60	2,5	Fremdkapital	-60		
Drittmittel	693	28,5		-693		
Wirtschaftsorientierte Forschung	429	17,6	Fremdkapital	-429		
Schenkungen und Legate	129	5,3	Eigenkapital	-129		
Übrige Drittmittel	135	5,5	Fremdkapital	-135		
Eigenmittel	236	9,7	Eigenkapital	-236		
Eigenkapital	804	33,0			1 170	48,0

Die Gliederung der Passiven in Fremdkapital, Zweckgebundenes Kapital und in Eigenkapital entspricht nicht den gängigen Rechnungslegungsvorschriften. Deshalb wird in einer Überleitung dargestellt, wie sich die Zuordnung des Zweckgebundenen Kapitals auf die Höhe des Fremd- und / oder des Eigenkapitals auswirken würde. Die Zuweisung erfolgt nach den Kriterien von IPSAS. Die Zweitmittel werden - wie auch die Mittel aus der

wirtschaftsorientierten Forschung und die übrigen Drittmittel - dem Fremdkapital zugeordnet. Die Schenkungen und Legate, die ebenfalls Bestandteil der Drittmittel sind, und die Eigenmittel (interne Leistungsversprechen und Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes) werden dem Eigenkapital zugewiesen.

333 Weitere Erläuterungen

1 Eventualverbindlichkeiten

Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende

Unter *Vorsorgeverpflichtungen* des ETH-Bereichs werden die Verpflichtungen aus Vorsorgeplänen des Vorsorgewerks ETH-Bereich bei der Sammelstiftung PUBLICA verstanden, welche Leistungen bei Pensionierung, Todesfall und Invalidität vorsehen. Die Vorsorgeverpflichtungen werden gemäss den Methoden nach IPSAS 25 bewertet. In Abweichung zu IPSAS 25 werden die Vorsorgeverpflichtungen aber nur als Eventualverpflichtungen im Anhang der Jahresrechnung und nicht als Rückstellungen ausgewiesen.

Im Vorsorgewerk ETH-Bereich bei der PUBLICA werden drei Vorsorgepläne geführt. Die Zuteilung der Mitarbeitenden in einen Vorsorgeplan erfolgt über die Zugehörigkeit zu einem Lohnband. Nach IPSAS 25 werden die Pläne aufgrund der reglementarischen Leistungsversprechen als leistungsorientiert («defined benefit») qualifiziert.

Die Berechnung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach der «Projected Unit Credit»-Methode (PUC-Methode) durch exter-

ne versicherungsmathematische Experten. Die Vorsorgeverpflichtung entspricht dem Barwert der am Bewertungsstichtag erworbenen Leistungen beziehungsweise der Dienstzeitaufwand den Leistungen, die im folgenden Jahr erworben werden. Bei der Berechnung werden die massgebenden Parameter unter anderem für Angaben zu den Versicherten (Versicherungsdauer, Lohn, Altersguthaben etc.), demographische Annahmen (Pensionierung, Invalidisierung, Todesfall etc.) und finanzielle Annahmen (Lohnentwicklung, Rentenentwicklung, Verzinsung etc.) verwendet. Die berechneten Werte werden über den technischen Zinssatz auf den Bewertungsstichtag abdiskontiert. Parameter sind unter anderem die Versicherungsdauer, der voraussichtliche Lohn beim Altersrücktritt sowie die periodische Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung. Das Äufnen des voraussichtlichen Deckungskapitals auf den Zeitpunkt des Altersrücktritts erfolgt bei der PUC-Methode nicht gestaffelt, sondern gleichmässig über die Anzahl der zu leistenden Dienstjahre. Die Vorsorgeverpflichtung per 31.12.2011 wurde auf Basis des aktuellen Versichertenbestandes berechnet und beträgt 6875 Millionen. Die Bewertung erfolgte erstmals mit den neuen versicherungstechnischen Grundlagen BVG 2010. Zudem wurden die Änderungen des Vorsorgeplans bei der Publica berücksichtigt.

Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Barwert der kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen	-5 711	-6 875	-1 164	20,4
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	5 283	5 302	19	0,4
Kapitalgedeckte Nettovorsorgeverpflichtungen	-428	-1 573	-1 145	267,3
Barwert der nicht kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen	-	-	-	-
Total Nettovorsorgeverpflichtungen	-428	-1 573	-1 145	267,3

Das Vorsorgevermögen entspricht dem Vermögen des Vorsorgewerks ETH-Bereich zu Marktwerten abzüglich kurzfristiger Verbindlichkeiten. Das Vorsorgevermögen per 31.12.2011 wurde auf der Basis der provisorischen Bilanz per 31.12.2011 bestimmt und beträgt 5302 Millionen.

Die Nettovorsorgeverpflichtung (Vorsorgeverpflichtung abzüglich Vorsorgevermögen) beträgt somit 1573 Millionen.

Die Arbeitgeberbeiträge sind reglementarisch festgelegt, wobei die Sparbeiträge nach Alter gestaffelt sind und mit zunehmendem Alter steigen. Gemäss den Bewertungsmethoden von IPSAS 25 wird der Dienstzeitaufwand so berechnet, dass die Vorsorgeverpflichtung gleichmässig über die gesamte Beschäftigungsdauer verteilt wird. Dies kann zu Differenzen zwischen den Arbeitgeberbeiträgen und dem Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers führen. Die bezahlten Arbeitgeberbeiträge betragen im Jahr 2011 158 Millionen, der Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers hingegen 115 Millionen.

Der Nettovorsorgeaufwand setzt sich zusammen aus dem Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers und dem Zinsaufwand auf den Vorsorgeverpflichtungen abzüglich der erwarteten Rendite auf dem Vorsorgevermögen. Allfällige Ereignisse wie Plankürzungen und Planabgeltungen müssen zusätzlich berücksichtigt werden. Die Reglementsänderung des Vorsorgewerks des ETH-Bereichs wird im Nettovorsorgeaufwand 2011 als einmaliger nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand (Past Service Cost) ausgewiesen. Dieser beläuft sich auf 59 Millionen. Der Nettovorsorgeaufwand des ETH-Bereichs für das Jahr 2011 beträgt insgesamt 108 Millionen. Für das nächste Jahr wird ein Nettovorsorgeaufwand von 109 Millionen erwartet. Der höhere Nettovorsorgeaufwand ist zu einem grossen Teil auf die veränderten Annahmen zurückzuführen.

Bei der Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen per 31.12.2011 wurde u.a. der Diskontierungszinssatz an die aktuellen Renditen für Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 20 und mehr

Jahren angepasst. Neu beträgt er 1,25 Prozent, gegenüber 2,1 Prozent im Vorjahr. Durch die Anpassung dieses Parameters hat sich die Vorsorgeverpflichtung um 834 Millionen erhöht.

Versicherungstechnische Annahmen

	2010	2011
Diskontierungszinssatz	2,10%	1,25%
Erwartete langfristige Rendite des Vorsorgevermögens	3,50%	3,25%
Erwartete Lohnentwicklung	1,50%	1,50%
Erwartete Rentenerhöhungen	0,15%	0,15%

Entwicklung der Verpflichtungen

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Stand 1.1	-352	-428	-76	-21,6
Nettovorsorgeaufwand / -gewinn	-62	-108	-46	-73,8
Sofort gegen Eigenkapital zu erfassender Betrag	-162	-1 195	-1 033	-636,9
Arbeitgeberbeiträge	148	158	10	6,8
Stand 31.12.	-428	-1 573	-1 145	-267,3

Nettovorsorgeaufwand / -gewinn

Mio. CHF	2010	2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Laufender Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers (netto)	101	115	14	14,2
Zinsaufwand	136	117	-20	-14,4
Erwartete Rendite auf Vermögen	-175	-184	-9	4,9
Erfasster Nettogewinn der langfristigen Mitarbeiterleistungen	-	-	-	-
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-	59	59	-
Regulärer Nettovorsorgeaufwand	62	108	46	73,8
Ausserordentlicher Nettovorsorgeaufwand/-gewinn (Curtailment)	-	-	-	-
Nettovorsorgeaufwand / - gewinn	62	108	46	73,8

Weitere Eventualverbindlichkeiten

Bei der EPFL besteht eine Garantieverpflichtung im Umfang von einer halben Million. Bei der ETH Zürich sind drei Rechtsverfahren mit einer Streitsumme von insgesamt 0,5 Millionen offen.

2 Finanzielle Zusagen

Die ETH Zürich ist finanzielle Zusagen von rund 124 Millionen für langfristige Mietverträge eingegangen, wovon rund 65 Millionen innerhalb einer Fälligkeit von fünf Jahren liegen.

3 Nahestehende Personen und Organisationen

Nahestehende Personen und Organisationen

Es existieren wesentliche finanzielle Beziehungen zum Bund. Im Vordergrund stehen dabei der Finanzierungsbeitrag sowie der Unterbringungsbeitrag. Die Forschungsaufträge der Bundesämter (Ressortforschung) und die Mittel der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) sind in den marktkonformen Transaktionen von Bezügen von Waren und Dienstleistungen enthalten. Das Total der kurzfristigen Geld- und Finanzanlagen enthält u.a. die gemäss der Tresorerievereinbarung beim Bund platzierten Mittel des ETH-Bereichs in der Höhe von 1081 Millionen.

Die ETH Zürich und die EPFL pflegen finanzielle Beziehungen zu Stiftungen im Lehr- und Forschungsumfeld. Zu erwähnen sind dabei insbesondere die beiden nahestehenden Stiftungen der ETH Zürich zur ETH Zürich Foundation sowie der EPFL zur Fondation EPFL+, wobei jeweils sämtliche finanziellen Transaktionen zu marktkonformen Bedingungen erfolgen.

Entschädigungen an Schlüsselpersonen

Als nahestehende natürliche Personen gelten - im Sinne von Schlüsselpersonen - die Mitglieder des ETH-Rats, der ETH-Ratspräsident, die Präsidenten der beiden ETH, die Direktorin und die Direktoren der vier Forschungsanstalten. Ihre Anstellungsbedingungen und ihre Entlohnung beziehen sich auf das ETH-Gesetz (SR 414.110) und auf die Verordnung ETH-Bereich (SR 414.110.3).

Die Anstellungsbedingungen und die Entlohnung der übrigen Mitglieder der Schulleitungen und der übrigen Mitglieder der Direktionen der Forschungsanstalten richten sich nach dem Bundespersonalgesetz (SR 172.220.1) und die Ausführungsverordnungen PVO-ETH-Bereich (SR 172.220.113) und die Professorenverordnung ETH-Bereich (SR 172.220.113.40).

4 Umrechnungskurse

Einheit	Stichtagskurse per	
	31.12.2010	31.12.2011
1 Euro (EUR)	1,24855	1,217025
1 US-Dollar (USD)	0,93275	0,937750

5 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Offenlegungspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind wesentliche Ereignisse, die dazu verpflichten, die im Abschluss erfassten Beträge anzupassen beziehungsweise Sachverhalte zu erfassen, die bislang nicht berücksichtigt worden sind. Die kon-

solidierte Rechnung des ETH-Bereichs 2011 wurde vom Bundesrat am #3.2012 genehmigt. Bis zu diesem Datum sind im ETH-Bereich keine offenlegungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

34 Segmentberichterstattung / Einzelabschlüsse

In der Segmentberichterstattung werden die Einzelabschlüsse der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten gezeigt. Damit von den Einzelabschlüssen eine Überleitung auf die konsolidier-

ten Werte gemacht werden kann, ist eine separate Spalte mit den Konsolidierungsbuchungen ausgewiesen.

341 Erfolgsrechnung nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	Rechnung 2011 ETH-Bereich	Rechnung 2011 Konsolidierung	Rechnung 2011 ETH-Rat	Rechnung 2011 ETH Zürich	Rechnung 2011 EPFL	Rechnung 2011 PSI	Rechnung 2011 WSL	Rechnung 2011 Empa	Rechnung 2011 Eawag
Jahresergebnis	120	-0	14	28	15	52	4	3	5
Operatives Ergebnis (exkl. Finanzergebnis)	110	-0	14	21	12	51	4	3	5
Operativer Ertrag	3 094	-15	51	1 492	825	422	80	168	71
Finanzierungsbeitrag des Bundes	2 026	-	51	985	514	276	53	96	51
Beitrag an Unterbringung	282	-	0	162	69	26	4	17	5
Zweit- und Drittmittel	651	-7	-	279	232	69	23	39	17
Entgelte aus Zweitmitteln	440	-5	-	195	160	33	18	27	12
Entgelte aus Drittmitteln	211	-2	-	84	72	36	5	12	4
Bestandesveränderung Zweit- und Drittmittel	-52	-	-	-10	-19	-16	-2	-2	-2
Dienstleistungsertrag	120	-5	0	61	27	22	1	13	0
Übriger Ertrag	68	-3	0	16	2	45	1	5	1
Operativer Aufwand	2 984	-15	37	1 471	812	371	77	165	67
Eigenaufwand	2 933	-14	19	1 455	798	371	74	164	67
Personalaufwand	1 850	-2	15	891	530	216	53	103	44
Sach- und Betriebsaufwand	874	-12	4	447	228	119	16	50	20
Abschreibungen	197	-	0	126	34	26	2	8	2
Veränderung Leistungsversprechen	12	-	-	-10	6	10	2	3	-0
Transferaufwand	52	-1	18	17	14	-0	3	1	-
Finanzergebnis	10	-	0	7	3	0	0	-0	0
Finanzertrag	20	-0	0	13	6	1	0	1	0
Finanzaufwand	10	-0	0	6	3	0	0	1	0

Mittelverschiebungen innerhalb des ETH-Bereichs: Voranschlag 2011

Kredit: A2310.0346 Finanzierungsbeitrag des Bundes an den ETH-Bereich Mio. CHF	Total Kredit A2310.0346	ETH-Rat	ETH Zürich	EPFL	PSI	WSL	Empa	Eawag
Stand 1. Januar 2011 (Bundesbeschluss I 15.12.2010)	1 966,7	102,2	956,0	495,3	234,4	45,6	83,1	50,0
Veränderungen:								
Kreditverschiebung Flexibilität Nachtrag II b vom 23.9.2011 Voranschlag 2011 (11.042) (Kreditverschiebung zu Lasten Kredit A4100.0125 Bauten ETH- Bereich gemäss FHV Art. 20 Abs. 5)	23,2	-	3,9	3,1	2,3	4,9	8,8	0,1
Abtretungen ETH-Rat:								
Strategische Vorhaben Lehre und Forschung	-	-36,9	10,0	12,2	11,4	2,0	1,1	0,2
Kompetenzzentren	-	-14,6	4,9	4,9	4,9			
Kreditverschiebungen innerhalb Kompetenzzentren:								
Energie und nachhaltige Mobilität (CCEM-CH)	-		1,1	0,5	-2,6	-	1,1	-
Umwelt und Nachhaltigkeit (CCES)	-		-2,0	0,5	0,4	0,8	0,0	0,3
Materialwissenschaften und Technologie (CCMX)	-		1,0	-2,4	0,5	0,0	0,9	-
Diverse Kreditverschiebungen	-		0,1	-0,2	-0,6	0,2	0,5	0,0
Botschaft (11.048) vom 31.8.2011 zum Bundesgesetz über Mass- nahmen zur Abfederung der Fran- kenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (Aufstockung)	36,1		10,0		25,1		1,0	
Stand 31. Dezember 2011	2 025,9	50,6	984,9	514,0	275,8	53,5	96,5	50,6

In der Aufstellung über die Mittelverschiebungen werden die haushaltsneutralen Kreditverschiebungen innerhalb des ETH-Bereichs und die übrigen Budgetveränderungen offen gelegt. Ausgehend vom Finanzierungsbeitrag des Bundes gemäss Bundesbeschluss I vom 15.12.2010 werden die Mittelverschiebungen innerhalb des ETH-Bereichs gezeigt. Zur Hauptsache waren dies budgetneutrale Vorgänge wie die Abtretungen durch den ETH-Rat für strategische Vorhaben in Lehre und Forschung sowie die Abtretungen zu Gunsten der Kompetenzzentren und die Kreditverschiebungen innerhalb der Kompetenzzentren. 2011 kam es wiederum zu einer Krediterhöhung im Rahmen der Kre-

ditverschiebung gemäss Art. 20, Abs. 5 der Finanzhaushaltsverordnung (+23,2 Mio.). Die Kreditverschiebungen innerhalb der Kompetenzzentren entstehen, weil die Leadinghouses der jeweiligen Kompetenzzentren den Jahresbeitrag durch den ETH-Rat erhalten und danach die Abtretungen an die beteiligten Institutionen des ETH-Bereichs vornehmen. Nebst den bereits erwähnten Mittelverschiebungen kam es 2011 noch zu einer weiteren Krediterhöhung: Sie betrifft die Aufstockung der Mittel für die Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (+36,1 Mio.).

342 Investitionsrechnung nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	Rechnung 2011 ETH-Bereich	Rechnung 2011 Konsoli- dierung	Rechnung 2011 ETH-Rat	Rechnung 2011 ETH Zürich	Rechnung 2011 EPFL	Rechnung 2011 PSI	Rechnung 2011 WSL	Rechnung 2011 Empa	Rechnung 2011 Eawag
Saldo Investitionsrechnung	-311	0	-	-169	-41	-85	-2	-11	-2
Saldo Investitionen Sachanlagen	-310	0	-	-168	-42	-85	-2	-11	-2
Investitionseinnahmen Sachanlagen	5	-	-	1	1	3	-	0	0
Investitionsausgaben Sachanlagen	315	-0	-	169	43	88	2	11	2
Liegenschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Technische Anlagen und Maschinen	276	-	-	139	38	86	1	10	2
Informationstechnologien	38	-0	-	29	5	2	1	1	0
Immaterielle Anlagen	2	-	-	1	-	0	0	-	0
Saldo Investitionen Finanzanlagen	-1	-	-	-2	1	-0	-	-0	0
Kofinanzierung (netto)	-2	-	-	-1	-2	-	-	-	-
Finanzanlagen (netto)	2	-	-	-1	3	-0	-	-0	0

343 Geldflussrechnung nach Konsolidierungseinheit

	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011
Mio. CHF	ETH-Bereich	Konsoli- dierung	ETH-Rat	ETH Zürich	EPFL	PSI	WSL	Empa	Eawag
Total Geldfluss	75	-0	-1	3	40	12	9	4	9
Geldfluss aus laufenden Aktivitäten	399	-0	-1	181	81	100	11	15	12
Cash Flow	303	-0	-1	152	49	79	5	10	9
Jahresergebnis	120	-0	14	28	15	52	4	3	5
Abschreibungen	197	–	0	126	34	26	2	8	2
Veränderung Rückstellungen	-14	–	-15	-0	0	1	0	-0	1
Übriger nicht liquiditätswirksamer Erfolg	0	–	–	-1	-1	0	0	0	1
Zunahme (-) / Abnahme (+) Nettoumlaufvermögen	37	–	-1	30	11	-4	1	-1	2
Zunahme (+) / Abnahme (-) Zweckgebundenes Kapital	58	–	–	-1	22	26	5	5	1
Geldfluss aus Investitions- tätigkeiten	-310	0	–	-168	-42	-85	-2	-11	-2
Sachanlagen	-308	0	–	-167	-42	-85	-2	-11	-2
Immobilien, Techn. Anlagen, Informationstechnologien	-313	0	–	-168	-43	-88	-2	-11	-2
Desinvestitionen Immobiles / Mobiles Anlagevermögen	5	–	–	1	1	3	–	0	0
Immaterielle Anlagen	-2	–	–	-1	–	-0	-0	–	-0
Investitionen Immaterielles Anlagevermögen	-2	–	–	-1	–	-0	-0	–	-0
Desinvestitionen Immaterielles Anlagevermögen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Geldfluss Finanzanlagen	-7	–	–	-9	2	-0	–	-0	0
Free Cash Flow	81	-0	-1	5	41	15	9	4	9
Geldfluss aus Finanzierungs- tätigkeiten	-6	–	-0	-2	-1	-3	–	–	–

Nachweis Fonds Flüssige Mittel

	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011	Rechnung 2011
Mio. CHF	ETH-Bereich	Konsoli- dierung	ETH-Rat	ETH Zürich	EPFL	PSI	WSL	Empa	Eawag
Stand Flüssige Mittel am 1.1.	1 171	–	33	674	314	22	43	44	41
Zunahme / Abnahme	75	–	-1	3	40	12	9	4	9
Stand Flüssige Mittel am 31.12.	1 246	–	32	677	354	33	52	47	50

344 Bilanz nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	2011 ETH-Bereich	2011 Konsolidierung	2011 ETH-Rat	2011 ETH Zürich	2011 EPFL	2011 PSI	2011 WSL	2011 Empa	2011 Eawag
Aktiven	2 435	-3	32	1 128	646	413	62	95	62
Umlaufvermögen	1 442	-3	32	781	387	81	57	56	51
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 246	–	32	677	354	33	52	47	50
Forderungen	58	-3	0	21	17	9	5	6	1
Kurzfristige Finanzanlagen	110	–	–	70	6	34	–	–	0
Vorräte	12	–	–	7	2	2	–	–	–
Aktive Rechnungsabgrenzungen	17	–	0	5	7	2	0	2	–
Anlagevermögen	993	–	0	347	259	332	5	39	10
Sachanlagen	855	–	0	309	160	331	4	39	10
Immaterielle Anlagen	2	–	–	1	–	1	0	–	0
Darlehen	2	–	–	1	0	0	–	0	–
Beteiligungen	1	–	–	0	0	0	–	–	–
Langfristige Finanzanlagen	134	–	–	36	98	–	–	–	–
Passiven	2 435	-3	32	1 128	646	413	62	95	62
Fremdkapital	431	-3	1	131	161	107	10	17	5
Kurzfristiges Fremdkapital	303	-3	1	123	121	29	10	17	5
Laufende Verbindlichkeiten	145	-3	0	64	65	7	2	9	2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	22	–	0	11	9	2	–	–	–
Passive Rechnungsabgrenzungen	81	–	0	32	39	3	4	2	1
Kurzfristige Rückstellungen	56	–	1	16	8	18	4	6	2
Langfristiges Fremdkapital	128	–	–	8	41	79	–	0	–
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	47	–	–	–	40	7	–	–	–
Langfristige Rückstellungen	81	–	–	8	0	72	–	0	–
Zweckgebundenes Kapital	1 200	–	–	692	314	100	30	40	23
Zweckmittel	270	–	–	108	94	30	13	17	8
Drittmittel	693	–	–	460	142	60	6	17	8
Eigenmittel an Immobilien des Bundes (Kofinanzierung)	94	–	–	36	59	–	–	–	–
Eigenmittel (interne Leistungsversprechen)	142	–	–	89	19	10	11	6	6
Eigenkapital	804	–	31	305	170	206	22	37	34
Übriges Eigenkapital	215	–	31	54	26	15	22	35	34
Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes	75	–	31	–	–	–	17	5	22
Freie Reserven	44	–	–	3	16	15	5	1	5
Diverses Eigenkapital	96	–	–	51	10	–	–	29	6
Bilanzüberschuss / -fehlbetrag	589	–	0	251	144	191	0	3	–

35 Zusatzinformationen

351 Investitionen des Bundes in vom ETH-Bereich genutzte Liegenschaften

Das Immobilien-Portfolio des ETH-Bereichs

Der ETH-Bereich bewirtschaftet ein umfangreiches und heterogenes Immobilienportfolio in fast allen Regionen der Schweiz. Es umfasst grosse und bekannte Gebäude an zentralster innerstädtischer Lage, massgeschneiderte Forschungsgebäude, Wälder, ganze Alpbetriebe, ein Bootshaus, aber auch Stationen auf Bergspitzen. Die Immobilien des ETH-Bereichs befinden sich im Eigentum der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Der Bund stellt dem ETH-Bereich die Infrastrukturkosten (Abschreibungen, kalkulatorische Zinsen, Verwaltungsaufwand) in Rechnung, wobei diese Mittel gleichzeitig über den Unterbringungsbeitrag des Bundes vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden. Die Eigentümerrolle wird innerhalb des ETH-Bereichs durch den ETH-Rat wahrgenommen. Der ETH-Rat koordiniert als Bau- und Liegenschaftsorgan des Bundes (BLO) die Bewirtschaftung der Grundstücke, sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung und ist gegenüber dem Bund der verantwortliche Ansprechpartner.

In den Gebäuden und Anlagen des ETH-Bereichs wird gelehrt, geforscht, dokumentiert sowie neu gewonnenes Wissen zugänglich gemacht und angewendet. Erst eine konsequent auf die Nutzung ausgerichtete Infrastruktur macht die Erfüllung des Grundauftrags mit Lehre, Forschung und Innovation auf dem heutigen hohen Niveau möglich. Deshalb sind die Immobilien für den ETH-Bereich ein strategischer Produktionsfaktor und eine Voraussetzung für die internationale Konkurrenzfähigkeit der beiden Hochschulen und der vier Forschungsanstalten. Das professionelle und innovative Immobilienmanagement des ETH-Bereichs sichert die rechtzeitige, permanente und wirtschaftliche Bereitstellung der baulichen und infrastrukturellen Einrichtungen. Wichtige Elemente dieser Aufgabe sind die Optimierung der Lebensdauer der Immobilien durch gezielte Investitionen und die Anpassung der Bauten an neue Anforderungen, um so die investierten Werte möglichst lange zu erhalten.

Der ETH-Bereich bekennt sich zu einer nachhaltigen Entwicklung seines Immobilienbestands. Er folgt damit dem entsprechenden Auftrag der Bundesverfassung an den Bundesrat sowie dessen Nachhaltigkeitsstrategie. Die vom ETH-Bereich mitgetragenen Ziele für nachhaltiges Bauen dienen einerseits der Umwelt und dem Klima, andererseits orientieren sie sich betriebswirtschaftlich am Lebenszyklus der Immobilien.

Die über 450 Gebäude und rund 100 weiteren Anlagen haben einen Neuwert von 5,9 Milliarden. Die Gebäude stehen auf 205 Parzellen im Wert von 1,1 Milliarden. Der Buchwert aller Aktiven beträgt 4,5 Milliarden. Die für 2011 ausgewiesene gesamte Nutzfläche von rund 892000 m² bedeutet gegenüber 2010 eine Zunahme von 2,4 Prozent.

Laufende Projekte und Investitionen 2011

Der jährliche Investitionskredit ist beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) eingestellt (siehe Band 2B, Ziffer 06). Das Total der Bauinvestitionen aus dem Investitionskredit 2011 belief sich auf 181,3 Millionen. Hinzu kamen Drittmittel in der Höhe von rund 2,4 Millionen sowie Investitionen in Betriebseinrichtungen zu Lasten des Aufwandskredits des ETH-Bereichs von 110,5 Millionen. Gesamthaft wurden 294,2 Millionen in Immobilien investiert. Für spezielle Nutzungen wie den Innovation Park (Quartier de l'innovation) und das Kongresszentrum bei der EPFL gelangten Public Private Partnership (PPP) Modelle zur Anwendung.

Die grössten Neubauprojekte 2011, bezogen auf den Verpflichtungskredit, waren bei der ETH Zürich das Gebäude Life Science Plattform für insgesamt 51 Millionen (Ausgaben 2011: 14,1 Mio.), der Neubau Leonhardstrasse für 106 Millionen (Ausgaben 2011: 12,7 Mio.) sowie der Neubau für das nationale Hochleistungsrechenzentrum CSCS in Lugano für 29 Millionen (Ausgaben 2011: 14,4 Mio.). Die EPFL und die vier Forschungsanstalten hatten 2011 keine grossen Neubauprojekte aus Bundesmitteln. Beispiele für Sanierungsprojekte 2011 sind der Physikturm, das höchste Gebäude auf dem Campus Science City der ETH Zürich. An der EPFL in Ecublens werden die Gebäude Bibliothek und Mechanik für 67 Millionen (Ausgaben 2011: 10,0 Mio.) saniert und erweitert. Auf dem Areal der Empa und der Eawag in Dübendorf wurde die Sanierung der Wärme- und Kälteversorgung fortgeführt. Mittels Anlagen-Contracting wird eine Altholzvergasungsanlage erstellt.

Stand Verpflichtungskredite für Immobilien

Die Verpflichtungskredite betreffen Investitionen in Immobilien, welche sich im Eigentum des Bundes befinden. Gesamthaft waren Ende 2011 Verpflichtungskredite für rund 1,8 Milliarden bewilligt, wovon rund 2/3 bereits verpflichtet waren. Die Details über die Verpflichtungskredite für Bauvorhaben sind in der Tabelle über die früher bewilligten, laufenden Verpflichtungskredite ersichtlich (siehe Band 2A, Ziffer 09 Verpflichtungskredite).

352 Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN Projekt)

Berichterstattung Stand 2011

Der Bundesrat und Parlament beschlossen 2009 mit dem Voranschlag 2010 die Umsetzung der nationalen Strategie für Hochleistungsrechnen und -Vernetzung (HPCN). Die Vorbereitungen für den Umzug des Nationalen Hochleistungsrechenzentrums der Schweiz (CSCS) an den neuen Standort in Lugano-Cornaredo laufen planmässig; ab Frühjahr 2012 kann das neue Gebäude bezogen und zunächst die Haustechnik installiert werden. Noch am bisherigen Standort in Manno wurde 2011 der Supercomputer «Monte Rosa» aufgerüstet, um die steigenden Bedürfnisse der Forschung abzudecken. Die weitere Umsetzung der Strategie bis 2014 wird durch Mittel des Bundes, des ETH-Bereichs sowie Beiträge des Kantons Tessin und der Stadt Lugano ermöglicht. Ein nachträglicher, mit dem Bauprogramm 2011 eingeholter zusätzlicher Verpflichtungskredit von 4,6 Millionen dient der Erweiterung des Gebäudes um zwei Achsen für Nutzungszwecke der ETH Zürich (Unterbringung des Clusters der ETH Zürich zur Erzielung von Synergie-Effekten). Nachdem im Jahr 2010 rund 24 Millionen eingesetzt wurden, lagen die Ausgaben im Berichtsjahr bei rund 43,2 Millionen. Von den gesprochenen 82,7 Millionen wurden bis Ende 2011 rund 78,7 Millionen vertraglich verpflichtet.

Hochleistungsrechnen ist eine Schlüsseltechnologie für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Schweiz. Das 2009 als Teil der nationalen Strategie Hochleistungsrechnen lancierte Projekt «High-Performance and High-Productivity Computing» (HP2C) hat zum Ziel, bisher verwendete Algorithmen zur Modellierung und Lösung komplexer wissenschaftlicher Fragestellungen auf zukünftige Rechnerarchitekturen anzupassen, um diese effizient nutzen zu können. Daran arbeiten Forschende verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit Hardware-Herstellern. Seit November 2011 testet rund die Hälfte der 12 Projektgruppen ihre modifizierten Codes auf dem Supercomputer «Tödi» des CSCS. Dieser neue Hochleistungsrechner wurde im Oktober 2011 eigens für diesen Zweck installiert. HP2C ist ein Kooperations- und Innovationsprojekt der Schweizerischen Universitätskonferenz und des ETH-Bereichs, an dem sich mehrere Schweizer Universitäten beteiligen.

353 Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Berichterstattung

Der ETH-Bereich beteiligte sich mit dem Aufbau von neuartigen Laboratorien für den Technologietransfer sowie mit einer Reihe von Innovationsprojekten an der zeitnahen Umsetzung der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur nachhaltigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Dem ETH-Bereich standen dafür 2011 insgesamt 59,5 Millionen an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung.

Unternehmertum und Innovation in der Forschung

Mit 6 Millionen beschleunigte die ETH Zürich den Ausbau des «Innovation & Entrepreneurship (I&E) Labs» zur Unterstützung der KMU in den Bereichen Produktion und Fertigung sowie in den Life Sciences. Das «I&E Lab» fördert den Technologietransfer in die KMU-Industrien.

Mit dem «Discovery Lab» schafft die EPFL ein Begegnungszentrum, in dem KMU mit Studierenden, Doktorierenden und Wissenschaftlern aus dem Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften an konkreten Projekten zusammenarbeiten können. Die Zusammenarbeit im «Discovery Lab», für das im Jahr 2011 9,0 Millionen eingesetzt wurden, schliesst die gemeinsame Nutzung von wissenschaftlichen Geräten und technische Plattformen mit ein.

Innovationsfördernde Infrastrukturen

Für die Beschaffung eines 1,2 GHz-Hochfeld-Kernspinresonanzspektroskopie (NMR)-Gerätes investierte die ETH Zürich 4 Millionen. NMR ist eine unabdingbare wissenschaftlich-analytische Methode der synthetischen Chemie. Mit der Beschaffung dieses NMR-Geräts der höchsten Leistungsklasse wird die ETH Zürich als eine der weltweit führenden Institutionen in der Entwicklung und Anwendung der Kernspinresonanzspektroskopie gestärkt. Da nur ein einziger Anbieter (Schweizer Firma) weltweit existiert, konnte dieses Gerät sofort beschafft werden.

Das PSI zog im Hinblick auf die in der BFI-Botschaft 2012 vorgesehene rasche Realisierung des SwissFEL verschiedene technologische Beschaffungen vor, vorab bei Schweizer Firmen. Die Anzahl der an Forschung und Entwicklung von SwissFEL-Komponenten beteiligten Schweizer Firmen wuchs erfreulich. Das Gesamtvolumen belief sich auf 34,8 Millionen.

Weiter verwendete das PSI insgesamt 2 Millionen für Projekte mit Bezug zur Erforschung und Nutzung erneuerbarer Energien. Diese umfassen eine Pilotanlage für synthetisches Naturgas (SNG), die im Rahmen der Förderung der Wasserstoff-Fahrzeugtechnik zu verstehen ist, sowie die Entwicklung einer innovativen Mikrogasturbine und die Realisierung einer Anlage, die unter Druck nach einem neuen Verfahren die Umwandlung von Biomasse in Strom ermöglicht.

Drei kleinere Massnahmen für die insgesamt 2 Millionen eingesetzt und die ebenfalls vom PSI realisiert wurden, umfassten erstens die Entwicklung zentraler Teilsysteme für die klinische Infrastruktur von Protonentherapieanlagen höchster Präzision (0,5 Mio.), zweitens den Bau, die Automatisierung und Prozessoptimierungen einer weiteren Strahllinie an der SLS (1,0 Mio.), und drittens die Entwicklung und Fertigung einer Abschirmung für die Instrumentierung an der Ultrakalten Neutronenquelle (UCN) (0,5 Mio.).

Schliesslich setzte die Empa 2,5 Millionen ein für die Planung eines modularen Wohn- und Bürogebäudes (NEST), das zum Zweck der Erprobung neuartiger und nachhaltiger Gebäudetechnologien auf dem Empa Areal errichtet werden soll. Die Ge-

bäudegrundstruktur, die in den Jahren 2011-2014 realisiert werden soll, wird von Wissenschaft und Industrie genutzt werden können und eröffnet neue Dimensionen der praxisorientierten Zusammenarbeit.

Die im Rahmen der entsprechenden Botschaft bewilligten Kredite von insgesamt 59,5 Millionen wurden dabei vollumfänglich ausgeschöpft. In drei Projekten des PSI (SwissFEL, Protonentherapie und Ultrakalte Neutronenquelle) waren leichte Kreditüberschreitungen entsprechend einem Total von rund 1 Million zu verzeichnen.

Zusätzlich zu den Mitteln zur Finanzierung der genannten Massnahmen und Infrastrukturen hat der Bund Ausgleichszahlungen in der Höhe von rund 11 Millionen an die ETH Zürich und die EPFL geleistet. Diese Ausgleichszahlungen dienten v.a. der Sicherung von Stellen von Teilnehmerinnen und Teilnehmer in internationalen Forschungsprogrammen, die nicht in Schweizer Franken abgerechnet werden, und stützten so die Kontinuität der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung.

Entwurf

Bundesbeschluss IV über die Rechnung 2011 des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hoch- schulen (ETH-Bereich)

vom #. Juni 2012

Die *Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, gestützt auf Artikel 35 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz)¹, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom #. April 2012²,

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hochschulen für das Jahr 2011 wird mit den nachstehenden Beträgen genehmigt:

- a. Die konsolidierte Erfolgsrechnung des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die bei einem operativen Ertrag von 3 094 184 014 Franken, einem operativen Aufwand von 2 984 240 608 Franken und dem Finanzergebnis von 9 960 819 Franken mit einem Jahresergebnis von 119 904 225 Franken abschliesst;
- b. Der konsolidierten Investitionsrechnung mit Investitionen von netto 309 612 676 Franken;
- c. Die konsolidierte Geldflussrechnung mit der Veränderung des Fonds Flüssige Mittel von 75 134 163 Franken als Zunahme;
- d. Die Bilanz per 31. Dezember 2011 mit einer konsolidierten Bilanzsumme von 2 435 242 130 Franken.

Art. 2

In Übereinstimmung mit Artikel 10 der Verordnung des ETH-Rats über das Rechnungswesen des ETH-Bereichs vom 5. Februar 2004³ wird die bilanzielle Reserve aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes im Umfang von 10 826 382 Franken erhöht.

Art. 3

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 414.110

² Im BBl nicht veröffentlicht

³ SR 414.123



Inhalt

	Seite
4 Eidgenössische Alkoholverwaltung	75
41 Profil der Eidgenössischen Alkoholverwaltung	75
42 Totalrevision des Alkoholgesetzes	75
43 Ergebnisse der Jahresrechnung	75
431 Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung	76
Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung ohne Alcosuisse	77
Personelles und Organisation	78
Verkauf von Ethanol	78
Weitere Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	78
Erfolgsrechnung Alcosuisse	79
432 Verteilung des Reinertrages	80
Verteilung des Reinertrages der EAV	80
Anteil der Kantone am Reinertag 2011 der EAV	80
433 Investitionen und Anlagevermögen	80
434 Bilanz Alkoholverwaltung	81
Bemerkungen zur Bilanz	81
444 Rechnungsrevision	82
Entwurf Bundesbeschluss V	83

41 Profil der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

Die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) ist eine dezentrale Verwaltungseinheit des Bundes und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) angegliedert. Sie vollzieht die Alkoholgesetzgebung. Sie ist Steuerbehörde und kontrolliert alle dem Alkoholgesetz unterstellten Erzeugnisse, das heisst sämtliche Spirituosen, Süssweine, Wermut, hochgradiges Ethanol und die damit hergestellten Produkte, Aromen usw. Vom Alkoholgesetz nicht betroffen sind die klassischen Gärprodukte Bier und Wein.

Nach Artikel 105 der Bundesverfassung trägt der Bund insbesondere den schädlichen Wirkungen des Alkoholkonsums Rechnung. Die EAV vollzieht entsprechende Bestimmungen der Marktregulierung.

42 Totalrevision des Alkoholgesetzes

Der Bundesrat hat im Januar 2012 die Botschaft über die Totalrevision der Alkoholgesetzgebung zu Händen des Parlaments verabschiedet. In diesem Rahmen schlägt er vor, die Alkoholmonopole aufzuheben. Entsprechend soll sich der Bund aus dem Import, Handel und Verkauf von Ethanol zurückziehen. Die EAV ist beauftragt, die Privatisierung ihres Profitcenters Alcosuisse vorzubereiten. Ohne Alcosuisse kann die EAV sodann in die Bundesverwaltung reintegriert werden. Im Bereich der Spirituosen kann das schwerfällige Steuer- und Kontrollsystem wesentlich vereinfacht werden.

Die Reformen haben Auswirkungen auf das Rechnungsergebnis. Am langfristigen Trend des Abbaus von Mitarbeitenden wird festgehalten. Namentlich der Transfer des Labors ins METAS führt zu weniger Personalaufwand, dafür zu einem höheren Sachaufwand. Ziel des Labor-Transfers ist, durch Synergiegewinne die Analysekosten der EAV um 20% zu reduzieren.

Die Totalrevision des Alkoholgesetzes hat verschiedene wiederkehrende finanzielle Auswirkungen. Die in der neuen Alkoholgesetzgebung vorgesehenen Steuer(teil)befreiungen führen im Vergleich zu heute zu einem um ca. 13 Millionen reduzierten Gesamtertrag. Diese Mindereinnahmen setzen sich aus den

Steuerbefreiungen für spirituosenhaltige Lebensmittel (15 Mio.) und Fehlmengen (10 Mio.) zusammen. Hinzu kommt die Steuerstaffelung für kleine Produktionsmengen (3 Mio.). Diese Massnahmen ersetzen geltende Steuerprivilegien im Umfang von rund 15 Millionen. Dem steht ein um 13 Millionen reduzierter Vollzugaufwand von 19 Millionen gegenüber. Diese Reduktion ist vor allem auf einen tieferen Personalaufwand zurückzuführen. Das gestraffte Aufgabenportefeuille wird mit weniger als 80 Vollzeitstellen (Ende 2011: 142) umgesetzt werden können. Nicht mehr in die Berechnung des Reinertrages fliessen die übrigen Einnahmen der EAV ein, die sich im Durchschnitt der letzten Jahre auf rund 12 Millionen beliefen. Zum Teil stammen sie aus dem Handel mit Ethanol, der mit der neuen Gesetzgebung entfällt. Mit Aufgabe ihres Status als selbstständige Anstalt verliert die EAV auch ihre Vermögensfähigkeit. Das Vermögen der EAV geht an den Bund über, und die sich daraus ergebenden Erträge werden direkt in den Bundeshaushalt einfliessen.

43 Ergebnisse der Jahresrechnung

Der Gesamtertrag der EAV betrug im Jahr 2011 301 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Gesamtertrag um 3,4 Millionen und im Vergleich zum Voranschlag um 10,5 Millionen.

Der Reinertrag der EAV für das Geschäftsjahr 2011 beträgt 268,9 Millionen und liegt damit rund 8,7 Millionen unter dem Budget. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Reinertrag um 2,8 Millionen tiefer. Die Ursache liegt vor allem in den rückläufigen Fiskaleinnahmen und den durch tiefere Zinssätze verursachten Rückgang der Vermögenserträge.

Von den in den Jahren 2008 sowie 2009 für Investitionen in die Logistik sowie den Rückbau von Infrastrukturen gebildeten Rückstellungen für Alcosuisse in Höhe von 7,5 Millionen wurden gestützt auf eine Empfehlung der EFK im Jahr 2011 die verbleibenden 6,5 Millionen erfolgsneutral (Restatement) ins Eigenkapital gebucht und neu als Reserven ausgewiesen. Um die Vergleichbarkeit mit dem Rechnungsjahr 2010 zu ermöglichen, wurde die Vergleichspalte Rechnung 2010 in den Tabellen angepasst.

431 Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung

CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
Total Aufwand	32 794 811	33 987 000	32 140 489	- 654 322	-2,0
4 Personalaufwand	21 618 838	22 208 000	20 957 431	- 661 407	-3,1
40 Personalbezüge	17 273 301	17 520 000	16 672 130	- 601 171	-3,5
41 Sozialversicherungsbeiträge	1 018 760	1 014 000	1 027 073	8 313	0,8
42 Personalversicherungsbeiträge	2 169 993	2 366 000	2 255 816	85 823	4,0
43 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	88 532	85 000	85 670	- 2 862	-3,2
44 Familienausgleichskassenbeiträge	373 078	305 000	243 496	- 129 582	-34,7
45 Personalbeschaffung	–	10 000	320	320	n.a.
46 Aus- und Weiterbildung	134 753	250 000	125 211	- 9 542	-7,1
47 Spesenentschädigungen	518 327	625 000	499 670	- 18 657	-3,6
48 Übriger Personalaufwand	42 094	33 000	48 045	5 951	14,1
5 Sonstiger Sachaufwand	8 887 109	9 254 000	9 029 007	141 898	1,6
51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing	1 792 483	1 669 000	2 070 166	277 683	15,5
52 Wasser, Energie, Betriebsmaterial	291 328	314 000	298 824	7 496	2,6
53 Verwaltungsaufwand	722 687	744 000	607 960	- 114 727	-15,9
54 Informatikaufwand	1 248 167	1 349 000	1 737 685	489 518	39,2
55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare	1 444 102	1 355 000	637 734	- 806 368	-55,8
56 Übriger Sachaufwand	610 799	755 000	633 570	22 771	3,7
57 Debitorenverluste	- 87 015	75 000	256 722	343 737	395,0
59 Handelsrechtliche Abschreibungen	2 864 558	2 993 000	2 786 346	- 78 212	-2,7
6 Alkoholprävention (Artikel 43a AlkG)	2 288 864	2 525 000	2 154 051	- 134 813	-5,9
Total Ertrag	304 440 661	311 579 000	301 006 184	-3 434 477	-1,1
7 Ertrag	304 147 478	311 300 000	300 711 620	-3 435 858	-1,1
70 Verkauf Ethanol	50 296 545	45 890 000	44 664 984	-5 631 561	-11,2
30 Warenaufwand Ethanol	-41 302 986	-39 298 000	-39 446 958	1 856 028	4,5
71 Gebühren	622 219	615 000	710 228	88 009	14,1
72 Rückerstattungen	-4 868 755	-5 355 000	-4 644 523	224 232	4,6
73 Verkaufsfrachten	-2 217 491	-2 315 000	-2 413 890	- 196 399	-8,9
74 Andere Entgelte	425 355	457 000	482 697	57 342	13,5
75 Vermögenserträge	4 101 245	4 133 000	2 939 477	-1 161 768	-28,3
76 Fiskaleinnahmen	294 352 144	302 600 000	291 507 310	-2 844 834	-1,0
77 Verkauf/Vermietung Alkoholtransportbehälter	4 415 378	4 310 000	4 549 603	134 225	3,0
79 Übriger Ertrag	-1 676 176	263 000	2 362 692	4 038 868	241,0
8 Betriebsfremder Erfolg	293 183	279 000	294 564	1 381	0,5
82 Liegenschaftserfolg	293 183	279 000	294 564	1 381	0,5
Reinertrag	271 645 850	277 592 000	268 865 695	-2 780 155	-1,0

Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung ohne Alcosuisse

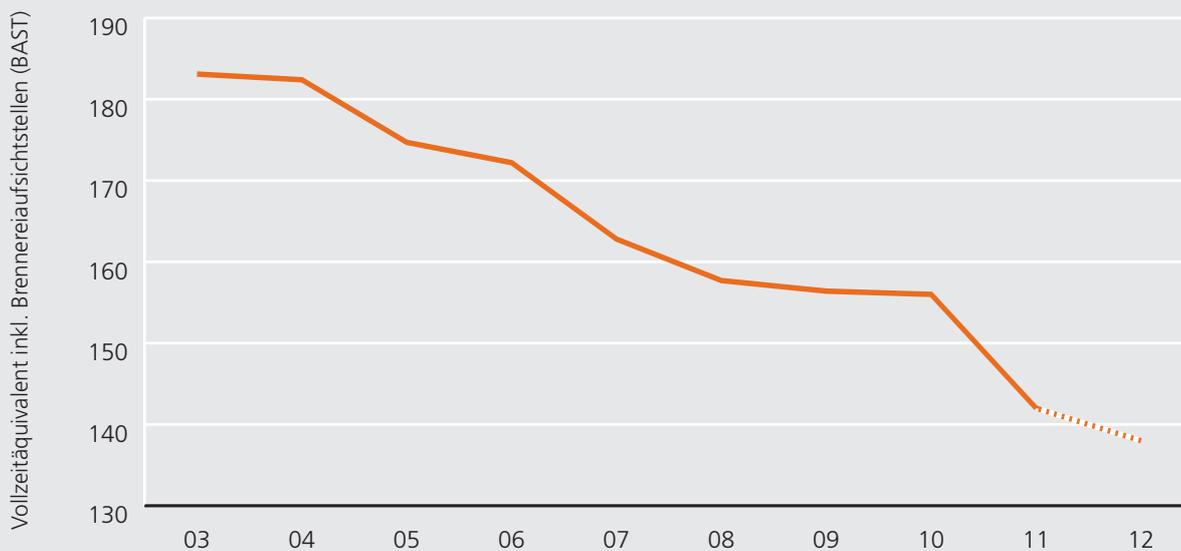
CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
Total Aufwand	25 340 397	26 778 000	23 931 521	-1 408 876	-5,6
4 Personalaufwand	17 729 313	18 267 000	17 036 291	- 693 022	-3,9
40 Personalbezüge	14 087 672	14 294 500	13 468 891	- 618 781	-4,4
41 Sozialversicherungsbeiträge	829 181	822 700	828 865	- 316	-0,0
42 Personalversicherungsbeiträge	1 808 302	2 007 100	1 887 197	78 895	4,4
43 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	71 763	69 600	72 370	607	0,8
44 Familienausgleichskassenbeiträge	298 619	242 100	178 352	- 120 267	-40,3
45 Personalbeschaffung	–	10 000	160	160	n.a.
46 Aus- und Weiterbildung	101 204	213 000	95 806	- 5 398	-5,3
47 Spesenentschädigungen	490 478	575 000	465 726	- 24 752	-5,0
48 Übriger Personalaufwand	42 094	33 000	38 924	- 3 170	-7,5
5 Sonstiger Sachaufwand	5 322 220	5 986 000	4 741 179	- 581 041	-10,9
51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing	267 071	320 000	283 579	16 508	6,2
52 Wasser, Energie, Betriebsmaterial	110 444	130 000	113 129	2 685	2,4
53 Verwaltungsaufwand	653 788	666 000	531 577	- 122 211	-18,7
54 Informatikaufwand	1 248 167	1 349 000	1 560 122	311 955	25,0
55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare	1 427 164	1 350 000	629 490	- 797 674	-55,9
56 Übriger Sachaufwand	433 914	710 000	511 013	77 099	17,8
57 Debitorenverluste	8 394	71 000	- 70 190	- 78 584	-936,2
59 Handelsrechtliche Abschreibungen	1 173 278	1 390 000	1 182 459	9 181	0,8
6 Alkoholprävention (Artikel 43a AlkG)	2 288 864	2 525 000	2 154 051	- 134 813	-5,9
Total Ertrag	296 986 247	304 370 000	292 797 216	-4 189 031	-1,4
7 Ertrag	296 693 064	304 091 000	292 502 652	-4 190 412	-1,4
71 Gebühren	477 699	475 000	561 528	83 829	17,5
72 Rückerstattungen	-4 868 755	-5 355 000	-4 644 523	224 232	4,6
74 Andere Entgelte	425 355	457 000	482 697	57 342	13,5
75 Vermögenserträge	4 101 245	4 133 000	2 939 477	-1 161 768	-28,3
76 Fiskaleinnahmen	294 352 144	302 600 000	291 507 310	-2 844 834	-1,0
79 Übriger Ertrag	105 898	- 57 000	121 929	16 031	15,1
Deckungsbeitrag Alcosuisse	2 099 478	1 838 000	1 534 234	- 565 244	-26,9
8 Betriebsfremder Erfolg	293 183	279 000	294 564	1 381	0,5
82 Liegenschaftserfolg	293 183	279 000	294 564	1 381	0,5
Reinertrag	271 645 850	277 592 000	268 865 695	-2 780 155	-1,0

Personelles und Organisation

Im Jahr 2011 betrug der Personalbestand der EAV 142 Vollzeitstellen, inkl. die nebenamtlichen Leiterinnen und Leiter der Brennereiaufsichtsstellen. Das sind 14 Vollzeitstellen weniger als im Vorjahr. Dies erklärt sich namentlich mit dem Verzicht auf die Neubesetzung bei Austritten und der Überführung des EAV-Prüflabors ins METAS per 1. November 2011 (5,1 Stellen). Neben

dem Personal in der Zentralverwaltung in Bern sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aussendienst sowie in den Betrieben des Profitcenters Alcosuisse in Delémont (JU) und Schachen (LU) tätig. Die EAV bildet zudem 9 KV-Lernende aus. Alle sind dem Bundespersonalgesetz unterstellt und bei der PUBLICA versichert.

Beschäftigungsentwicklung anhand Vollzeitäquivalent inkl. Brennereiaufsichtsstellen (BAST)



Verkauf von Ethanol

Das Profitcenter der EAV, die Alcosuisse, übt das Ethanolimportmonopol des Bundes aus. Alcosuisse importiert und verkauft hochgradiges Ethanol für industrielle Anwendungen. Sie wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt: Zielvereinbarung, Leistungsauftrag und Globalbudget verschaffen ihr die nötige Selbständigkeit, um sich auf dem Ethanolmarkt aktiv zu behaupten. Im Jahr 2011 wurden 38 Millionen Kilogramm Ethanol auf dem Schweizer Markt abgesetzt. Die Profitcenter-Rechnung der Alcosuisse weist 2011 nach einer Reservenauflösung auf dem Ethanollager von 1,1 Millionen (vgl. Bemerkungen zur Bilanzposition Vorräte) einen Deckungsbeitrag von 1,5 Millionen aus. Damit werden die internen Kosten sowie die kalkulatorischen Zinsen auf dem Anlagevermögen gedeckt.

Weitere Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

- Zu 4 Personalaufwand:
Der Personalaufwand liegt um 0,66 Millionen unter dem Vorjahr und um 1,25 Millionen unter dem Budget. Diese Entwicklung des Personalaufwandes wurde dank umsichtiger Personalbewirtschaftung und dem Verzicht auf die Wiederbesetzung von Stellen möglich.

- Zu 51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing:
Zu Mehrausgaben gegenüber dem Budget und Vorjahr führten einerseits die Prämien der neu abgeschlossenen Businesshaftpflicht-, Sach- und Immobilienversicherungen für Alcosuisse (75'000 Fr.), andererseits die Mieten für spezielle Alkoholtransportbehälter. Diese Mehrkosten werden durch den Ethanolabsatz beeinflusst, welchem die entsprechenden Einnahmen aus dem Verkauf gegenüber stehen.
- Zu 54 Informatikaufwand:
Der Informatikaufwand fällt gegenüber dem Vorjahr deutlich höher aus. Die Informatik der EAV muss neben dem Tagesgeschäft und der Ausrichtung der IT Services nach den Standards der Bundesverwaltung zusätzlich noch den Aufbau der technischen Umsetzung der vom Bundesrat zu Händen des Parlaments verabschiedeten neuen Alkoholgesetzgebung bewältigen. Um die Informatiklandschaft der EAV auf das Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung vorzubereiten, sind bereits heute verschiedene Vorleistungen (Konzepte, IT Architektur etc.) notwendig. Diese Arbeiten verursachen entsprechende Mehrkosten, welche als Investition in die Zukunft zu sehen sind.

- Zu 55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare:
Mit der Liberalisierung des Ethanolmarktes durch die Totalrevision des Alkoholgesetzes wird die EAV ihr Profitcenter, die Alcosuisse, verkaufen. Für diese Arbeiten im Rahmen des Verkaufsprozesses wurde mittels einer WTO-Ausschreibung ein Beratungsunternehmen engagiert.
- Zu 57 Debitorenverluste:
Die Debitorenverluste enthalten eine grössere Wertberichtigung aus einer Ethanollieferung durch Alcosuisse. Es ist mit grosser Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass diese Forderung uneinbringlich ist.
- Zu 75 Vermögenserträge:
Im Berichtsjahr wurde das Anlagekonto der EAV von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) nicht mehr wie im Vorjahr mit 1,0 bis 1,5 Prozent, sondern nur noch mit 0,5 bis 1,25 Prozent verzinst. Weiter hat die EAV 25 Millionen aus dem Betriebsfonds dem Bund für die AHV/IV überwiesen. Die tiefere Verzinsung sowie der Eigenkapitalabbau haben den Vermögensertrag entsprechend vermindert.
- Zu 79 Übriger Ertrag:
Lagerdifferenzen aus Reservoirabschlüssen, Standardpreisänderungen und Herrichtungen aus Ethanol werden in dieser Kontengruppe verbucht.

Erfolgsrechnung Alcosuisse

CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
Total Aufwand	7 454 414	7 209 000	8 208 968	754 554	10,1
4 Personalaufwand	3 889 525	3 941 000	3 921 140	31 615	0,8
40 Personalbezüge	3 185 629	3 225 500	3 203 239	17 610	0,6
41 Sozialversicherungsbeiträge	189 579	191 300	198 208	8 629	4,6
42 Personalversicherungsbeiträge	361 691	358 900	368 619	6 928	1,9
43 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	16 769	15 400	13 300	- 3 469	-20,7
44 Familienausgleichskassenbeiträge	74 459	62 900	65 144	- 9 315	-12,5
45 Personalbeschaffung	–	–	160	160	n.a.
46 Aus- und Weiterbildung	33 549	37 000	29 405	- 4 144	-12,4
47 Spesenentschädigungen	27 849	50 000	33 944	6 095	21,9
48 Übriger Personalaufwand	–	–	9 121	9 121	n.a.
5 Sonstiger Sachaufwand	3 564 889	3 268 000	4 287 828	722 939	20,3
51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing	1 525 412	1 349 000	1 786 587	261 175	17,1
52 Wasser, Energie, Betriebsmaterial	180 884	184 000	185 695	4 811	2,7
53 Verwaltungsaufwand	68 899	78 000	76 383	7 484	10,9
54 Informatikaufwand	–	–	177 563	177 563	n.a.
55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare	16 938	5 000	8 244	- 8 694	-51,3
56 Übriger Sachaufwand	176 885	45 000	122 557	- 54 328	-30,7
57 Debitorenverluste	- 95 409	4 000	326 912	422 321	442,6
59 Handelsrechtliche Abschreibungen	1 691 280	1 603 000	1 603 887	- 87 393	-5,2
Total Ertrag	9 553 892	9 047 000	9 743 202	189 310	2,0
7 Ertrag	9 553 892	9 047 000	9 743 202	189 310	2,0
70 Verkauf Ethanol	50 296 545	45 890 000	44 664 984	-5 631 561	-11,2
30 Warenaufwand Ethanol	-41 302 986	-39 298 000	-39 446 958	1 856 028	4,5
71 Gebühren	144 520	140 000	148 700	4 180	2,9
73 Verkaufsfrachten	-2 217 491	-2 315 000	-2 413 890	- 196 399	-8,9
77 Verkauf/Vermietung Alkoholtransportbehälter	4 415 378	4 310 000	4 549 603	134 225	3,0
79 Übriger Ertrag	-1 782 074	320 000	2 240 763	4 022 837	225,7
Deckungsbeitrag	2 099 478	1 838 000	1 534 234	- 565 244	-26,9

432 Verteilung des Reinertrages

Gemäss Artikel 131 der Bundesverfassung erhält der Bund 90 Prozent des Reinertrages zuhanden der Sozialversicherungen AHV und IV. 10 Prozent des Reinertrages gehen an die Kantone. Dies entspricht 26 886 569 Franken. Diese Mittel sind zur Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden.

Verteilung des Reinertrages der EAV Anteile

	in %	2011 CHF
Bund	90	241 979 126
Kantone	10	26 886 569
	100	268 865 695

Anteil der Kantone am Reinertrag 2011 der EAV

Kantone	Bevölkerung	Anteil am Reinertrag (Art. 44 des Alkoholgesetzes)
CHF		
Zürich	1 373 068	4 690 783
Bern	979 802	3 347 276
Luzern	377 610	1 290 021
Uri	35 422	121 011
Schwyz	146 730	501 271
Obwalden	35 585	121 568
Nidwalden	41 024	140 149
Glarus	38 608	131 896
Zug	113 105	386 398
Freiburg	278 493	951 410
Solothurn	255 284	872 121
Basel-Stadt	184 950	631 841
Basel-Land	274 404	937 440
Schaffhausen	76 356	260 853
Appenzell A.Rh.	53 017	181 121
Appenzell I.Rh.	15 688	53 595
St. Gallen	478 907	1 636 080
Graubünden	192 621	658 047
Aargau	611 466	2 088 938
Thurgau	248 444	848 754
Tessin	333 753	1 140 193
Waadt	713 281	2 436 766
Wallis	312 684	1 068 216
Neuenburg	172 085	587 890
Genf	457 715	1 563 682
Jura	70 032	239 249
Insgesamt	7 870 134	26 886 569

433 Investitionen und Anlagevermögen

Die EAV führt eine Investitionsrechnung, in der sie über die wertvermehrenden Ausgaben für bauliche Anlagen, Betriebseinrichtungen, Fahrzeuge und Alkoholtransportbehälter Rechenschaft ablegt. Die Investitionen werden in dieser Rechnung zum Beschaffungspreis aufgeführt. Sie werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen in der Erfolgsrechnung abgeschrieben.

Im Voranschlag waren Investitionen im Betrag von 2,8 Millionen vorgesehen. Effektiv investiert wurden 2,1 Millionen, davon

0,9 Millionen in diverse Anlagen von Alcosuisse (Filtersysteme, Brandschutz etc.) sowie 1,2 Millionen in den IT-Bereich (eGov, Hypersuite, Etagedrucker etc.). Die Abschreibungen auf dem Gesamtbestand aller Anlagen in der Erfolgsrechnung betragen 2,8 Millionen (Pos 59). Zusätzlich wurden Boxpaletten (0,5 Mio.) und Sicherheitseinrichtungen (0,2 Mio.) für Alcosuisse aktiviert, die Abschreibungen wurden vollumfänglich der Rückstellung belastet.

434 Bilanz Alkoholverwaltung

CHF	31.12.2010	31.12.2011	Differenz zu 2010	
			absolut	%
Aktiven				
Umlaufvermögen	386 528 184	359 602 995	-26 925 189	-7,0
Flüssige Mittel	9 121 198	7 664 492	-1 456 706	-16,0
Kontokorrent Bund	325 526 479	295 436 000	-30 090 479	-9,2
Forderungen gegenüber Dritten	34 671 361	33 882 065	- 789 296	-2,3
Transitorische Aktiven	6 460 144	7 111 977	651 833	10,1
Vorräte	10 749 002	15 508 461	4 759 459	44,3
Anlagevermögen	12 860 971	12 199 756	- 661 215	-5,1
Investitionsgüter	12 760 971	12 099 756	- 661 215	-5,2
Beteiligungen Alcosuisse AG	100 000	100 000	-	0,0
Bilanzsumme	399 389 155	371 802 751	-27 586 404	-6,9
Passiven				
Fremdkapital	11 198 191	11 560 675	362 484	3,2
Laufende Verbindlichkeiten	7 652 472	7 445 370	- 207 102	-2,7
Transitorische Passiven	2 318 427	3 090 305	771 878	33,3
Rückstellungen	1 227 292*	1 025 000	- 202 292	-16,5
Eigenkapital	388 190 964	360 242 076	-27 948 888	-7,2
Betriebsfonds Alkoholverwaltung	109 837 302	84 837 302	-25 000 000	-22,8
Reserven	6 707 812*	6 539 079	- 168 733	-2,5
Reinertrag	271 645 850	268 865 695	-2 780 155	-1,0
Bilanzsumme	399 389 155	371 802 751	-27 586 404	-6,9

*Zahlen 2010 aufgrund Restatement angepasst.

Bemerkungen zur Bilanz

- Flüssige Mittel:
Die flüssigen Mittel inkl. des Kontokorrents Bund haben im Geschäftsjahr 2011 um 31,5 Millionen abgenommen. Diese Abnahme ist vor allem auf die Vermögensausscheidung von 25 Millionen an den Bund (1. Tranche gemäss Verordnung über die Vermögensausscheidung der EAV zugunsten des Bundes vom 12.5.2010) sowie auf den tieferen Reinertrag zurückzuführen.
- Forderungen gegenüber Dritten:
Die Forderungen gegenüber dem Bund betragen 3,2 Millionen. In den Forderungen gegenüber Dritten sind Wertberichtigungen von 0,7 Millionen enthalten.
- Vorräte:
Die Bewertung des Ethanollagers erfolgt zu Marktpreisen. Als Marktpreis definiert die Alcosuisse die kalkulierten Verkaufspreise in der Schweiz auf der Basis der Standardpreise. Die Standardpreise werden zeitnahe den entsprechenden Einstandspreisen angepasst. Zur Sicherung von Verlusten auf dem Ethanollager besteht eine Reserve (gemäss Verordnung über das Finanz- und Rechnungswesen der EAV, Artikel 3a, Absatz 2).
Zur Neutralisierung des negativen Deckungsbeitrages wurden im Geschäftsjahr 2011 1,1 Millionen Reserven auf dem Ethanollager aufgelöst. Die Reserven auf dem Ethanollager betragen nun 2,4 Millionen.
- Investitionsgüter:
Der Anschaffungswert sämtlicher Investitionsgüter beträgt 127,8 Millionen, die kumulierten Abschreibungen betragen 115,7 Millionen, die Differenz von 12,1 Millionen entspricht dem Buchwert.
- Beteiligung Alcosuisse AG:
Durch die Bildung der Alcosuisse AG wird der Name des Profitcenters Alcosuisse geschützt. Die Alcosuisse AG ist eine ruhende AG, die Geschäftstätigkeit übt das gleichnamige Profitcenter der Alkoholverwaltung aus.
- Laufende Verbindlichkeiten:
Die Verpflichtungen gegenüber dem Bund betragen 3,1 Millionen, der PUBLICA sind 0,4 Millionen geschuldet. Weiter bestehen Verpflichtungen gegenüber der SBB, Swisscom und der Post.

- **Rückstellungen:**
Die Rückstellung für die Ferien- und Überzeitguthaben des Personals EAV konnte von 1,0 Millionen auf 0,9 Millionen gesenkt werden. Der Rentenfonds von 0,1 Millionen für ehemaligen Aufräumerinnen konnte aufgehoben werden.

Rückstellungen Alcosuisse: Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2011 Beschaffungen von 0,2 Millionen getätigt (Investitionen in die Sicherheitseinrichtung), die zu Lasten der Rückstellungen gebucht wurden.
- **Reserven:**
Gestützt auf eine Empfehlung der EFK im Jahr 2011 wurde die verbleibende Rückstellung Alcosuisse von 6,5 Millionen erfolgsneutral (Restatement) ins Eigenkapital gebucht und neu als Reserven ausgewiesen, da der Charakter der Rückstellung nicht mehr gegeben war.
- **Sicherheiten durch Dritte:**
Die geleisteten Sicherheiten (Bürgschaften, Bankgarantien, Barkautionen, Wertschriften, Gutschriften) für die ausgesetzten Fiskalabgaben bei Steuer- und Verschlusslager betragen 48,6 Millionen.
- **Versicherungswerte:**
Der Versicherungswert der Gebäude beträgt 59,8 Millionen. Neu wurde für Alcosuisse eine Business Haftpflichtversicherung, sowie eine Sach- und Immobilienversicherung abgeschlossen, was die Risiken für den Bund mindert.

444 Rechnungsrevision

Die Revision der Rechnung 2011 wurde durch die EFK vorgenommen. Sie empfiehlt, die Rechnung zu genehmigen.

Entwurf

Bundesbeschluss V über die Rechnung 2011 der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

vom #. Juni 2012

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf den Artikel 71 des Bundesgesetzes über die gebrannten
Wasser vom 21. Juni 1932¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom #. März
2012²,

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für die
Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 wird genehmigt.

Der Reinertrag von 268 865 695 Franken wird wie folgt verwen-
det:

- Anteil des Bundes zuhanden der
AHV/IV 241 979 126 Franken
- Anteil der Kantone zu Bekämpfung
der Ursachen und Wirkungen von
Suchtproblemen 26 886 569 Franken

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 680

² Im BBI nicht veröffentlicht